



Vierteiljährlicher Abonnementv. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inzerationsgebühr für den Raum einer kleinen Seite 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 190. Morgen-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 16. März 1889.

## Der Antrag Huene.

Herr von Huene ist nicht mehr damit zufrieden, der Urheber einer lex Huene zu sein; er möchte, daß ihn die Zukunft als den Vater der lex Huene nennt, und während im Abgeordnetenhaus ein Satz bei jeder Rede stets wiederholt, die lex Huene müsse abgeschafft werden, denkt Herr v. Huene daran, seinem ersten Werk ein zweites nachfolgen zu lassen. Man kann indessen schon jetzt mit Sicherheit voraussehen, daß er mit dem zweiten Versuche weniger Glück haben wird, als mit dem ersten.

Das Centrum, welches dem Antrage seine Unterschriften fast vollständig geliehen, ist bereits zu der Erkenntnis gekommen, daß es sich auf einen Irrweg hat leiten lassen und die Centrumpresse, namentlich in den westlichen Provinzen, weist die verhängnisvollen Folgen einer Annahme des Antrages, besser gesagt, die Unmöglichkeit ihn anzunehmen nach. Wunderbar genug ist es freilich, daß sich eine große Partei in dieser Weise überumpeln läßt. Wenn man der historischen Thatsache nachgeht, daß seit etwa zehn Jahren, seit dem Tode des Abgeordneten Sierrath kein Centrumsmitglied mit Ausnahme des Herrn von Huene in finanziellen Fragen das Wort ergriffen hat, so muß man auf den Gedanken kommen, daß sich außer ihm Niemand mit dem Studium finanzieller Fragen eingehend beschäftigt hat.

Daß die Grund- und Gebäudesteuer sich besser für eine Communalsteuer wie für eine Staatssteuer eignen, ist eine Ansicht, die im Laufe der letzten Jahrzehnte so oft und von so verschiedenen Seiten ausgesprochen worden ist, daß man in der That offene Thüren einflößt, wenn man diesen Gedanken wiederholt. So einfach indessen dieser Gedanke auszusprechen ist, so schwierig ist es, ihn in die That zu überlegen. An Sympathien für diesen Gedanken hat es ja niemals in irgend einer Partei gefehlt, aber jeder, der sich mit demselben ernsthaft beschäftigt hat, hat bald die Ueberzeugung gewonnen, daß über die Schwierigkeiten der Durchführung nicht leicht hinwegzukommen sei. Wir stehen unter dem Bann einer historischen Thatsache, nämlich der Grundsteuergesetzgebung von 1860. Diese Gesetzgebung ist damals von der konservativen Seite leidenschaftlich bekämpft worden; die Fortschrittspartei, welche damals als Jungliberalen eine kleine Heerschaar im Abgeordnetenhaus bildete, stand ihr in diesem Kampfe zur Seite. Die Partei, welche diese Gesetzgebung in der Stellung als Regierung und als Landtagsmajorität durchsetzte, die Altliberalen, ist seitdem so vollständig aufgelöst, daß man kaum noch ihren Namen kennt. Es giebt heute vielleicht Niemanden mehr, der nicht von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß es ein Fehler war, diese Gesetze zu schaffen, sie wenigstens in der Gestalt zu schaffen, in welcher sie das Licht der Welt erblickt haben. Indessen ist es nicht immer möglich, wenn man ein Gesetz als fehlerhaft erkannt hat, den Fehler wieder zu beseitigen. Wenn man jede Sünde wieder gut machen könnte, gäbe es im Grunde gar keine Sünde mehr. Die Gesetzgebung über die Grundsteuer gehört zu denjenigen Dingen, an denen sich sehr schwer rütteln läßt.

Die Grundsteuer ist ihrem innersten Wesen nach eine Rente, eine Reallast und wer dies ihr Wesen verkennt, begeht immer einen Fehler. Der Gesetzgeber hat sich damals verlesen lassen, dieses Wesen zu verkennen und hat sich bemüht, eine Grundsteuer zu construieren, die nicht Rente, sondern Steuer ist. Ein Jurist, der dieses Gesetz beurtheilt, wird zu dem Resultate gelangen, daß die Grundsteuer eine Steuer ist. Aber ihre wirtschaftliche Natur als Rente schlägt immer wieder durch. Demjenigen, dem man die Grundsteuer erläßt, macht man ein Geschenk, und dieses Geschenk würde um so ungerechter wirken, als man ja einem Theile der Grundsteuerpflichtigen einen Preis dafür gezahlt hat, daß sie die Last der Grundsteuer auf ihre Schultern nahmen.

Man will die Schwierigkeit umgehen, indem man die Grundsteuer nicht eigentlich aufhebt, sondern sie nach Art und Höhe bestehen läßt, aber sie den Gemeinden überweist. Das ist nun aus dem Grunde unmöglich, weil Millionen von Menschen gar nicht in Gemeinden leben, sondern in selbstständigen Gutsbezirken, in denen es keine Gemeindevertretung, keine Gemeindeobrigkeit und keine Gemeindesteuer giebt, sondern in denen ein einzelner Besitzer diejenigen Lasten zu tragen hat, die anderwärts der Gemeinde obliegen. Wenn man diesen einzelnen Gutsbezirken die Grundsteuer überweist, so überweist man sie nicht einer Gemeinde, die als Organ des Staates zu betrachten ist, sondern man macht Privatpersonen ein Geschenk damit. Und gerade unter diesen Privatpersonen sind Viele, die eine besondere Entschädigung dafür bekommen haben, daß sie die Grundsteuer bezahlen.

Man ist auf den Gedanken gekommen, die Kreise zu Empfängern der Grund- und Gebäudesteuer zu machen. Allein schon bei der ersten lex Huene hat sich herausgestellt, daß die Kreise vielfach gar nicht so ausgedehnte Bedürfnisse haben, um solche Ueberweisungen sachgemäß verwenden zu können. Man hat diese Kreise zu Luxusausgaben verleitet, zum Bau von prächtigen Amtsgebäuden, während die städtischen Gemeinden Noth leiden, und man darf auf diesem Wege unmöglich weiter gehen.

Vollständig verfehlt ist der Gedanke, den Gemeinden die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer zu unterlagen, nachdem man sie mit der Zuwendung eines Theils der Staatssteuer gewissermaßen abgekauft hat. Es würde damit dem Grundgedanken, daß die Communal-lasten auf dem Wege der Realbesteuerung aufgebracht werden sollen, geradezu vor den Kopf gestoßen. Insbesondere wäre es eine schwere Ungerechtigkeit, wenn man die Wegelassen jemals auf irgend einem anderen Wege aufbringen wollte, als auf dem der Grundsteuer, denn der Nutzen des Wegebaues kommt ausschließlich den Grundbesitzern zu Gute.

Um solche Reformen anzubahnen, wie sie der Antrag des Herrn von Huene ins Auge faßt, ist die unerläßliche Vorbedingung, daß zuvor eine Landgemeindeordnung geschaffen wird, welche die selbstständigen Gutsbezirke zu Gunsten von großen Gesamtgemeinden aufhebt und welche diese Landgemeinden mit der Pflicht des Wegebaues durch eine wohlgegründete Wegeordnung befaßt.

Ob sich jemals eine staatsmännische Kraft finden wird, der es gelingt, in einer leitenden Stellung als Finanzminister die Fehler wieder gut zu machen, die in unserer Gesetzgebung über Grund- und Gebäudesteuer begangen worden sind, wissen wir nicht, und wir haben wenig Hoffnung darauf. Der Reichskanzler hat einmal ausführlich

nachgewiesen, daß in der ganzen Reihe der preussischen Finanzminister, von Klewiz bis auf Camphausen, kein einziges Genie gewesen. Wenn wir diesen Beweis gelten lassen, können wir hinzufügen, daß unter den Finanzministern, die auf Camphausen gefolgt sind, gleichfalls kein Genie gewesen ist. Ob sich hieraus der Schluß ziehen läßt, daß nun endlich doch einmal ein Genie gefunden werden wird, das sich zum Finanzminister eignet, oder vielmehr der Schluß, daß wir auch in Zukunft auf ein solches Genie nicht zu rechnen haben werden, wollen wir nicht erörtern. Im Interesse des Staates liegt es, daß eine Finanzpolitik getrieben wird, welche sich nicht damit begnügt, von heute auf morgen zu rechnen, sondern die nach einem weit angelegten Plane ihre Ideen durchführt. Die Finanzpolitik, welche auf flüchtige Einfälle gegründet wird, auf eine clausula Franckenstein oder eine lex Huene und ähnliche Einrichtungen, die auf Initiativeanträgen und Amendements einzelner Parteien beruhen, mit denen der Finanzminister Compromisse schließt, muß zur Zerrüttung führen. Von diesem neuesten Antrage Huene glauben wir, daß er nicht allein für den Staat unbrauchbar ist, sondern auch der Partei, aus deren Mitte er hervorgegangen ist, zum Schaden gereichen muß.

## Deutschland.

© Berlin, 14. März. [Die Stellung des Cabinets Salisbury.] Der Proceß zwischen Parnell und der „Times“ soll in diesen Tagen geschlossen werden, und die liberale Partei des Inselreiches hat bereits öffentlich angekündigt, daß sie am nächsten Montag einen Vorstoß gegen das Cabinet Salisbury machen und ein Adelsvotum wegen der Theilnahme des Generalanwalts Webster an dem Proceß auf Seite der „Times“ beschließen werde. Ob dieser Angriff auf das Cabinet bereits Erfolg haben wird, steht dahin. Es ist nicht unmöglich, daß Lord Salisbury einstweilen seiner Mehrheit noch sicher ist, obwohl es für ihn eine empfindliche Enthüllung ist, daß Lord Randolph Churchill vor der Einleitung dieses Processes ein warnendes Schreiben an den Cabinetchef gerichtet hat und darin nicht nur seine Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß Parnell der ihm zur Last gelegten Verbrechen nicht schuldig ist, sondern auch, daß ein für die „Times“ ungünstiger Ausgang der Untersuchung eine üble Rückwirkung auf die Regierung ausüben müsse. Daß diese Prophezeiung nicht unbegründet gewesen ist, lehrt die unmittelbare Gegenwart. Es ist heute noch in frischem Gedächtniß, daß die Artikel der „Times“ unter der Ueberschrift „Parnellismus und Verbrechen“ seitens Parnell's eine scharfe Antwort fanden, in welcher er den anonymen Verfasser für einen Schurken erklärte und von dem Brief, den er selbst geschrieben haben sollte, sagte: „Der Brief ist ein schändlicher Betrug und ein absichtlicher Versuch, meinen Charakter anzuschwärzen. . . . Wäre ich an dem Tage in dem Park gewesen, so würde ich mich freudig zwischen Lord Cavendish und seine Mörder geworfen haben.“ Parnell ist heute eine volksthümliche Figur in England geworden, Dank der Ungeschicklichkeit der Regierung. Die Politik, welche den irischen Forderungen die Gerechtigkeit verweigerte, hat Bankrott gemacht. Die Homerulepartei ist noch jungen Datums. Sie ist erst zu Anfang der sechziger Jahre entstanden. Im Jahre 1874 versügte sie bereits über 51 Mitglieder im englischen Parlament. Bei den Wahlen vom Herbst 1885 zählte sie schon 85 Stimmen. Aus diesen Wahlen gingen 316 Conservative, 76 liberale Unionisten und 277 Homeruler, Gladstonianer und Parnelliten, hervor. Aber daß zwischen die öffentliche Meinung einen gründlichen Umschwung durchgemacht hat, ist nicht zu verkennen. Die liberale Partei schmeichelt sich mit der Hoffnung, bei den Neuwahlen eine große Mehrheit zu erlangen. Und in der Versammlung des nationalen Protektorschusses, welcher am Mittwoch in London tagte, theilte Morley bereits im Auftrage Gladstones mit, daß die Opposition nicht früher ruhen werde, als bis das Ministerium zur Auflösung des Parlaments und zum Appell an das Volk gezwungen sei. Man darf mithin auf eine große Volksbewegung zum Sturze des gegenwärtigen Cabinets rechnen, und dieser Ansturm kann um so bedrohlicher werden, als sich innerhalb der konservativen Partei diejenige Gruppe, welche sich um Lord Randolph Churchill schart, bereit ist, mit der liberalen Partei gemeinsame Sache zu machen, um die gegenwärtige Regierung zu Fall zu bringen. Da aber in England die öffentliche Meinung allmächtig ist und keine Regierung derselben lange zu widerstehen vermag, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß das heutige Parlament keines natürlichen Todes stirbt, sondern Lord Salisbury sich genöthigt sieht, die Ausschreibung von Neuwahlen bei der Königin zu beantragen. Daß aber die conservativen Partei, wenn sie jetzt geschlagen werden sollte, auf absehbare Zeit keine Aussicht mehr hat, an das Ruder zu kommen, das wissen auch die leitenden Staatsmänner, und daher ist es begreiflich, wenn sie sich so lange vor der Auflösung des Parlaments sträuben, als die öffentliche Meinung nicht unwiderstehlich wird. Wie lange diese Frist gesetzt ist, wird die Zukunft lehren. Uebermäßig ausgedehnt wird sie nicht sein, falls nicht etwa Vorgänge der auswärtigen Politik die Aufmerksamkeit der Engländer wieder auf ein anderes Gebiet lenken.

[Die Kaiserin Friedrich] trifft, wie der „Magdeb. Btg.“ aus Bad Homburg gemeldet wird, im Laufe des April dort ein, um längere Zeit im dortigen königlichen Schlosse zu wohnen und persönlich den Umbau ihres Schlosses Friedrichshof im Auge zu behalten. Alle größeren Arbeiten in demselben sind bis dahin eingestellt.

[Gesetzliche Regelung der Ausrüstung der deutschen Kauffahrtschiffe mit Booten.] Der Reichstag im Jahre 1878 ist dem Reichstages ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, welcher mit Rücksicht auf die Unglücksfälle zur See, bei welchen Menschenleben in Folge ungenügender Ausrüstung der Schiffe mit Booten und Rettungsgeräthen verloren gegangen sind, eine gesetzliche Regelung der Ausrüstung der deutschen Kauffahrtschiffe mit Booten ins Auge faßte. Der Entwurf wurde vom Reichstage an eine Commission verwiesen, gelangte aber nicht mehr zur zweiten Beratung im Plenum. Die Zunahme der Unglücksfälle zur See und der damit verbundene Verlust an Menschenleben, welcher letzterer von den zuständigen Seemannsvereinen auf mangelhafte Ausrüstung der Schiffe mit Booten und sonstigen Rettungsgeräthen zurückgeführt wird, haben den Reichskanzler veranlaßt, die legislative Regelung der Sache wieder aufzunehmen. Durch das Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt betheiligter Personen, kann die Angelegenheit ihre Erledigung darum nicht finden, weil durch diese Bestimmungen der betreffenden Berufsgenossenschaft lediglich die Befugnis verliehen wird, Unfallversicherungsbedingungen zu erlassen, die See-Berufsgenossenschaft im Uebrigen von dieser Befugnis keinen Gebrauch gemacht hat. Solche aus dem Unfallversicherungsgesetz hergeleitete Bestimmungen würden sich außerdem nur auf deutsche Seefahrzeuge erstrecken und im Wesent-

lichen auch nur die Interessen der Schiffsbesatzung, nicht aber auch der Passagiere wahrnehmen. Nun gehört ohne Zweifel die Wahrung der Interessen der Passagiere zu den Gegenständen obrigkeitlicher Fürsorge und aus dieser letzteren entspringt der neuerdings dem Bundesrath vorgelegene Gesetzentwurf, welcher dahin geht, daß Aelber und Schiffsführer, welche den durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrathes getroffenen Anordnungen über die Ausrüstung der Kauffahrtschiffe mit Booten und Rettungsgeräthen zuwiderhandeln, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft werden sollen. Die technische Commission für Seeschiffahrt ist über den Entwurf gehört worden, welcher letzterer die Berufsgenossenschaft in keiner Weise hindert, in ihren Unfallversicherungsbedingungen die Ausrüstung der Schiffe mit Booten und Rettungsgeräthen über die gesetzliche Mindestforderung hinauszugeben. Die Vorschriften über Zahl und Einrichtung der Boote und Rettungsgeräthe sind, da sie wesentlich technischer Natur sind und da die in Betracht kommenden Verhältnisse der Schiffsahrt häufig wechseln, administrativer Anordnung überlassen. Der Gesetzentwurf entspricht im Wesentlichen dem 1878 vorgelegten, doch ist diesmal, da durch die seemannischen Untersuchungen als Ursache der Verunglückung der Mangel an Rettungsbojen, Korfkäden und Schwimmwesten vielfach festgestellt worden ist, die Aufnahme auch dieser Rettungsgeräte unter die vorgeschriebenen Ausrüstungsgegenstände der Schiffe vorgeschlagen. Im Uebrigen soll die Anwendbarkeit des vorliegenden Strafgesetzes nicht auf deutsche Kauffahrtschiffe beschränkt, sondern auch ausländische Kauffahrtschiffe ihr unterworfen werden, falls sie Passagiere von deutschen Häfen aus befördern. Der Begründung des Gesetzentwurfs sind als Anlagen die bezüglichen Vorschriften der britischen Kauffahrtschiffahrtsacte von 1854 beigegeben.

[Der neu gegründete deutsch-freimüthige Verein Noabit] hielt am Donnerstag Abend im Kaiseriale des Etablissements „Artushof“ in der Verlegerstraße seine erste Versammlung ab, die über Erwarten stark besucht war und dadurch eine besondere Wärme erhielt, daß der Abg. Professor Birchow erschienen war, um einen Vortrag zu halten. Derselbe sprach zunächst seine Freude über die Entstehung des Vereins aus, wünschte demselben eine fräftige Entwicklung und ging dann zu seinem Thema, der augenblicklichen politischen Lage über: Das Cartellbündniß, welches eine Zusammenziehung zweier politischen Parteien sei, welche sich früher wie Feuer und Wasser gegenüberstanden und durch deren Vereinigung nun ein „warmes Wasser“ entstanden sei, müsse immer als der wichtigste Gegner der deutsch-freimüthigen Partei angesehen werden. Aber noch im Laufe der Session werde es sich wahrscheinlich zeigen, in wie weit der Kitt, der die so verschiedenen Elemente des Cartells zusammenhalte, seine Festigkeit bewahren werde. Auch mit der Centrumpartei habe sich in letzter Zeit eine Wandlung vollzogen, welche zu Bedenken verschiedenster Art Veranlassung gäbe. Einer der wichtigsten Anträge der jetzigen Session sei der vom Abg. Huene, einem bewährten Mitgliede der Centrumsfraction, gestellte in Betreff der Grund- und Gebäudesteuer. Nach diesem Antrage würden die Grundbesitzer von der Grund- und Gebäudesteuer befreit werden und dieselbe bloß dem Volke aufgebürdet werden. Die altpreussischen Conservativen, in Verbindung mit den Conservativen, haben die Umgestaltung der Einkommensteuer-Veranlagung durch Selbst-einkünfte auf ihr Programm gestellt, und diesem Project stehe die freimüthige Partei nicht direct feindlich gegenüber, wenn deren Führer auch nicht von der Ansicht ausgingen, daß eine Steuer-Reform auch mit einer Höherbesteuerung identisch sein müsse. Es seien immer noch praktikablere Vorschläge abzuwarten, als sie bisher zu Tage getreten seien, bevor man einer Steuerreform das Wort reden könne. Das Bestreben, den Grundbesitzer zu entlasten und den Städter zu belasten, gebe aus den ganzen Maßnahmen der Regierung während der letzten Jahre hervor, und das sei auch der Zweck der Erhöhung der Kornzölle und der Einführung der Brantweinsteuer gewesen, obgleich diese Gesetze ihren Zweck bisher nicht erfüllt hätten. Trotz aller Ueberdüsse biete sich für den einzelnen Bürger doch ein vorwiegend düsteres finanzielles Bild dar. Redner gedachte dann des Zurückdrängens des freimüthigen Gedankens auf kirchliche Gebiete, des jetzt das Abgeordnetenhaus beschäftigenden Gedanken der Aufnahme größerer Summen zur Schaffung neuer königlicher Patronate, sowie der Gelüste der Kirche, ihre Hand immer mehr auf die Volksschule zu legen. Das sei im Augenblick die Signatur der Zeit. Die freimüthige Partei habe sich trotz ihrer kleinen Zahl bemüht, ihren Platz in würdiger Weise zu behaupten, es sei ihr gelungen, hier und da auch Einfluß auf die Kollegen aus anderen Parteien zu gewinnen, und es sei zu hoffen, daß sie auch in Zukunft solchen Einfluß immer weiter gewinnen werde.

[Subventionirte Dampferlinien.] Wie die „B. B. B.“ „aus besser Quelle“ hört, steht eine Vorlage bezüglich der Errichtung subventionirter Dampferlinien nach Afrika vorläufig, d. h. in dieser Session, auf keinen Fall zu erwarten. Schon in einem früheren Stadium der Angelegenheit hatte die Regierung den sich für dieselbe besonders interessirenden Kreisen bedeutet, daß eine bezügliche Vorlage von Seiten der Regierung nicht zu erwarten sei, daß letztere aber aus dem Reichstage kommenden einschlägigen Anträgen sofort bereit wäre, ihre Zustimmung zu geben. Es wurde jedoch in der vorigen Session, in welcher diese Regierungs-Außerung zur Kenntniß einzelner in colonialen Dingen besonders interessirter Abgeordneter kam, von einem Initiativ-Antrage abgesehen und zwar einestheils im Hinblick auf den bevorstehenden Schluß und andererseits in Rücksicht darauf, daß die entsprechende warme Theilnahme bei den um ihre Ansicht befragten Parteiführern nicht vorhanden gewesen zu sein schien. Die colonialen Körperschaften beschränkten sich bei diesem Stand der Dinge darauf, Eingaben an den Reichstag und den Reichskanzler zu machen. Bemühungen zur Ermöglichung der Einbringung eines Initiativ-Antrages wurden auf günstigere Zeiten verschoben. Die Unruhen in Ostafrika haben es verurtheilt, daß man auch in der gegenwärtigen Session den Zeitpunkt noch nicht für günstig zur Einbringung eines Initiativ-Antrages auf Errichtung von subventionirten Dampferlinien anzusehen vermag — zumal der Reichstag bereits für coloniale Zwecke erhebliche Summen bewilligte.

[Die Anklage gegen die „Volkszeitung“.] Die „Volkszeitung“ berichtet: „Donnerstag Mittag von 12 bis nach 3 Uhr fand im hiesigen Criminalgerichtshof durch Herrn Assessor Leo die Durchsicht der vorgelegten in den Redactionsräumen der „Volkszeitung“ und in der Privatwohnung Dr. Mehrings beschlagnahmten Papiere statt. Unsere Erwartung, daß die Durchsicht seitens des Richters in angemessener und sachlicher Weise erfolgen werde, als seitens der Polizei, bestätigte sich vollkommen. Leider machte der politische Eifer, welcher aus unseren Redactionsräumen Schriftstücke aus den Tagen der „Arbeiter-Zeitung“ und aus Mehrings Wohnung Familienbriefe, die zwanzig Jahre vor der Geburt des jetzigen Besitzers geschrieben waren, mitgenommen hatte, die Arbeit des Richters zu einer äußerst anstrengenden und mühsamen. Das Manuscript unseres Leitartikels vom 9. dieses Monats wurde nicht gefunden. Dagegen behielt der Richter fünf bis sechs einzelne Nummern des „Socialdemokraten“ ein, da er nach seiner Erklärung Exemplare einer verbotenen Zeitschrift beschlagnahmen müsse, gleichviel wo er sie finde. Außerdem behielt er zwei kurze Briefe Liebnichts an Mehring, von denen der eine sich auf einen im Februarhefte der „Neuen Zeit“ von 1888 unter Mehrings Namen erschienenen Aufsatz über Robert Schmeidel bezog, während der andere bedauerte, aus Mangel an Zeit „das Gemüthliche“ nicht besorgen zu können, ferner einige Zeilen Bebel's, in denen derselbe das Einladungs-schreiben zum Mailänder Friedens-Congress befußte Kenntnissnahme an Mehring überhandte, und endlich einen Brief unseres Freundes Trecherer zurück, der, von denkbar unpolitischstem Inhalt, nur deshalb auffiel, weil der Verfasser hinter seine Unterschrift noch ein W! gelehrt hatte. Der Richter erklärte, daß er pflichtgemäß — nach § 108 der Strafproceßordnung — diese Schriftstücke noch nicht herausgeben dürfe, weil sie die, wenn auch nur schwache Möglichkeit offen ließen, mit strafbaren Handlungen in Verbindung zu stehen. Auf den Wunsch Mehrings nahm er einige Erläuterungen zu diesen Papieren ins Protokoll auf.“

Von dem Kaiserbrunnen, der auf Kosten der Stadt Berlin in Bronze gegossen werden soll, sind bereits in diesen Tagen Theile des gewaltigen Modells aus dem Atelier des Prof. Weges nach der Gladenbecker Gießerei in Friedrichshagen überführt worden. Der Guß des gigantischen Monumentes wird sofort in Angriff genommen werden.

[Anpreisung von Gummimitteln.] Die 94. Abteilung des Schöffengerichts hat gegenüber der „Nationalztg.“ erkannt, daß die Willensinhalte des Apothekers Richard Brandt in dem gegebenen Falle nicht strafbar seien, weil dem Inzerenten nicht nachgewiesen werden könne, daß er zum Zwecke des Empfehlens annoncirt habe, derselbe müsse sich doch gegen Nachahmungen schützen können, und hierzu sei der Weg des Inzerens der einzig richtige. Der Gerichtshof bezieht sich vor, seine Ansicht zu ändern und die Annonce als eine Empfehlung anzusehen, wenn dieselbe längere Zeit hindurch in den Blättern erscheine.

1. Leipzig, 14. März. [Hund oder Tiger?] Das Landgericht Darmstadt sah sich am 6. December veranlaßt auszusprechen, daß zwischen Hund und Tiger kein bemerkenswerther Unterschied existire. Die fraglichen Thiere befanden sich nämlich in Stempeldruck auf Radirgummistücken, die aus zwei verschiedenen Fabriken herrührten. Der Fabrikant des Gummis mit dem angeblichen Hundestempel, Herr Conrad Friedrich Petri in Offenbach, war beschuldigt, in die Rechte der Firma D. u. K. in Hannover widerrechtlich eingegriffen zu haben, indem er deren Marke, einen zum Sprünge bereiten Tiger, nachahmte. Er hatte einfach ein Stück des Hannoverischen Gummis angekauft und einen Stempelschneider beauftragt, einen Stempel anzufertigen, der jenen auf dem Gummi ähnlich sei. Der Graveur verstand dies auch richtig und brachte einen Hund zuwege, welcher auf dem Gummi aufgestempelt, mit jenem Tiger eine große sehr Familienähnlichkeit zeigte. Wegen dieser Ähnlichkeit hatten D. u. K., die ihre Marke in das Handelsregister haben eintragen lassen, Strafantrag gestellt und Herr Petri wurde deshalb wegen Vergehens gegen das Markenrechtsgesetz zu Geldstrafe verurtheilt. — Er hatte das Rechtsmittel der Revision ergriffen und suchte in seiner schriftlichen Rechtfertigung den Nachweis zu liefern, daß ein vernünftiger und naturwissenschaftlich gebildeter Mensch die beiden Marken gar nicht verwechseln könne, da eben ein Hund ein Hund und ein Tiger eine Kasse sei. Außer diesem offensichtlichen Unterscheidungsmerkmale seien aber auch noch andere vorhanden, wie die Körperhaltung u. s. w. — Das Reichsgericht (1. Strafsenat) sah sich nicht in der Lage, auf zoologische Untersuchungen einzugehen und verwurft die Revision als unbegründet, da sie nur thätliche Einmündungen mache und für das Reichsgericht die Feststellungen des Landgerichts maßgebend seien.

### Österreich-Ungarn.

[Zur Wehrvorlage.] Der „Wiener Allgem. Ztg.“ wird aus Pest berichtet: Mit großer Bestimmtheit tritt das Reichsgericht auf, daß das so sehr angefochtene zweite Dienstjahr der Einjährig-Freiwilligen fallen gelassen werden soll. Ein außerhalb der Parteien stehender hervorragender Abgeordneter hat dem Ministerpräsidenten ein Compromiß-Angebot gemacht und die Geneigtheit der Opposition erklärt, den Widerstand gegen die Vorlage aufzugeben, falls diese Bestimmung bezüglich der Freiwilligen gestrichen wird. Noch hat Tisza auf dieses Anerbieten keine bestimmte Antwort erteilt; doch hofft man, er werde sich zur Nachgiebigkeit bewegen lassen.

### Frankreich.

L. Paris, 13. März. [Paul de Cassagnac] hatte gestern in einem Artikel seiner „Autorité“ den Unterrichtsminister Fallières so grob angegriffen, daß dieser seinen Kollegen, den Ackerbauminister Faye, und den Abg. Casimir Perier zu dem Vertreter des Versandes mit dem Auftrage, von ihm zu verlangen, daß er ebenfalls zwei Zeugen bestelle. Dies geschah: Herr de Cassagnac erteilte dem Senator Marquis de l'Angle-Beaumanoir und dem Abg. Marquis de Breteuil Vollmacht, sich mit den Zeugen des Unterrichtsministers zu benehmen, und nun erklärten die beiden Monarchisten nach einer eingehenden Prüfung der näheren Umstände, es hätte nicht in der Absicht des Herrn Cassagnac gelegen, Herrn Fallières in seiner Ehre anzutasten. In diesem Sinne wurde ein Protocol aufgesetzt und das Duell unterblieb. — Um eine Idee von dem Tone Cassagnac's gegen den Minister Fallières zu geben, wollen wir hinzufügen, daß er ihn u. A. „fripouillard“ genannt hatte. Das Schimpfwort steht weder im Dictionnaire de l'Académie, noch in dem modernen Ausdrücken zugänglicheren Littré, ist auch sonst noch sehr wenig gebräuchlich, stammt jedoch offenbar von „fripouille“ ab, einem Ausdrucke, der schon geläufiger, wenn auch nicht academisch ist, und etwa „Lumpengesindel“

bedeutet. Bei Cassagnac und Rogeport ist man aber an vergiechten Ausschreitungen schon so gewöhnt, daß die Herren Faye und Casimir Perier die Erklärungen des Marquis de l'Angle-Beaumanoir und de Breteuil, ihr Freund Cassagnac hätte den Unterrichtsminister nicht beleidigen wollen, für halbwegs aufrichtig halten konnten.

### Großbritannien.

London, 13. März. [Versammlungen.] Gestern Nachmittags fand in der Memorial Hall, Farringdon-street, eine zahlreich besuchte Konferenz zur Unterstützung des nationalen Protestes gegen die Behandlung der irischen politischen Gefangenen unter dem Vorhinein des Abgeordneten Stansfeld statt. Es wurde mitgeteilt, daß der Protestauschuß jetzt 6000 Mitglieder zähle und der von demselben erlassene Aufruf nahezu eine Viertel Million Unterschriften erhalten habe. Außer Stansfeld sprachen Frederick Harrison, Oldham, der Secretär des irischen protestantischen Homeruleverbandes, und andere Freunde Irlands. Die gefassten Beschlüsse verdammen die Rechtspflege Irlands als jedem Localitäts- und Billigkeitsprincip zuwider und mißbilligen nachdrücklich das Verhalten der Regierung und des Generalanwalts in dem Prozesse der „Times“ gegen Parnell und Genossen.

Abends wurde in der St. James Hall, Regent-Street, eine Volksversammlung abgehalten, die überaus zahlreiche Beteiligung hatte. Die etwa 2500 Personen fassende Concerthalle war dicht gefüllt. Unter den Anwesenden befanden sich die Abgeordneten Stansfeld, Wundella, Schampfevre, Braublag, Stuart, Parnell, Biggar, Nolan u. s. w. Den Vorsitz führte John Morley. Er, sowie Parnell, wurden beim Eintreten mit stürmischen nicht endemollenden Beifall begrüßt. Morley eröffnete die Verhandlungen mit einer Rede, worin er sagte, er hätte vielen großen Meetings in dieser Halle beigewohnt, aber niemals vorher eine so großartige Versammlung wie diese gesehen oder eine zu Gunsten einer so edlen Sache. Er wäre der Träger einer Botschaft von Mr. Gladstone des Inhalts, daß sich die Zeit rase näherte, wo die liberale Partei das Verhalten der Regierung im Zusammenhange mit der Parnell-Commission unerschütterlich bis auf den Boden sondiren werde. Lord Derby habe gesagt, der persönliche Zwischenfall mit den gefälligen Briefen könnte nicht die große Frage der Autonomie für Irland berühren. Aber die Unionisten hielten es nicht für eine persönliche Angelegenheit, als sie am Tage der Einbringung der schändlichen Zwangsbill diese schmächtigen Fälschungen veröffentlichten. Die „Times“ habe sich der größten Infamie schuldig gemacht. Sie veröffentlichte eine schmächtige Verleumdung gegen Mr. Parnell und die Regierung leistete diesem Blatte Vorschub und gestattete dem Generalanwalt, ihrem ersten juristischen Rathgeber, monatelang als Anwalt des Klägers zu fungieren. Die Opposition beabsichtige das Verhalten des Generalanwalts nächsten Montag anläßlich der Berathung der Nachtragscredite im Hause der Gemeinen zur Sprache zu bringen. Dann sprach Parnell, dem, als er sich erhob, eine begeisterte Jubelstimmung dargebracht wurde. Er sagte, seine Freunde und Anhänger in Irland, Amerika und Australien würden den ihm in dieser Versammlung bereiten Empfang zu würdigen wissen. Es wäre ein Gegenstand für eine Untersuchung, wie es käme, daß Balfour im Laufe von zwei Jahren 24 irische Abgeordnete ins Gefängniß werfen ließ wegen Vergehens, die in England unbekannt seien. Sein letztes Wort über die Sache wolle er sich aber für den Zeugenplatz und das Haus der Gemeinen vorbehalten. Die Regierung habe nicht den Muth gehabt, die der Verbrechen verdächtigen irischen Volksvertreter auf die Anklagebank zu bringen und sich anstatt dessen hinter die „Times“ gestellt und dieselbe in ihrem Vorhaben heimlich unterstützt. Er freue sich, daß Irland seit der großen Maßregel in 1886 verzweifeltsten Entschlüssen den Rücken gedreht habe und einsehe, daß seine Sicherheit in verfassungsmäßigen Wegen liege. Man stände jetzt am Vorabend einer großen Bewegung, die nicht nachlassen würde, bis Irland die Controle über seine künftigen Geschicke erlangt habe. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche die Organisation einer Agitation im Sinne der oben erwähnten Beschlüsse empfiehlt, die fortgesetzt werden müsse, bis das Ministerium gezwungen worden, das Parlament aufzulösen und an die Nation zu appelliren.

### Serbien.

Belgrad, 13. März. [Zur Lage.] Die neue Regierung hält, so wird der „N. Fr. Pr.“ berichtet, heute ihren ersten wirklichen Ministerrath; bisher hat nur nach dem constituirenden Conseil eine kurze Vorbesprechung über das Ministerprogramm stattgefunden. Wie schon Nistic betonte, soll die Finanzfrage die Hauptrolle in demselben spielen. Der Regent äußerte, daß Herr Vuic, ein tüchtiger und unterrichteter Mann, seine Aufgabe sicher lösen werde; ähnliches Lob wird dem jungen Minister von allen Seiten gesendet; die Deputirten rühmen seine Arbeitskraft, seine Beamten — er war schon einmal kurze Zeit Minister — erzählen, daß er eine ungewöhnliche Sach-

kenntniß und Klarheit besitze. Die Finanzfrage, die an der Consolidirung der finanziellen Zustände Serbiens das größte Interesse haben, wünschen, daß es dem Minister gegönnt sein möge, fünf bis sechs Jahre sein Portefeuille zu behalten. Vuic ist ein ehrlicher Mann. Er hat sein kleines väterliches Erbe benützt, um sich in Deutschland auszubilden, und lebt seither hier mit seiner Mutter bescheiden in einem Häuschen, das eigentlich richtiger eine Hütte genannt werden müßte. Herr Vuic ist ein Mann im Beginne der Dreißig mit der vollen Elasticität der Jugend. Sein von einem dunklen Barte umrahmtes Gesicht zeigt eine für einen Finanzminister ungewöhnliche Hoffnungsreue. „In der That“, sagt Herr Vuic, „ist die Finanzfrage das wichtigste Moment, welches die Regierung beschäftigt. Wir wollen und müssen das Gleichgewicht im Staatshaushalt herstellen, und wir werden Alles vermeiden, was dieses Streben behindern könnte. Die Finanzen Serbiens sind allerdings momentan zerrüttet, denn da wir Deficit auf Deficit gehäuft und unsere Rückzahlungen durch neue Schulden leisteten, sind wir auf eine Bahn gerathen, die zum Abgrunde und zum Bankerotte führen müßte. Aber wir werden auf diesem gefährlichen Wege nicht fortschreiten. Das serbische Budget umfaßt einen Betrag von 46 Millionen; 6 bis 7 Millionen beträgt unser Gebahrungs-Deficit, 3 Millionen das Deficit für die Schuldentilgung. Unsere Partei hat im Jahre 1887 Vorschläge gemacht zur Rettung unserer finanziellen Situation; mit Rücksicht auf den König wurden die Vorschläge abgelehnt, das Ministerium, dessen Mitglied auch ich war, fiel. Unsere Pläne von damals werden heute wieder aufleben. Zunächst wird es meine Aufgabe sein, die Ressortminister zu einer genaueren Budgetirung für das nächste Jahr zu veranlassen. Auf dieser Basis werden wir Ersparungen zu machen suchen; wir denken vor Allem an eine Reduction des Militär-Budgets; dasselbe beträgt gegenwärtig 14 Millionen; es muß mindestens auf 11 Millionen herabgesetzt werden. Es giebt Leute unter uns, denen diese Reduction noch nicht ausgiebig genug erscheint und die eine Herabsetzung auf 9 Millionen fordern. Daß eine Reduction erfolgen müsse, darüber sind wir uns Alle klar. Serbien ist ein kleiner Staat mit einer nicht zu zahlreicher Bevölkerung. Was diese will, ist die Erhaltung und Vertheidigung ihrer nationalen und staatlichen Individualität. In der großen Politik wird unsere Militärmacht nicht entscheiden, wir können bei einer europäischen Verwicklung, die wir ein Interesse haben, so lange als möglich hinauszuschieben, durch Klugheit und politischen Tact gewinnen, aber gewiß wird der Umstand nicht entscheidend sein, auf welcher Höhe unser Präsenzstand der Armee im Frieden ist; dies ist die Ueberzeugung aller meiner Collegen, die als ehrliche Liberale auch nicht wollen, daß Serbien unnütz die Last und Gefahr trage, die im Militarismus der großen Staaten Europas liegt. Unser Präsenzstand beträgt heute 20 000 Mann auf dem Papier, factisch 15 000 Mann, und wir werden sicher mindestens auf 12 000 Mann herabgehen. Die allgemeine Wehrpflicht soll deshalb nicht aufhören. Während der Zeit, daß die Leute in Waffen stehen, sollen sie vorbereitet werden für den Augenblick, in dem wir an unsere gesammte Volkstraf appelliren müssen. Die Herabsetzung der Zahl unserer auswärtigen Vertretungen, die außerdem geplant ist, wird uns nur einige hunderttausend Francs ersparen. Ausgiebiger sind die Reductionen in unserer Verwaltung, welche mindestens eine Million erreichen sollen. Wir denken aber auch die Staatseinnahmen zu erhöhen. Es ist richtig, daß die Leute über Steuerdruck klagen, aber sie klagen nur, weil unsere Steuern ungleichmäßig vertheilt sind und weil die Steuerzahler wissen, daß die Finanzwirtschaft keine gute war. In den Steuer-Commissionen, welche die Höhe des zu leistenden Steuerbetrages bestimmen, herrschen bis jetzt Parteigrundsätze, und trotz des bleibenden Deficits konnte man sich zu keiner wirklichen Sparsamkeit entschließen. Da wir dies zu thun gedenken, werden die Leute eine Abänderung der Stempelsteuer und eine Reform aller directen Steuern, welche eine richtige Vertheilung der Auflagen durchführt, gewiß günstig aufnehmen. Wir hoffen hierdurch auf eine Erhöhung der Einnahmen von

### Fixsterne und Nebel unter dem Spectroskop.

Vor einiger Zeit haben wir an dieser Stelle den neuesten Forschungen in Bezug auf die Kometen eine kurze Betrachtung gewidmet, wobei wir namentlich der ungeahnten Aufschlüsse gedachten, welche die Menschheit der Spectral-Analyse verdankt. Auch von den Fixsternen und Nebelsternen hat diese Untersuchung der hellen und dunklen Streifen in dem durch ein Glasprisma zerstreuten Lichte uns überraschende Kunde gebracht, welche ebenfalls in kurzer übersichtlicher Weise dargestellt zu werden verdient. Wir folgen auch dieses Mal der „Geschichte der Astronomie während des neunzehnten Jahrhunderts“ von A. M. Clerke, übersetzt von G. Maser.

Schon in den ältesten Zeiten fiel die rothe Farbe mancher Sterne, wie  $\alpha$  Orionis (Beteiguze) und  $\alpha$  Tauri (Aldebaran) auf. In näher liegenden Perioden beobachtete man, daß rothe Farbe und Veränderlichkeit in der Regel zusammenstießen. Zöllner stellte 1865 die Vermuthung auf, daß weiße, gelbe und rothe Sterne nur die verschiedenen Stadien der Abkühlung darstellten. Die weißen Sterne (wie Sirius, Vega, Altair, Regulus) seien die glühendsten, gelbe (wie Capella, Arcturus und unsere Sonne) seien schon etwas abgekühlt, und die kälteren rothen Sterne hätten schon das trübere Licht angenommen, welches u. a. auch das rothglühende Eisen im Vergleich zu dem viel heißeren weißglühenden auszeichnet. Die Veränderlichkeit deutete man denn auch wohl mit dem Vorhandensein von Schloten, d. h. völliger Erstarrung und Abkühlung entgegengesetzter Materie, welche auf dem feuerflüssigen Ball zuweilen oben treibe, zuweilen wieder in ihm unterfinke. Die Spectralanalyse hat diese Annahmen, die noch 1874 von Vogel-Potsdam unterstützt wurden, nicht bestätigt, und jetzt dürfte sie nur wenige Anhänger mehr haben. Vielmehr scheint vollkommen festzustehen, daß die gelblichere und röthlichere Farbe von einer dichteren Atmosphäre herrührt, welche vorzugsweise die violetten und blauen Strahlen des glühenden Hauptkörpers absorbiert und in der geringeren Menge des durchgelassenen Lichtes den rothen und gelben Strahlen des Spectrums ein Uebergewicht verleiht. Die absorbirenden Gasdämpfe sind notorisch verschiedenartigen Ursprungs. Wenn gleich es an der Analogie fehlt, daß in den Spectren anderer Sterne vorzugsweise die rothen und gelben Strahlen absorbiert werden und daher die ganzen Spectren eine blaue oder violette Farbe annehmen, so berechtigt doch nichts zu der Vermuthung, daß die mit einer die blauen und violetten Strahlen absorbirenden Atmosphäre ausgestatteten Sonnen alter oder abgekühlter seien als diejenigen, deren Atmosphäre alle Lichtarten zur Geltung kommen läßt. Die Schlotentheorie ist überdies mit Bezug auf die Sonne gänzlich aufgegeben und kann also auf die Sterne keine Anwendung mehr finden. Die Zöllner'sche Theorie behandelt zudem nur eine Abnahme des Lichts und der Wärme. Aber man muß annehmen, daß beides zum großen Theil aus zunehmender Verdichtung herrührt, und dann müßten sehr dicke, heiße, mit sehr dünner Atmosphäre umgebene Sterne, wie Sirius, frühere Epochen gehabt haben, die sich durch geringere Wärme

und rötheres Licht auszeichneten. Bei Sirius kommt allerdings der merkwürdige Umstand hinzu, daß die antiken Astronomen ihn einstimmig den „rothen Stern“ („röther als Mars“) nennen. Will man dies als Zeugniß für die Veränderlichkeit des Sternes gelten lassen, so fällt wenigstens die Abkühlungs-Theorie damit völlig in sich zusammen. Auch die Alters-Theorie; denn Sirius, nach seinem weißen Licht heute eine junge Sonne, hätte vor 1500 Jahren eine alte Sonne genannt werden müssen; und alle heute weißen Sterne wären in den Zeiten, wo stürmisch erregte Dämpfe bis zu großen Höhen über ihre Photosphäre emporstiegen, und viel blaues Licht absorbierten, alte Sterne gewesen, während sie heute wieder zu den jungen gehören. Wir können also aus dem Lichte nichts über das Alter, über Wärmezunahme oder Abnahme der Sterne schließen.

Charakteristisch für die Spectren rother Sterne, von denen Duner zu Stockholm 1884 einen 352 Exemplare enthaltenden Katalog herausgab, sind entweder gewisse Cannelirungen, die förmlich das Aussehen von Säulen annehmen, oder ausgeprägte Bandenspectren. Die beiden Typen sind so häufig und stehen so scharf ausgeprägt neben einander, daß sie verschiedne Arten von Sonnen mit Bestimmtheit zu charakterisiren scheinen. Näheres ist noch nicht bekannt; von den rothen Sternen mit Bandenspectren ist nur Beteiguze genau genug untersucht. Dieser Stern aber verräth absorbirende Dämpfe von Natrium, Eisen, Calcium, Magnesium und Bismuth, sowie Spuren von Wasserstoff; wenn er Eisen in Dampf verwandeln kann, so muß seine Wärme ähnlich sein wie die unserer Sonne.

Wir erwähnten bereits, daß die rothen Sterne meist veränderlich sind. Eine Theorie leitete die Veränderlichkeit daher, daß ein dunkler Begleiter sich periodisch zwischen den Hauptstern und uns stelle. Es giebt in der That eine kleine Gruppe von acht Sternen, deren Typus Algol im Haupte der Medusa ist, deren Periodicität genau mit der Annahme eines verdunkelnden Begleiters stimmt. Aber selbst dabei müßte man zulassen, daß dieser Begleiter  $\frac{1}{4}$  der Masse seines Hauptkörpers besitze und sich in einer Entfernung von nur 817 Meilen — also nur der Hälfte des Erddurchmessers — in 2 Tagen 21 Stunden um den Hauptkörper bewege, was schwer anzunehmen ist. Andere Sterne sperren sich durchaus gegen die Theorie, daß ein Begleiter die Veränderlichkeit verursache. Die Pfafen eines merkwürdigen Sternes im Cepheus, welcher 1880 von Ceraschi zu Moskau entdeckt wurde, sind von derselben wohlbestimmten Art wie die des Algol und kehren in  $2\frac{1}{2}$  Tagen wieder. Allein seine bläulich-weißen Strahlen werden röhlich zur Zeit des Minimums, was nicht auf eine bloße Lichtschwächung, sondern auf die Absorption bestimmten Lichts durch Gase deutet. Man hat wohl versucht, diese Erscheinung durch die Annahme zu erklären, daß der Hauptkörper weißes Licht habe, der Begleiter aber rothes, und daß letzterer den Hauptkörper zeitweilig gänzlich verfinstere. Allein, es stellen sich noch viele Schwierigkeiten ein, welche dieser Theorie widerstreben, auf welche wir jedoch hier nicht näher eingehen können.

Die periodische Veränderlichkeit ist und bleibt unerklärt. Es wird

aber mit Recht darauf hingewiesen, daß die Periodicität der rothen Sterne eine gewisse Analogie mit der Sonnenfleckenperiode habe, und daß wahrscheinlich auch unsere Sonne zu den veränderlichen Sternen gehöre, wenn auch zu den am wenigsten veränderlichen. Es sind indeß alle Grade der Veränderlichkeit vertreten, bis zu dem plötzlichen Ausflammen bis dahin schwacher Sterne oder der Erscheinung sogenannter Sterne.

Eine der bekanntesten Erscheinungen dieser Art ist das Aufkommen eines bis dahin unbekanntes Sternes in der nördlichen Krone am 12. Mai 1866. Schmidt in Athen hatte im Beginn der Nacht diese Stelle des Himmels untersucht, und konnte deshalb nachher bezeugen, daß der Stern nicht dagewesen war. Vier Stunden später entdeckte John Birmingham in Millbrook an derselben Stelle einen Stern zweiter Größe. In wenigen Stunden, vielleicht in wenigen Minuten, war eine ungeheure Wasserstoff-Atmosphäre in Gluth gerathen. Das glühende Wasserstoff die Ursache der Lichterscheinung war, erwies sich unzweideutig daraus, daß die charakteristischen hellglänzenden Linien dieses Elements in dem sonst überaus schwachen „continuirlichen Spectrum des Sternes hervortraten, jedoch alsbald an Helligkeit abnahmen und zugleich mit dem abnormen Glanze des Sternes nach neun Tagen verschwanden, während das matte continuirliche Spectrum seitdem blieb.

Ähnliche Phänomene traten mehrfach hervor. Zwei Sterne,  $\beta$  Lyrae und  $\gamma$  Cassiopeiae wiesen sogar eine gewisse Periodicität in dem Erglänzen von Wasserstoffdämpfen auf; und neben dem Wasserstoff auch Helium, jenen uns noch unbekanntes Stoff in der Sonnenphotosphäre. Der letztgenannte Stern ließ mehrfach auch helle Kohlenstofflinien hervortreten, welche untereinander eine bis jetzt ganz unerklärte Veränderlichkeit aufweisen.  $\beta$  Lyrae zeigt in der Regel dunkle Wasserstofflinien. Gelegentlich glänzen dieselben hell auf, dann treten sie mit Schwankungen wieder zurück. In ihren Einzelheiten sind diese weltbrandartigen Vorgänge noch nicht erklärt, allein es unterliegt keinem Zweifel, daß ihnen miteinander ringende, ungeheure physische Kräfte zu Grunde liegen.

Es sind aber noch merkwürdigere Erscheinungen beobachtet worden, und zwar solche, welche die bisher als scharf und unzweifelhaft geltende Grenze zwischen Sternen und Nebeln zu verwischen scheinen. Am 24. November 1876 entdeckte Dr. Schmidt in Athen einen neuen Stern im Sternbilde des Schwans. Er war damals dritter Größe, und aber, da er früher nicht registriert war, früher unterhalb der neunten Größe gewesen sein. Sein Spectrum wies helle Wasserstoff- und Heliumlinien auf, welche sich von einem schwachen, continuirlichen Originalspectrum des Sterns, das viele dunkle Gaslinien zeigte, deutlich abhoben. Wie herkömmlich ließ der Glanz der Linien glühender Gase bald nach, während das Originalspectrum des Sterns blieb. Aber nachdem es während des Sommers 1877 nicht hatte untersucht werden können, zeigte sich plötzlich im September 1877, daß dasselbe sich zu einer einzigen hellen Linie im Grün und der charakteristischsten Linie der gasförmigen Nebel zusammengezogen hatte. Das continuir-

zwei bis drei Millionen; auch die Steuer-Rückstände, welche zehn Millionen betragen, werden wir energischer eintreiben. Die Tabak-Manipulation werden wir in eigene Regie übernehmen, und zwar schon für das nächste Jahr. Wir werden Erparungen beim Fabrikations-Betriebe und eine Erhöhung des Verkaufspreises einführen und glauben hierdurch eine Million gewinnen zu können. Ebenso werden wir beim Salz den gegenwärtigen Zustand abändern, und zwar entweder die noch bestehenden Rechte der Gesellschaft, welche das Salzmonopol ausübt, ablösen, oder die Gesellschaft zu erhöhten Leistungen veranlassen. Die Gesellschaft selbst hat schon der früheren Regierung einen Antrag in dieser Richtung gemacht. Wir glauben auch in dem Vertrage, den der Staat mit der Societe des Chemins de Fer geschlossen hat, eine Handhabe gewinnen zu können, um ein günstigeres Verhältnis für die Staatseinnahmen als bisher herbeizuführen. So ist unser Finanzplan in großen Zügen der folgende: Herabsetzung des Ausgabenbudgets von 46 Millionen auf 40 Millionen und namhafte Erhöhung unserer gegenwärtigen Einnahmen, welche man mit 37 Millionen taxiren kann. Meine Thätigkeit ist jedoch nicht auf diese Budgetfragen allein beschränkt. Ich werde mitzuwirken haben an der Codification der Gesetze, welche zur Hebung des Volkswohlstandes zu erlassen sein werden. Das erste derselben wird der Herstellung eines Katasters, die weiteren der Hebung des Crediten im Lande gelten. Wir beabsichtigen zu dem Ende die Einführung von Bauernbanken, wie sie in Rußland bestehen, da sich bei uns die Raiffeisen'schen Kassen kaum bewahren dürften. Dies sind die Pläne der Regierung. Die Natur derselben bürgt wohl dafür, daß die Ruhe und Ordnung, sowie die Consolidirung aller Verhältnisse nicht nur Serbien allein Vortheil bringen werden."

## Provinzial-Beitung.

Breslau, 15. März.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Ueber die Kosten der verschiedenen Irrenanstalten in Schlesien sind vor einigen Tagen im Provinzial-Landtage einige Bemerkungen gemacht worden, die noch außer der sofortigen Widerlegung durch den Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses, Grafen Stosch-Hartau, eine öffentliche Betrachtung rechtfertigen. Daß die Kosten der einzelnen Anstalten sehr verschieden sind, nicht nur absolut, wie sich bei den untereinander sehr abweichenden Belegungszahlen (von kaum 300 bis nahe an 700 Kranke) von selbst versteht, sondern auch bei der Berechnung auf den Kopf des Pflinglings, das ist Thatsache. Die Ursache liegt darin, daß bisher in Schlesien fast alle Heilbaren, d. h. frisch Erkrankten, in Leubus centralisirt wurden, während die andern Anstalten entweder, wie Kreuzburg, nur wenige, oder wie die übrigen, fast gar keine frischen Kranken erhielten. Daraus ergeben sich sehr große Schwankungen in den Kosten. Die frischen Kranken bedürfen zunächst einer genaueren Ueberwachung, d. h. mehr Kräfte und mehr Wärter, sobald einer im Durchschnitt krakteren, aber nahrhafteren Kost. Das macht natürlich wesentliche Mehrkosten. Dem gegenüber ist die Verpflegung der chronisch Irren wesentlich billiger, und was ganz besonders ins Gewicht fällt, die letzteren sind, wenigstens zu einem großen Theile, im Stande, sich mit allerlei Arbeiten zu beschäftigen. Damit werden sofort die Kosten der Verpflegung geringer, die Reparaturen der Bekleidung und die Instandhaltung der Baulichkeiten, die Beihilfe in der Küche und in der Wäsche, der Gartenbetrieb, unter Umständen sogar die Neuanfertigung von Kleidern und Schuhen für den gesammten Pflinglingsbedarf können von den Kranken der Anstalt unter Aufsicht der Wärter beschafft werden. Es ergibt sich ohne Weiteres, um wie viel geringer dadurch die Kosten werden und daß dies noch mehr der Fall ist, wenn ein eigener landwirthschaftlicher Betrieb vorhanden ist, wie er in Bunzlau und Brieg seit längerem besteht, für Rybnitz, Kreuzburg und Plagwitz in vielversprechender Entwicklung ist. Natürlich rechtfertigt sich die Beschäftigung der Irren nicht durch die Erparungen, sondern

lediglich durch die außerordentlich günstige Einwirkung der darin liegenden geistigen Ablenkung und körperlichen Thätigkeit auf die Kranken. — Wer die Entwicklung des schlesischen Irrenwesens auch nur in den letzten Jahren verfolgt hat, weiß, daß der bedeutendste Schritt, um die Kosten der einzelnen Anstalten auszugleichen, bereits gethan ist. Er ist vor sich gegangen in dem Beschluß der Provinzialbehörde, die Trennung der Heil- und Pflegeanstalten aufzuheben und alle Provinzial-Irren-Anstalten zu gemischten Anstalten zu machen. In jeder derselben können natürlich nach Bedarf die Heilbaren und Unheilbaren getrennt werden; auf viele frisch Erkrankte wirkt aber gerade das Zusammensein mit ruhigen, die Anstaltsordnung anerkennenden Leidensgenossen außerordentlich günstig ein. Damit kommen schließlich, sobald das Princip ganz durchgeführt sein wird, alle Anstalten in die Lage, sich die angeordneten Vortheile zu Nutzen zu machen. Niemals darf erklärlicher Weise die Sparbarkeit allein die Richtschnur abgeben. Die Irrenhäuser sind doch nicht Spar- und Darbinsstitute, sondern in erster Linie Humanitätsanstalten. Zur Kostenfrage gehört die Bemängelung der Directorengehälter, welche im Landtage vorgebracht wurde. Daß bei dem gegenwärtig zwischen 31 und 64 Lebensjahren variirenden Alter der Anstaltsleiter auch in den Bezügen Unterschiede bestehen, darf wohl Niemandem wundern, und daß ein Beamter, der studirt hat und eine der verantwortungsvollsten Stellen inne hat, einmal im Ausnahmefall neben freier Wohnung ein Baargehalt von 7500 Mark hat, dadurch wird der nach Hunderttausenden zählende Anstaltsbetriebe nicht gerade sehr belastet und dies um so weniger, wenn man bedenkt, daß manche schlesische Directoren mit einem Baargehalt beginnen, wie es in anderen Theilen Deutschlands der zweite Anstaltsarzt bezieht, und daß der allgemeine Grundsatz: „auf 100 Irre 1 Arzt“ aus Sparamtheitsgründen faum irgendwo thatsächlich so geringe Geltung hat, wie in unserer Provinz.

## XXXIII. Provinzial-Landtag der Provinz Schlesien.

Breslau, 15. März.

Sechste Sitzung.

Der Vorsitzende, Herzog von Ratibor, eröffnet die Verhandlungen nach 1 Uhr. Am Tische des königlichen Landtagscommissars haben dieser selbst (Oberpräsident D. von Seydewitz) sowie seine Räte, Oberpräsidentialrath von Jkenpliz, Regierungsrath von Frankenberg und Regierungsrath von Wallenberg, Platz genommen. Nach Erledigung einiger Urlaubsgeheute tritt das Haus in die Erledigung der Tagesordnung ein. Es kommen u. a. folgende Vorlagen zur Verhandlung:

Ueber die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Regulirung der Nebenflüsse der Oder, berichtet im Namen der zweiten (Agrar-) Commission der Abg. Landrath von Goldfuß-Kimpflich. Derselbe begründet den Antrag der Commission, dahingehend, im Einflange mit dem Provinzialauschusse zu beschließen: „1) Die königliche Staatsregierung wird ersucht, mit möglicher Beschleunigung die Regulirung der Nebenflüsse der Oder zum Zwecke der Abwendung von Hochwasserschäden und einer nützlicheren Verwendung des Wassers zu betreiben; 2) es wird die Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit den verfügbaren Mitteln des Landesmeliorationsfonds der Provinz diese Arbeiten zu unterstützen.“ Der Redner weist auf eine Denkschrift des Meliorations-Bauinspectors von Münterstein über die Hochwässer des vorigen Jahres hin, giebt eine kurze geschichtliche Darstellung über die hier in Betracht kommende Materie und empfiehlt dann die Annahme des Commissionsantrages. Abg. Geh. Regierungsrath a. D. von Boyrsch-Breslau (Land) ist der Ansicht, daß der Regulirung der Nebenflüsse die des Hauptstromes vorgehen müsse. Redner beantragt deshalb, hinter den Eingangsworten des Antrages „Die königliche Staatsregierung wird ersucht“ einzufügen „sodals die Ober regulirt ist“. Der Landtagscommissar, Oberpräsident D. von Seydewitz, betrachtet den Antrag der Commission als eine Anregung und erklärt im übrigen, daß die Staatsregierung den in dem Antrage bezeichneten Weg bereits beschritten habe. Die Regulirung von 15-20 Flußläufen werde bereits bearbeitet. Auf jeden Fall sei die in Nr. 2 des Antrages ausgesprochene Bereitwilligkeit mit Dank entgegen zu nehmen. Nachdem dann noch der Berichterstatter gegen den Antrag von Boyrsch gesprochen, wird dieser Antrag abgelehnt, der Commissionsantrag aber angenommen.

Die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Controle über die Verwaltung der Norddeutschen Hagel-Vericherungsgesellschaft, wird durch Kenntnisknahme für erledigt erklärt.

Als Berichterstatter der zweiten (Agrar-) Commission berichtet der Abg. Landrath von Loesch-Volkshain über die Vorlage des Provinzial-

Ausschusses, betreffend Beihilfen zur Regulirung der Rahnach und des Schwarzwassers nahe bei Liegnitz. Die Commission beantragt zu beschließen: „Es wird die geschenkwaise Beihilfe von 46 000 M. und die Gewährung eines Darlehns von 92 000 Mark nach dem Antrage des Provinzial-Ausschusses unter der Bedingung genehmigt, daß a. die Bauausführung nach dem von Münterstein'schen Entwurfe vom 15. Juli 1888 unter Beachtung der etwa staatsrechtlich geforderten Abänderungen erfolgt; b. die Staatsregierung ebenfalls eine Beihilfe von einem Drittel theil der Baukosten in Höhe von 138 000 Mark bewilligt; c. die vorstehend bezeichneten Geldmittel nicht zur Entlastung leistungsfähiger Beihilfgeber verwendet werden und d. die Unterhaltung der durch die Regulirung geschaffenen Anlagen von der Stadt Liegnitz und den etwaigen sonstigen Beteiligten übernommen wird.“ Der Punkt d und bei Punkt a die Bedingung der Beachtung staatsrechtlich etwa geforderter Abänderungen rühren von der Commission her, der Rest entspricht völlig dem Antrage des Provinzial-Ausschusses. Herr von Loesch weist nach, daß die in Rede stehende Regulirung im Interesse der gesundheitlichen Verhältnisse der Stadt Liegnitz und ihrer 47 000 Einwohner dringend geboten sei, daß die Stadt hierzu öffentlicher Hilfe bedürfe und daß die in dem Antrage vorgesehene Bemessung der provincialen Beihilfe die richtige sei. Der Landtagscommissar, Abg. Brauerdirector Ritsche-Brieg, begründet den abweichenden Antrag der Commission, welcher wesentlich eine formale Bedeutung beansprucht. Das Haus beschließt nach den Anträgen der Commission.

Es folgt die Beschlußfassung über eine Reihe von Etats für 1889/90, welche nach den Entwürfen des Provinzialauschusses wie folgt festgelegt werden: Provinzial-Gebammen-Lehranstalt zu Breslau Einnahme und Ausgabe je 27 522 M.; Provinzial-Gebammen-Lehranstalt zu Döbeln Einnahme und Ausgabe je 17 691 M.; Provinzial-Zwangs-Erziehungsanstalt zu Lublitz Einnahme und Ausgabe je 91 400 M.; Landarmenverband der Provinz Schlesien Einnahme und Ausgabe je 825 000 M.; Arbeits- und Landarmenhaus zu Schweidnitz Einnahme und Ausgabe je 278 900 M.; Arbeitshaus zu Lost Einnahme und Ausgabe je 198 700 M. Zum Etat für den Landstraßen- und Wegebau beantragt die Commission, zu beschließen: „1) Bei Abschnitt IV, Capitel 1, Titel 2 der Ausgabe „Zur theilweisen Deckung der Bedürfnisse der Provinzialverwaltung“ 100 000 M. wieder einzustellen und Abschnitt II der Einnahme „Zufluß aus der Hauptverwaltung“ auf 3 026 933 M. zu erhöhen; 2) den Entwurf des Etats mit dieser Abänderung zu genehmigen und in Einnahme und Ausgabe auf je 3 067 000 M. festzusetzen.“ Der Berichterstatter über diesen letzterwähnten Etat, Abg. Brauerdirector Ritsche-Brieg, begründet den abweichenden Antrag der Commission, welcher wesentlich eine formale Bedeutung beansprucht. Das Haus beschließt nach den Anträgen der Commission.

Ueber die Vorlage, welche sich mit den von den vorjährigen Hochwässern angerichteten Schäden an den Provinzialhäusern beschäftigt, berichtet im Auftrage der Commission für die Beangelegenheiten der Abgeordnete, Brauerdirector Ritsche-Brieg. Er begründet den mit dem Antrage des Provinzialauschusses sich bedenkenden Commissionsantrag, welcher dahin geht, zu beschließen: „Zur Deckung derjenigen Ausgaben, welche infolge der Wiederherstellung der durch die Hochwässer im Jahre 1888 zerstörten Provinzialhausschiffen entstanden sind, ist außer den verfügbaren etatsmäßigen Mitteln aus Capitel 18 Abschnitt II des Etats für den Landstraßen- und Wegebau für 1888/89: a. der für den Neubau der Reifebrücke bei Görlitz früher bewilligte und bisher in Rest gestellte Betrag von 115 930 M. 51 Pf. zu verwenden; b. die außerdem noch fehlenden Geldmittel von 93 349 M. 49 Pf. sind aus Abschnitt III für Unterstüzung des Kreis- und Gemeinbewegebaus des Etats für den Landstraßen- und Wegebau für 1888/89 zu entnehmen.“ Der Antrag wird angenommen.

Im Weiteren kommt eine Reihe von Unterstüzungsmitteln und Beihilfen für die Erledigung. Von allgemeinerem Interesse ist hiervon Folgendes: Der Antrag des Convents der Barmherzigen Brüder in Bogutschütz um Bewilligung von 5000 M. zum Ankauf eines Grundstückes wird abgelehnt, dagegen wird dem Convente, wie bisher, aus dem Landtagsdispositionsfonds eine außerordentliche Unterstüzung von 1000 M. gewährt. Das Gesuch der Diakonissenanstalt zu Frankenstein um Bewilligung einer Beihilfe zu den Unterhaltungskosten wird dem Provinzial-Ausschusse zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung überwiesen. Dasselbe geschieht mit dem Gesuche des Vorstandes der Herberge zur Heimath in Reichenbach u. C. um Gewährung einer außerordentlichen Unterstüzung. Bei der Verathung des Antrages des Convents der Barmherzigen Brüder in Bogutschütz beantragt der Abg. Landrath Holz-Rattowitz erst die Bewilligung von 5000 M., später von 3000 M. Dieser Antrag wird inoffen abgelehnt.

liche Spectrum mit dunklen Unterbrechungen hatte und einen Stern verrathen, der aus einem festen oder flüssigen glühenden Hauptkörper, umgeben von einer dichten Atmosphäre, bestand. Nun hatte der feste Körper entweder zu leuchten aufgehört, oder er hatte sich in glühendes Gas verwandelt. Er unterschied sich in seinem Aussehen gar nicht mehr von einem der sog. planetarischen Nebel, deren viele so klein sind, daß sie von kleinen Sternen nur durch die Beschaffenheit ihrer Lichtstrahlen unterschieden werden können. Aber auch dieser Zustand war nur vorübergehend. Im Jahre 1880 nahm der Stern wieder ein gewöhnliches, wenn auch sehr schwaches continuirliches Spectrum an, wonach wieder ein glühender, leuchtender, fester oder flüssiger Körper vorhanden gewesen sein muß.

„Die Belehrung.“ s. sagt Clerk, „die wir aus diesen Veränderungen erhalten, scheint keine geringere zu sein als diese: Eine deutliche Scheidelinie zwischen Sternen und Nebeln kann nicht gezogen werden; in den sogenannten „planetarischen Nebeln“ auf der einen Seite und den „gasförmigen Sternen“ (d. h. die ein Spectrum von hellen Linien geben) auf der andern Seite begegnen wir Uebergangsformen, welche dazu dienen, die Luft zwischen solchen ungeheuren und — wenn der Ausdruck gestattet ist — ihrem Ende nahen Körpern wie Sirius und dem im Anfangszustand befindlichen schwach leuchtenden Stoffe, welcher sich um das Trapez des Orion verdrängt, zu überbrücken.“

Der Nebel in der Andromeda, als der größte der regelmäßiger geformten Nebel, noch dazu durch die stärksten Teleskope nicht in Sternhaufen aufzulösen, obwohl er ein continuirliches Spectrum giebt, hat von jeher das größte Interesse erweckt. Auf's Höchste gesteigert wurde die allgemeine Spannung, als im August 1885 fast genau in der Mitte des ellipsoidischen Nebels ein Stern erglomm. Von der neunten Größe entwickelte er sich bis zur siebenten, dann sank er rasch zurück und war im März 1886 kaum noch zu erkennen. Während der ersten Stadien seines Niederganges war der Contrast zwischen der scharf begrenzten rötlichen Scheibe des Sternes und dem nebligen grünlich-weißen Hintergrunde, mit dem er durchaus in einer physischen Verbindung stehen mußte, höchst auffällig. Schon daß der Stern nicht genau in der Mitte des Nebels lag, deutete an, daß man es nicht mit dem Beginn eines Verdichtungs-Processes zu thun habe; das Nachlassen des Lichts und die sonstige Unveränderlichkeit des Nebels bestätigten dieses. Im Spectroskop zeigten sich kleine Spuren von hellen, aufsteigenden Gase andeutenden Linien, doch stimmte das Spectrum durchaus nicht mit dem der sog. neuen Sterne überein. Daß man es nur mit einem optischen Zusammenhang zwischen Stern und Nebel zu thun habe, wurde geradezu unendlich unwahrscheinlich, als man sich erinnerte, daß 1860 in einem Nebel im Scorpion derselbe Vorgang beobachtet worden war. Zur Erklärung sind verschiedene Theorien aufgestellt, doch mögen dieselben vorerst auf sich beruhen bleiben.

Huggins war es, der auch in Bezug auf die Nebel dem Spectroskop werth die überraschendsten Aufklärungen abgewann. Wie die

Kometen, so zeigen ihm schon 1864 eine Anzahl von Nebeln ein Spectrum, das im Gegensatz zu den Sternspectren nicht continuirlich war, sondern aus einzelnen hellen Linien bestand. Damit war die Frage entschieden, daß man nicht entfernte Sternhaufen, sondern glühenden Dampf vor sich habe. Nachgewiesen in den Dämpfen wurden Wasserstoff und Stickstoff, und zwar Stickstoff immer, Wasserstoff mit wenigen Ausnahmen.

Wir übergehen die Anzeichen von einer Veränderlichkeit des Lichts der Nebel und wollen nur noch einer merkwürdigen Fraunhofer'schen gedenken, welche wir dem Spectroskop verdanken. Die Ursache der verschiedenen Brechbarkeit des Lichts ist die verschiedene Wellenlänge der einzelnen farbigen Strahlen. Wenn die Quelle des Lichts und unser Spectroskop stets genau weit von einander entfernt bleiben, so bleiben die Wellen gleich lang. Nähern sich die beiden, so werden in der Secunde mehr Wellen an das Spectroskop und an unser Auge gelangen, oder die Wellen verkürzen sich; entfernen sich Lichtquelle und Auge von einander, so verlängern sich die Wellen. Die Fraunhofer'schen Linien geben uns Gelegenheit, festzustellen, ob wir uns einem Stern nähern, oder uns von ihm entfernen. Im ersteren Falle muß das Spectrum sammt den dunklen Linien um eine ganze Kleinigkeit gegen das violette Ende verschoben sein, im letzteren gegen das rothe. Die Spectren der irdischen Elemente ermöglichen uns, die Lage der Linien, wie sie sein sollte, mit der wie sie ist, genau zu vergleichen. In der That finden sich die Verschiebungen. Zum Theil rühren sie von der Bewegung der Erde um die Sonne her. Diese geben den genauen Maßstab; man kann ihren Betrag feststellen und hernach bei den weiteren Beobachtungen auscheiden. Was übrig bleibt, bedeutet eine Annäherung oder größere Entfernung zwischen dem Sonnensystem und dem in Rede stehenden Stern. So wurde festgestellt, daß wir uns z. B. dem Arcturus (12 Meilen in der Secunde) nähern, vom Castor, Kiesel, Regulus dagegen entfernen. Der Sirius wies 1872 eine zunehmende Entfernung von 4 1/2 Meilen in der Secunde auf, aber diese Zunahme wurde allmählig geringer und 1883 verwandelte sie sich in eine langsam zunehmende Annäherung, welche 1884 5 Meilen in der Secunde betrug. Zu diesem Effect tragen natürlich die Eigenbewegungen des Sirius wie unseres Sonnensystems in gleichem Maße bei. Beide werden wahrscheinlich eine rotirende Bewegung machen und im Verlaufe derselben einander näher oder ferner kommen.

Von dieser Untersuchungsmethode sind noch weitere erhebliche Erfolge zu erwarten, namentlich auch die genaue Kenntniss der Bewegung unserer Sonne im Weltraum.

Die Schmiebekunst älterer und neuerer Zeit. Herausgegeben von Gustav Trelenberg und Oscar Halpaap. Druck und Verlag von C. Dülfer, Breslau.

Die zweite Lieferung dieses schönen und verdienstvollen Werkes, dessen Plan und Art wir in Nr. 619 der „Breslauer Zeitung“ vom vergangenen Jahre in einem besonderen Artikel eingehend zu würdigen versucht haben, veröffentlicht zwei Prachtstücke älterer Schmiebekunst, die fast

nach schlagen der als die in der ersten Lieferung reproducirten Meisterstücke von der Breslauer Universität die bewundernswürdige hohe Leistungsfähigkeit der schlesischen Schmiebekunst vergangener Jahrhunderte beweisen. Der Preis gebührt unbedingt dem praktischen Schmiedeeisernen Gitter aus der St. Hedwigs-Kloster-Kirche zu Trebnitz. Was Reichthum der Erfindung, Schönheit der ornamentalen Motive, vollendete Harmonie in der Ausgestaltung und Durchführung des Linienspiels bis ins Einzelne, meisterhafte Beherrschung und Bewältigung der Technik anbetrißt, so kann dieses Werk auf den Ruhm Anspruch machen, eine Perle der Schmiebekunst der Renaissance überhaupt zu sein, sowie es nicht dem geringsten Zweifel unterliegt, daß es weit und breit im Osten unseres Vaterlandes das Schönste sein dürfte, was früher aus der Werkstatt eines kunstgeübten Schmiedes hervorgegangen ist. Bei allem an's Leipige grenzenden Reichthum des Rankenwerkes herrscht doch eine so edle rhythmische Eintheilung der Zeichnung vor, daß das Auge, weit davon entfernt, durch die Fülle der Details verwirrt zu werden, mit innigstem Wohlgefallen sich an diesem köstlichen Linienpiel labt. Das Gitter ist ohngefähr 3 Meter breit und 3 1/2 Meter hoch und bis auf zwei Stellen, wo eine auf den ersten Blick kaum wahrnehmbare Verletzung stattgefunden (neben dem Schloß an der Pforte und in dem Rankenfeld darüber fehlen die Mantelblätter), vortrefflich erhalten. An Pracht, wenn auch nicht an Schönheit, weiteitert mit dem Trebnitzer Gitter das vom Stifschlosser Jacob Nagr 1727 gefertigte, in einer vorzüglichen Abbildung vorliegende Gitter aus der Vincenzkirche in Breslau, dessen Herstellungskosten (4075 Gulden) schon darauf hindeuten, daß hier der Schmiebekunst eine ganz besondere Aufgabe gestellt war. Das Gitter ist mit seinen in Schmiebeeisen ausgeführten forntlichen Pilastern, zwischen denen die Zwischenräume mit reichem Rankenwerk ausgefüllt sind, streng architektonisch gegliedert. Was uns an diesem Werke als ein Abweichen von der der Schmiebekunst durch ihr innerstes Wesen vorgezeichneten Bahn erscheint, ist das Herausfallen aus der Fläche, d. h. der Verhuf, innerhalb der Fläche perspectivische Wirkungen zu erzielen, wie er bei dem oberhalb des Mittelportals angeordneten Theil nicht zum Vortheil des Ganzen gemacht wird. Das unermittelte Zusammenstoßen dieses oberen, perspectivisch behandelten Theils mit dem unteren, correcterweise lediglich auf Flächeneffekt berechneten Theile stört den Gesamteindruck, der bei Vermiedung dieser Nichtachtung eines wichtigen künstlerischen Princips ein ungeschmälertes günstiger gewesen wäre, nicht unempfindlich. Als dritte bemerkenswerthe Arbeit aus älterer Zeit bringt die zweite Lieferung ein Stück von einem Wendeltreppengeländer in der Magdalenenkirche in Breslau, angefertigt im Jahre 1661 von Georg Pollade, der hierbei eine reiche Phantasie betätigte. Als Erzeugniß der modernen Schmiebekunst sind in der zweiten Lieferung abgebildet ein schmiedeeiserner Kronleuchter für Gas und elektrisches Licht, ein dreiflügeliges Gitterthor, beide ausgeführt in der Werkstatt von Gustav Trelenberg in Breslau, und ein Grabumfriedigungsgitter, ausgeführt nach der Zeichnung des Architekten Otto Raushenbach in Berlin von der Firma Martin Prädelt in Bunzlau. Die Abbildungen sind in vorzüglichem Lichtdruck von der Firma C. Hesse hieselbst hergestellt, die mit den älteren Lichtdruckanstalten im Westen und Süden des Reichs erfolgreich concurrirt. Für die nächsten Lieferungen sind Abbildungen von Schmiedewerken aus Neisse und der Provinz Posen in Aussicht gestellt. Mit Dank würde es von den Freunden des Werkes anerkannt werden, wenn die Herausgeber bei den einzelnen Arbeiten die Längen- und Höhenmaße angeben, oder wenn sie zum Vergleich einen Metermaßstab den einzelnen Abbildungen begeben würden. Der Text berücksichtigt in dankenswerther Weise die Baugeschichte derjenigen Kirchen, Häuser etc., von denen die verestrichteten Schmiedewerke herrühren. Wir empfehlen das Werk allen Fachgenossen der Herausgeber, allen technischen Schulen als Musterammlung, allen Freunden des deutschen Kunstgewerbes auch heute wieder aufs Wärmste.

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“ Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

Der Abg. Landrath von Goldbus und Genossen beantragen eine Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Provinzial-Hilfskassen-Obligationen und der Notstands-Darlehen um ein halbes Procent. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „1. Den Zinsfuß der noch in Höhe von 20 910 400 Mark im Umlauf befindlichen vierprocentigen Hilfskassen-Obligationen durch Kündigung und Erlass derselben durch 3 1/2 procentige Verschreibungen um ein halbes Procent zu ermäßigen; 2. den Zinsfuß der unter 1. bezeichneten Obligationen durch Convertirung um ein halbes Procent zu ermäßigen; 3. den Grundbesitzern, welche seiner Zeit in den notleidenden Theilen des Regierungsbezirks Doppel Darlehen gewährt erhalten haben und der Provinz noch 4 498 675,75 Mark schulden, ebenfalls ein halbes Procent Zinsverschreibungen nachzulassen.“ Der Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Kreppelhof beantragt hierzu, den Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen. Im Namen der dritten (Finanz-) Commission berichtet hierüber der Abg. Commerzienrath und Consul Molinari-Breslau. Derselbe begründet den Antrag der Commission, welcher dahin geht, den Antrag v. Goldbus und Genossen abzulehnen. Es liegt auch noch ein Antrag des Abg. Grafen v. Stosch (Vorsitzenden des Provinzialauschusses), vor, dahin gehend, im Schluß des Commissionsantrags anzufügen: „Dagegen der Provinzialauschuss zu ersuchen, die Umwandlung der vierprocentigen Obligationen der Provinzial-Hilfskassen in 3 1/2 procentige in Erwägung zu ziehen.“

seitens des zahlreich erschienenen Publikums mit großem Beifall aufgenommen. Die Clavierbegleitung zu „Hänsel und Gretel“ hatte Fräulein Elisabeth Schubert übernommen.

**H. St. Kammermusik.** Das Programm des letzten Kammermusikabends stellte nicht geringe Anforderungen an die Ausbauer und das Auffassungsvermögen der Hörer. Drei Werke von der Ausdehnung und Bedeutung eines Schubert'schen Trios, einer Schumann'schen Violinsonate und eines Brahms'schen Sertetts hintereinander in sich anzunehmen, ist bei aufmerksamer Vertiefen keine Kleinigkeit. Das man trotzdem im Stande war von Anfang bis zu Ende mit ungetheiltem Interesse zuzuhören, ist wesentlich der vortrefflichen Ausführung zuzuschreiben. Am Clavier saß Herr Musikdirector Flügel und bewährte seine längst bekannte Meisterschaft. Seine perlende Technik und sein poetischer Anschlag traten namentlich im Schubert'schen Trio zu Tage. Das Publikum nahm sowohl Trio wie Sonate äußerst beifällig auf. Herr Director Flügel wurde durch die Herren Himmelstosch und Welzer aufs trefflichste unterstützt. Im Sertett wirkten neben unserem ständigen Streichquartett die Herren Bachhaus und Kauer mit. Das herrliche Werk war aufs sorgfältigste einstudirt und kam somit in allen seinen Schönheiten zur vollsten Geltung.

**A. Warmes Frühstück für nothleidende Schulkinder.** Das von dem Stadtkathol. Dr. P. und n. in die Opferwilligkeit edler Menschenfreunde gelebte Vertrauen hat sich bewährt, die Kosten für das den ärmsten Schülern der städtischen Volksschulen bis jetzt gewährte warme Frühstück sind gedeckt. Nun hat aber das neu eingetretene Winterwetter es nothwendig erscheinen lassen, jene Wohlthat noch auf die folgende Schulwoche auszudehnen. In Folge dessen treten noch die Kosten für über 3100 Frühstücksportionen hinzu. Dieser Vorgang bietet den Wohlthätern der Armen nochmals Gelegenheit, ein Scherlein zur Milderung bestehender Noth beizutragen.

**H. Breslauer Consum-Verein.** Am 14. d. M. wurde unter Leitung des Vorsitzenden des Verwaltungsraths, Kaufmann Kringel, die General-Verammlung des genannten Vereins im Saale des Breslauer Concerthauses abgehalten. Zu dem Geschäftsbericht für 1888, von dessen Verlesung die Versammlung Abstand nahm, machte Director Sachs einige Mittheilungen. Danach habe der Verein im verfloßenen Jahre wieder Fortschritte gemacht, wie sie die Verwaltung selbst kaum erwarten konnte. Der Umsatz sei auf rund 6 1/2 Mill. Mark gestiegen, fast 600 000 Mark mehr als im Vorjahre. Der Reingewinn habe 710 793 Mark betragen und sei statutenmäßig zur Verteilung gekommen. Das Vereinsvermögen belaufe sich auf 1 491 429,12 M. Die Grundstücke des Vereins seien schuldenfrei. Der allgemeine Reservefonds sei auf 164 214 M. angewachsen und habe damit die statutenmäßige Maximalhöhe (10 pSt. des Vermögens) erreicht. Der Special-Reservefonds belaufe sich auf 26 699 M. und dürfte bald groß genug sein, um etwa mögliche Verluste aus der vorzeitigen Einlösung der Gegenmarken für alle Fälle decken zu können. Eine Vorlage, betreffend die Begrenzung dieses Fonds, siehe in Aussicht. Bei dem vorhandenen Reservefonds und bei den umfangreichen Abschreibungen auf alle Werthgegenstände des Vereins könne dieser allen Ereignissen mit Ruhe entgegensehen. Sehr bedeutende Fortschritte seien wieder bei der Bäckerei des Vereins zu verzeichnen. Gegenwärtig würden wöchentlich über 2000 Str. Mehl verbacken. Damit aber sei man am Ende der Leistungsfähigkeit der Betriebsanlagen angekommen. Um dieselbe zu erhöhen, bestiehe die Absicht, die jetzigen 12 einfachen Oefen nach und nach in ebenso viele Doppeloefen umbauen zu lassen. Die letzteren seien neuerer Construction und jollten statt der bisherigen einen je 2 Heerdeplatten erhalten, so daß in dem bisherigen Raume ziemlich die doppelte Anzahl Brode werde gebacken werden können. Die alten Oefen seien bereits bis auf ungefähr 6000 M. abgeschrieben und letztere Summe hoffe man noch durch den Erlös für das Abbruchmaterial decken zu können. Da ferner der Raum für den Fuhrwerksverkehr auf dem Bäckereigelände kaum noch ausreichte, so habe man kürzlich das an die Bäckerei angrenzende, noch unbenutzte Grundstück Sternstraße 20 angekauft, um die Fuhr- und Abfuhr zu erleichtern und die für den Geschäftsbetrieb nothwendigen kleineren Baulichkeiten errichten zu können. Ueber Verbesserungen und Vergrößerungen der Speicherräume schwebten noch Verhandlungen im Verwaltungsrath. Für das laufende Jahr bis heute könne gegen dieselbe Zeit des Vorjahres schon wieder eine Mehrlosung von 220 000 M. verzeichnet werden. Wenn sich das Geschäft so weiter entwickle, so könne man für das Jahr 1889 auf eine Gesamtlosung von über 7 Millionen Mark rechnen. Der Name des Vereins habe überall, auch über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, einen guten Klang; seine Einrichtungen würden von anderen Vereinen vielfach zum Vorbild genommen. In einer italienischen Zeitschrift sei erst kürzlich der hiesige Verein als der größte Consumverein des Continents gefeiert und hervorgehoben worden, wie ernstes Festhalten an strengen Principien auch die großartigste Entwicklung der Verwaltung innerhalb des Rahmens der Genossenschaften zulasse. Das Streben der Verwaltung werde es sein, diesen guten Ruf auch ferner zu erhalten. Hierauf wurde von Herrn Schuppelius im Namen der Revisionscommission der Revisionsbericht erstattet, welcher der Verwaltung ein glänzendes Zeugniß ausstellt. Nachdem einige Anfragen aus der Versammlung von Vorstandliche beantwortet worden, wurde der Verwaltung die beantragte Entlastung ertheilt. Der Vorsitzende theilte unter dem Beifall der Versammlung noch mit, daß wiederum ein Markenbändler, welcher für 9881 Mf. Gegenmarken eingereicht habe, auf Beschluß der Verwaltung aus dem Verein ausgeschlossen worden sei. Damit seien auch die Gegenmarken verfallen. Bei der Wahl von Verwaltungsrathsmitgliedern wurden die vom Verwaltungsrath cooptirten Herren: Kaufmann Rich. Pfeiffer, Goldschläger Oesmann und Particularer Joseph in Rosenthal von der Versammlung durch Wahl bestätigt und die statutenmäßig aus dem Verwaltungsrath auscheidenden Herren: Eisenbahningenieur Baller, Porträtmaler Brömer, Kunstmalermeister und Stadtv. Buhl, Rector Dr. Carlstädt, Kaufmann und Stadtrath Geier, Kaufmann Ad. Hamburger, Stadtrath Reike, Kaufmann und Stadtv. Rühl, Intendantur-Secretär und Rechnungsrath Kranz, Kaufmann Jul. Kringel, Eisenbahn-Secretär Kühne, Eisenbahnbetriebs-Controleur A. D. Meyer, Rentier J. Richter und Kaufmann Benno Vogel, wiedergewählt.

**—e Kreis-Erbs-Geschäft.** — Reclamations-Prüfung. Das diesjährige Erbs-Geschäft für den Landkreis Breslau findet in der Zeit vom 6. bis 16. April cr. in Bräuer's Tanzsalon, Lehmgärten- und Bohrauerstraßenende Nr. 49 hier selbst statt und wird am 17. April mit der Loosung der zwanzigjährigen Altersklasse geschlossen. — Die Prüfung der Reclamations der Reserve- und der Landwehrmannschaften findet in diesem Jahre für den Breslauer Landkreis am 16. April, Vormittags 9 Uhr, ebenfalls im Bräuer'schen Etablissement statt. Reclamations-Nachweisungen sind bis zum 1. April dem Rgl. Landrathsamte einzureichen.

**—ßß— Eisgang.** Seit gestern Abend 10 Uhr schneit es ununterbrochen. Gestern Nachmittag gegen 2 Uhr setzte sich das Eis unterhalb des Schaffgölgartens in Bewegung und zog bis zur Zedliger Ueberfähre, wo es sich wieder festsetzte. Das Wasser der Oder ergoß sich im Laufe des gestrigen Vormittags oberhalb Bleichwitz in die Ohle, in Folge dessen letztere sehr anschwellt, aus ihren Ufern trat und sich bei Neubaus und Zedlitz mit der Ohle vereinigte. Hierdurch war die Communication von Altbojan nach Tschansch, sowie von Zedlitz nach Neubaus unterbrochen und nur durch Rähne zu ermöglichen. Durch den Zufluß aus der Ohle stieg hier die Oder rapide. Um 4 Uhr setzte sich die Verengung bei Zedlitz in Bewegung und zog, wie wir bereits mitgetheilt haben, ungehindert über das Strauchwehr ab. Um 5 Uhr rückte das Eis vom Strauchwehr nach dem Wasserbehälter zusammen, wo es an den Sandplätzen festsetzte. Abends gegen sechs Uhr war circa eine halbe Stunde lebhafter Eisgang, welcher später die Strecke vom Wasserbehälter bis zum Strauchwehr wieder mit Eis vollstopfte. — In der verfloßenen Nacht traf kein Eis ein, jedoch hat sich bereits wieder frisches Treibeis gebildet. — Im Laufe der Nacht wurde die Zedlitzer Straße unter Wasser gesetzt. Die Ohle ist nunmehr wieder aus ihren Ufern getreten, das Wasser steht bis an das Dorf Radwanitz. — An der Knovimische Noth-

kreischam) steht das Wasser bis an die Chaussee. — Der Margarethen-damm, sowie die angrenzenden Wiesen sind ebenfalls überfluthet. Seit heute Morgen ist das Wasser der Oder und Ohle in Folge der Kälte im Fallen. — Die Oder hat ihre letzte Wasserfluth schon um 1/2 Fuß überschritten. — Seitens der Stadt sind an den Brücken und Wehren Sicherheitswachen angestellt. Alle an der Oder gelegenen Niederungen stehen unter Wasser.

**—ßß— Wasserstands-Nachrichten.** Die Pegelhöhe in Ratibor war am 14. März 3,76 m, am 15. März 3,16 m; in Cosel am 14. März am Oberpegel 5,20 m, am Unterpegel 3,72 m, am 15. März am Oberpegel 4,70 m, am Unterpegel 3,10 m; in Brieg am 14. März am Oberpegel 6,26 m, am Unterpegel 4,98 m, am 15. März am Oberpegel 6,02 m, am Unterpegel 4,66 m, in Glas am 14. März 0,95 m, am 15. März 0,60 m.

**• Zugverspätung.** Der heute Nachmittag 4 Uhr fällig gefeierte Berliner Expresszug ist in Folge des Schneegestöbers mit einer halbstündigen Verspätung hier eingetroffen.

**• Arbeiterbillets.** Mit Bezug auf die in letzter Zeit in mehreren Relationen aufgelegten Arbeiterbillets bringen wir nachstehend Einiges über diese Billets zur Kenntniß. Zu unterscheiden sind Arbeiter-Netourbillets und Arbeiter-Wochenbillets. Erstere berechtigen zur einmaligen Hinfahrt nach der Bestimmungsstation am Montag bezw. Sonntag und zur einmaligen Rückfahrt nach der Ausgangsstation am Sonnabend bezw. Sonntag. Auf Arbeiter-Wochenbillets kann der Eigentümer täglich einmal hin- und einmal zurückfahren und dies für die Dauer einer Woche von Montag bis Sonnabend — jedoch außer Sonntag, da für diesen Tag eine Arbeitsleistung nicht vorgegeben ist. — Während an vielen anderen Orten Arbeiter-Wochenbillets eingeführt sind, werden vom hiesigen Märkischen Bahnhofe aus nur Arbeiter-Netourbillets, und zwar nach Rintau, Reumarkt und Maltsch, sowie von Reumarkt und Rintau nach Breslau — Märkischen Bahnhof — verausgabt. Die Arbeiterbillets, welche nur für die vierte Wagenklasse gelten, erlassen den weniger Bemittelten die Abonnementskarten, welche zur Fahrt in dritter bezw. zweiter Wagenklasse berechtigen.

**• Beförderung der Velocipeds als Reisegepäck.** Am 1. April c. wird auf allen deutschen Eisenbahnen eine Tarifbestimmung in Kraft treten, nach der für Velocipeds, wenn sie als Reisegepäck zur Beförderung gelangen, bei der Frachtberechnung an Stelle des wirklichen Gewichtes Normalgewichtszweie zu Grunde gelegt werden. Diese Normalgewichte betragen für Zweiräder 20 Kgr., für Dreiräder, deren Maße die etwa verlangte Verwiegung auf der Stationswaage nicht zulassen, und zwar für einjährige 40 Kgr., für zweijährige 50 Kgr. Sonach können derartige Fahrzeuge im Verkehr zwischen Stationen deutscher Bahnen, soweit directe Gepäckfrachthäbe bestehen, als Reisegepäck abgefertigt werden. Die Anrechnung von Reisegepäck ist dabei jedoch ausgeschlossen.

**• Besitzveränderung.** Aus Goldberg wird uns geschrieben: Feinzes Hotel „Drei Berge“ ist für 122 000 M. an die Kaufleute Gebroder Ritsche aus Kraschen bei Gubrau verkauft worden.

**• Der Luftkurtort Jakopane im Tatra-Gebirge (Karpathen)** war bei der Subhastation vor etwa einem Jahre von einem Deutschen erstanden worden; doch wurde dieser Kauf wegen Formfehler für ungültig erklärt. Gegenwärtig, da nun zum 9. Mai c. aufs Neue ein Subhastationsstermin zum Verkauf von Jakopane, Koscielsko und Bukowina anberaumt ist, werden von polnischer Seite alle Anstrengungen gemacht, um jene prächtig gelegenen Besitzthümer nicht in deutsche Hände gelangen zu lassen. Von Krakau aus ist, wie die „Pos. Zg.“ mittheilt, ein Aufruf erlassen worden, nach welchem das zum Ankauf erforderliche sehr bedeutende Capital durch Antheile von je 100 Gulden aufgebracht werden soll.

**— Grünberg, 14. März.** [Abiturienten-Prüfung. — Revision.] Unter Vorsitz des Provinzial-Schulrathes Hoppe aus Breslau fand heute die mündliche Entlassungsprüfung am hiesigen Realgymnasium statt. Es unterzog sich derselben ein Oberprimaner der Anstalt und zwei Extranee. Dem Oberprimaner wurde die Prüfung auf Grund der guten schriftlichen Leistungen erlassen, und von den beiden Extraneeen bestand einer das Examen. — Wie bereits mitgetheilt, besuchte am Montag der Ober-Landesgerichtspräsident von Runowski aus Breslau das hiesige Amtsgericht. Die stattgehabte Revision soll Anlaß gegeben haben, wesentliche Änderungen bei den hier vereinigten Amtsgerichten vornehmen zu lassen. So soll, ferner Vernehmung nach, das Richter- und Subaltern-Beamten-Personal vermindert werden. Auch bauliche Veränderungen sollen am Gerichtsgebäude vorgenommen werden.

**— Sagan, 14. März.** [Nachzuzahlende Stempelgebühren. — Vortrag.] Eine große Anzahl hiesiger Bürger und Gewerbetreibender hat in jüngster Zeit recht betrübende Erfahrungen in Bezug darauf machen müssen, was alles der Stempelsteuer unterliegt. Der königliche Stempel fiscal hat Ende vorigen Jahres alle hiesigen ihm unterstellten öffentlichen Verwaltungen einer eingehenden Revision unterzogen und hierbei eine bedeutende Anzahl von Verträgen u. ausgefunden, welche stempelspflichtig waren, aber nicht gestempelt worden sind. Die Lieferungsverträge von Steinen, Ziegeln, Sand u. zu Bauten, Chausseen, Pflasterungen u. s. w. unterliegen, sofern sie 150 M. und mehr betragen, der Stempelsteuer. Hierauf sollte man die Lieferanten bei Ausschreibungen u. aufmerksam machen, damit dieselben bei Aufstellung ihres Anstosses darauf Rücksicht nehmen können. Wo bleibt denn der Verdienst, wenn z. B. ein hiesiger Steinmetzmeister nach Jahresfrist noch eine Stempelgebühr von circa 70 M. nachentrichten muß, die er als damaliger Mindestforderer nicht in Anrechnung gezogen hat? — Im „Brennstoff-Dittersbach-Mednitzer Rufftal-Verein“ hielt Banberlehrer-Gärtner Siegert aus Liegnitz einen interessanten Vortrag über „Obstbau“.

**— Steina a. O., 14. März.** [Gasanstalt project.] Wie uns mitgetheilt wird, soll in jüngster Zeit abermals ein Unternehmer behufs Anlage einer Gasanstalt an die hiesigen städtischen Behörden herantreten sein. Wie wir erfahren, würde die städtische Verwaltung dem erwähnten Project nicht ablehnend entgegengetreten, so lange der Stadtkasse keine Kosten erwachsen. Es dürften wohl zunächst von Seiten des Unternehmers Er-mittelungen darüber angestellt werden, wie viel Flammen von Seiten der Commune zu öffentlichen resp. allgemeinen Zwecken garantiert werden und wie viel Flammen von Seiten der städtischen Bewohner gezeichnet werden.

**— Jauer, 14. März.** [Landwirthschaftlicher Verein. — Trichinen-Versicherung. — Abiturientenexamen.] Im hiesigen landwirthschaftlichen Verein hielt Dr. Schulze aus Breslau gestern einen instructiven Vortrag über „die künstlichen Düngemittel und ihre Verwendung mit besonderer Berücksichtigung der Frühjahrsdüngung“. Als wichtigste Pflanzenernährstoffe wurden Phosphorsäure, Stickstoff, Kali, Kalk und Magnesia bezeichnet. — Die in Jauer bestehende „Deutsche Trichinen-Versicherungsgesellschaft“ hat im letzten Geschäftsjahre Versicherungen in Höhe von 5 093 648 M. aufgenommen. Dafür sind 15 592,83 M. Prämien gezahlt worden. Entschädigungen für trichinöse Thiere wurden 5910 M. gezahlt. — Unter dem Vorsitz des Gymnasial-Directors Dr. Volkmann wurde heute die mündliche Abiturientenprüfung abgehalten. Daran nahmen zehn Oberprimaner theil. Zwei Prüflingen wurde das mündliche Examen erlassen. Auch die übrigen acht bestanden dasselbe. Nach dem schriftlichen Examen war bereits ein Prüfling freiwillig zurückgetreten.

**W. Goldberg, 14. März.** [Communales. — Krankenpflege.] Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte den Stadt-Haushalts-Etat pro 1889/90 in Höhe von 160 340 M. Infolge des Schullasten-Gesetzes sind 2013 M. zur Regelung der Lehrergehälter eingestellt worden. Sie barren ihrer Verwendung bis nach Erledigung der mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen betreffs Weiterzahlung des Staatszuschusses, bezw. der Alterszulagen. Der Bürgergütigen-Gesellschaft wurden zur Feier ihres 50 jährigen Bestehens in Verbindung mit dem Schicks des Reisinger-Bundes 300 M. bewilligt. — Das Diakonissen-Krankenhaus ist mit 10 Betten eröffnet worden. Die Verpflegungsgelder betragen in Klasse I (in separaten Zimmern) im Sommer 1,50 und im Winter 2 M., in Klasse II (in den allgemeinen Krankenzimmern) 1 bzw. 0,75 M. für den Tag. Das Abonnement für erkrankte Diensthöten kostet jährlich 3 Mark.

**V Liegnitz, 14. März.** [Luther-Festspiel.] Am 12. April soll die erste Aufführung des herrlichen Luther-Festspiels stattfinden. Bereits am 26. März beginnen unter Leitung des Oberregisseurs Kassa, welcher nach Liegnitz überredet, die Proben.

**o Sabelschwerdt, 14. März.** [Communales. — Evangelischer Verein.] In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde u. A. beschlossen, in Folge Verfügung des Regierungs-Präsidenten zur allmählichen Erneuerung des Straßenpflasters 2500 Mark in den neuen Etat aufzunehmen; auch genehmigte die Versammlung, wegen der sich steigenden Ausgaben den Armenetat um 3055 M. zu erhöhen. Zu der neuen Wege-

(Fortsetzung.)

anlage, welche von der Seminarstraße bis an die Einfahrt zum neu erbauten Kreisbureau angelegt werden soll, hat der Kreisaußschuß einen Betrag von 500 M. bewilligt. Von dem Kreisgrundstück soll das erforderliche Terrain abgetreten werden, wenn dieser Weg nach dem Entwurf des Kreisverordnungsbeschlusses ausgeführt wird. Zu der im Mai hier stattfindenden Kinder- und Stutenschau hat die Stadtverordneten-Versammlung 150 Mark bewilligt. — Vor Kurzem hat sich hier ein evangelischer Verein gebildet, der den Zweck hat, die evangelisch-französischen Interessen zu fördern und besonders die Errichtung einer Confirmanden-Herberge zu erstreben.

**Aus den Nachbargebieten der Provinz.**

• **Posen, 14. März.** [Hausfuchung.] Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft fand gestern in dem Redaktionslocale des „Wielkopolanin“ eine Hausfuchung nach dem Manuscript eines Artikels über den Schulunterricht, enthalten in der diesjährigen Nr. 57 jener Zeitung, statt.

(Pol. Btg.)

• **Bromberg, 13. März.** [Sämmtliche unbesoldeten Magistrats-Mitglieder] haben ihr Amt niedergelegt. Zu dieser Angelegenheit schreibt heute die „Ostdeutsche Presse“: Die Veranlassung zu diesem gemeinsamen Schritt der Stadträte bilden Differenzen, die seit Jahr und Tag zwischen dem Magistrat und dem Stadtrath Buchholz bestanden haben, und deren Beilegung nicht ganz im Sinne des Magistrats seitens der Aufsichtsbehörden erfolgt ist. Zum Verständnis des Ganzen ist es nötig, die Vorgeschichte dieser Differenzen klar zu legen. Vor mehreren Jahren tauschte der Stadtrath Buchholz ein Stück ihm gehörigen Terrains gegen eine Parzelle städtischen Landes ein. Der Tausch hatte sich in ganz legaler Weise mit Zustimmung der städtischen Behörden vollzogen, die Contrahenten hatten es aber verabümt, die Auflassung der betr. Parzelle an den Stadtrath Buchholz bewirken zu lassen. Vor etwa Jahresfrist oder länger ist es nun von dem jetzigen Stadtsyndicus herausgefunden worden, daß der Stadtrath Buchholz auf die ehemals städtische Parzelle keinen rechtsgültigen Eigentumsittel besäße, und der Magistrat beschloß in Folge dessen, den Stadtrath Buchholz aufzufordern, entweder das in Frage stehende Terrain der Stadt herauszugeben oder dafür eine Entschädigung zu zahlen. Daraufhin richtete Stadtrath Buchholz an den Magistrat ein geharnischtes Schreiben, wodurch sich der Magistrat beleidigt fühlen mußte. Der Magistrat sah sich nun in die Lage versetzt, den Stadtrath Buchholz vom Amte vorläufig zu suspendiren und gegen denselben die Einleitung der Disciplinaruntersuchung zu beantragen. Ein Antrag des Magistrats an die Stadtverordneten, sich diesem Beschlusse anzuschließen, wurde von der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt. Die königliche Regierung entsprach dem Magistratsantrag nicht, und von der nächsten anrufenen Instanz, dem Obergericht, wurde zwar dem Stadtrath Buchholz ein Verweis wegen der Form seines an den Magistrat gerichteten Schreibens erteilt, die Beseitigung in dessen Bestätigung. Ein darauf gegen Stadtrath Buchholz seitens der Stadt angestellter Civilproceß endete mit einem Vergleich. Damit schien nun die Sache nach allen Richtungen hin beendet. Die Suspension des Stadtrath Buchholz hatte längst aufgehört, und man erwartete allgemein, daß er nunmehr seine amtliche Thätigkeit wieder aufnehmen würde. Da das aber nicht geschah, so hat Oberbürgermeister Bachmann ihn schriftlich ersucht, in das Magistrats-Collegium wieder einzutreten und an den Magistratsberatungen theilzunehmen. Stadtrath B. gab eine zusage Erklärung und versprach, in der nächsten Sitzung zu erscheinen. Daraufhin haben nun gestern die unbesoldeten Stadträthe die Erklärung abgegeben, mit ihrem Kollegen nur in dem Falle wieder wirken zu wollen, wenn derselbe eine formelle Erklärung abgibt, daß er im Unrecht gewesen sei etc. Die strikte Ablehnung dieses Verlangens haben nun die Stadträthe mit ihrer Amtsniederlegung beantwortet. Als dem Stadtrath Buchholz das Schriftstück, worin die Stadträthe ihre Amtsniederlegung dem Magistrat anzeigten, vorgelegt wurde, setzte dieser gleichfalls seinen Namen darunter.

**Gefekgebung, Verwaltung und Rechtspflege.**

• **Breslau, 15. März.** [Landgericht. Strafkammer II. — Intellectualle Urkundenfälschung.] Der Schneidermeister Robert Mller war auf seinen Antrag von seiner ersten Ehegattin gerichtlich geschieden worden. Als dies geschah, wohnte Mller in Berlin. Er wechselte dann sein Domicil, indem er sich in Breslau niederließ. Nach kurzer Zeit wollte er sich aufs Neue verheirathen. Er ging zu diesem Behufe in Begleitung seiner Braut, der unverheiratheten Anna Greifer, nach dem Standesamt, hier stellten beide Personen den entsprechenden Antrag. Auf Befragen des Standesbeamten bezeichnete sich Mller als „noch nicht verheirathet gewesen“, er gab auferdem an, daß er sich schon länger als sechs Monate in Breslau befinde, ansonsten hätte er die über seine Ehecheidung lautenden Papiere beibringen müssen und das öffentliche Aufgebot wäre auch an seinem früheren Aufenthaltsorte erfolgt, dadurch wäre eine Verzögerung des Trauungsactes eingetreten sein und auch Kosten wären entstanden. Mller wurde, da der Standesbeamte die von beiden Personen unterzeichneten protokollarischen Angaben für richtig hielt, nach 14 Tagen mit der Greifer ehelich verbunden. Nachträglich wurde ermittelt, daß die gemachten Angaben in den angeführten Punkten unwahr gewesen seien, in Folge dessen erhielt das Müllersche Ehepaar eine auf intellectualle Urkundenfälschung lautende Anklage. In dem heute vor der II. Strafkammer abgehaltenen Termine brachte der Staatsanwalt gegen die geständigen Angeklagten je 14 Tage Gefängniß in Antrag, das Gericht billigte ihnen aber mildernde Umstände zu und erkannte demzufolge nur auf 20 Mark Geldstrafe gegen den Ehemann, auf 10 Mark gegen die Ehefrau, im Unvermgensfalle treten an Stelle der Geldstrafe 4 resp. 2 Tage Gefängniß.

—1. **Görlitz, 14. März.** [Ungetreuer Reichsfechtmeister.] Eine eigenhändige Unterschlagungsgeschichte, welche im benachbarten Lauban passiert ist, gelangte gestern vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Dem bisher noch unbestraften Buchhalter Hugo Kattien und dem Lehrling Karl Gernohki wurde zur Last gelegt, die Local-Fechtschule in Lauban durch Unterschlagungen geschädigt zu haben. Nachdem Kattien seinen Eifer in der Fechtschule bewiesen hatte, wurde er, in Anerkennung seiner Verdienste, zum Fechtmeister ernannt und in den Vorstand der Laubaner Fechtschule gewählt. Im Sommer des vorigen Jahres wurde Kattien, der verschiedene Gläubiger hatte, von denselben zur Zahlung gedrängt und er beschloß, da augenblicklich in seiner Kasse Ebbe eingetreten war, das Vermögen der Fechtschule, welches im Betrage von 310 Mark auf der Sparkasse deponirt war, heimlich anzupumpen. Um dies bewerkstelligt zu können, berief Kattien eine Vorstandssitzung ein, d. h. er bestellte sich den Kassirer der Laubaner Fechtschule, den Lehrling Gernohki, und beide beschloßen, nachdem dem Lehrling Kattien sein Herz erndet und sogar auch ein „vorschriftsmßiges“ Protocoll abgefaßt worden war, die 310 M. von der Sparkasse herunterzuholen, weil es für nöthig erachtet wurde — so war im „Protocoll“ zu lesen — das Geld zu einem höheren Zinsfuße anzulegen. Der schlaue Coup wäre geglückt — Kattien war ja in den Besitz des Geldes gelangt, das er neujaht in die Kasse zurückzulegen beabsichtigte, und konnte seine Schulden bezahlen, — wenn nicht bald darauf eine Kassenrevision stattgefunden und die Commission aufer diesem noch mehrere andere Manco's constatirt hätte. Die Fechtschule hatte nämlich im Sommer einen Ausflug nach Holzstich unternommen und dort war eine gefundene Damenschleife veranortnet worden. Der Betrag hierfür, sowie 650 M. für Fechtartengerthe, waren nicht gebührt worden, so daß man annehmen muhte, Kattien habe auch diese Summe in seinem Nutzen verwandt. Der Angeklagte Kattien gab zu, die 310 M., welche jedoch von seinem Prinzipal wieder ersetzt worden waren, veruntreut zu haben, beide Angeklagte bestritten aber eine Unterschlagung des Auctions- und Fechtartengerthes. Als Zeugen werden Vorstandsmitglieder vernommen, die bekunden, daß der Fechtverein zu Lauban Kattien im Nothfalle unterstützt hätte, wenn dieser sich an den Vorstand gewandt hätte. Der Staatsanwalt sucht in dem Vergehen der beiden Angeklagten eine strafbare Handlung, besonders in dem Arrangement der „Zweimnnerung“ und beantragt 3 Monate Gefängniß. Das Gericht war, in Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der beiden Angeklagten und die durch Deckung der Summe nicht erfolgte Schädigung der Fechtschule, der Ansicht, mildernde Umstände zuzubilligen zu müssen und verurtheilte Kattien zu 150 Mark Geldstrafe event. 15 Tagen Haft. Gernohki wurde freigesprochen.

• **Viegnitz, 14. März.** [Strafkammer. — Thierqulerei.] Der Gerichtshof verurtheilte in der gestrigen Strafkammer-Sitzung den Diensthndt Ernst Frhrling aus Hainau, welcher überführt wurde, die beiden Pferde des Fuhrunternehmers Schumann dafelbst in der rohesten Weise mißhandelt und dem einen Pferde die Zunge total ausgerissen zu

haben, zu 9 Monaten Gefängniß. Der Knecht hatte nach begangener Rohheit den Schaden des Pferdes verheimlicht und sechs Tage lang das Thier, welches seine Nation ohne Zunge nicht mehr freffen konnte, weiter eingespant; das Pferd ist noch am Leben, muh aber auf künstlichem Wege ernährt werden und kann keinerlei Arbeit verrichten.

• **a. Ratibor, 14. März.** [Gehört das Getriebe eines Gpels zu denjenigen Maschinentheilen, welche im Sinne der Regierungsverordnung vom 15. November 1864 zu verkleiden sind?] Eine für den landwirthschaftlichen Maschinenbetrieb wichtige Entscheidung fllte die hiesige Strafkammer. Am 26. November v. J. sprang der 11jhrige Knabe des Stellenbesizers Foitzik zu Warmuntau im Gehöft seines Vaters auf die dahartige Verschaltung, mit welcher der grade im Betriebe befindliche Göpel verrieben war. Das Brettergerge der Verschaltung war mit der Zeit locker geworden und so kam es, daß das Brett, auf welches der Knabe gesprungen war, sich lstete und ein Fuß des Knaben in das Getriebe des Gpels gerieth und verlest wurde. Er kam demzufolge unter die Anklage der jahrlssigen Körperverletzung, wurde indessen von der Strafkammer freigesprochen. Das Getriebe eines Gpels gehört nach der Auffassung der hiesigen Strafkammer nicht zu denjenigen Maschinentheilen, auf welche sich die Vorschriften der Regierungsverordnung vom 15. November 1864 erstrecken, braucht also nicht verkleidet zu sein. In einem ähnlichen Falle erkannte die hiesige Strafkammer kürzlich gleichfalls auf Freisprechung. Ein Knecht, welcher die den Göpel in Bewegung setzenden Pferde antrieb, hatte sich auf das grohe Triebrad des unverdeckten Gpels gestellt, war hierbei mit einem Fuß in das Getriebe gerathen und hatte sich denselben gebrochen. Der betreffende Besitzer des Gpels wurde unter Anklage gestellt, aber aus dem bereits erwähnten Grunde freigesprochen.

**Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.**

**Neichstag.**

• **Berlin, 15. März.** Im Reichstag kam heute der Nachtragsetat zur ersten Lesung. Von Seiten der Regierung leitete ihn der Reichsschatzsecretr von Malzahn mit einigen rein formalen Bemerkungen ein; von der technischen Seite aus wurde er nicht begründet. Auch die Redner von den Cartelparteien hteten sich wohl, auf die Sache einzugehen; sie empfahlen nur die Verweisung an die Budgetcommission. Dagegen ging der Abg. Richter ziemlich tief in die Sache ein. Er wies nach, wie die einseitige Vermehrung der Artillerie nach dem Beispiele Rußlands und Frankreichs nicht richtig sei, wenn man nicht gleichzeitig eine Verminderung da eintreten lasse, wo sie anderwärts eingetreten sei. Frankreich habe z. B. seine vierten Bataillone aufgeführt und überhaupt statt um 44 000 Mann nur um 18 000 Mann seinen Prfenzstand vermehrt. Wenn nun die Artillerie vermehrt werde, dann müsse eine Compensation auf anderen Gebieten eintreten. Die Bespannung der an der Grenze stationirten Geschütze müsse reichlich bemessen sein, aber nicht so die der Batterien im Inlande. Richter wies auf das wechselvolle Schicksal der Vorlage hin, die angekündigt und nachher wieder abgelehnt wurde. Besonders nachdrücklich sprach sich derselbe aber gegen die Trennung der Admiralität aus und berief sich dabei auf das Urtheil des Viceadmirals Batsch, der eine solche Trennung als sehr bedenklich hingestellt habe. Der Abgeordnete Bebel erklärte Namens der Socialdemokraten, daß sie die Vorlage ablehnen wären, weil endlich einmal ein Ende gemacht werden müsse in dem gegenseitigen Ueberbieten bei den Rüstungen. Der Kriegsminister stellte sich dem gegenüber auf den Standpunkt, als wenn von den 4000 Artillerie-Pferden die Wehrkraft Deutschlands abhängig sei. Das Wort: „Wehrlos, ehelos!“ führte er an und meinte, daß Niemand im deutschen Reichstage wagen werde, die Behauptung aufzustellen, daß Deutschland allein mit seinen Rüstungen einhalten müsse. Der Contreadmiral Heuser begründete die Trennung in der Spitze der Abgg. Windthorst und Richter machten auch namentlich darauf aufmerksam, daß man bei den Septennatsverhandlungen von diesen Mehrforderungen nichts gesprochen habe. So sei das Septennat lediglich eine Fessel für den Reichstag, während sich die Regierung dadurch nicht abhalten lasse, alle Augenblicke mit Mehrforderungen zu kommen. Die Vorlage wurde dann der Budgetcommission überwiesen. Morgen kommt der Gesekentwurf wegen Aufhebung des Reinigungszwanges für Branntwein zur Verhandlung.

**40. Sitzung vom 15. März.**

2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Bötticher, v. Malzahn, Bronsart v. Schellendorff, Contreadmiral Heuser.

Zunächst wird ein Antrag des Abg. Singer wegen Einstellung des gegen den Abg. Grillenberger beim Landgericht in Nürnberg schwebenden Strafverfahrens ohne Debatte angenommen.

Darauf wird bezüglich der Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1886/87 die Entlastung erteilt.

Es folgt die erste Berathung des Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1889/90 und des dazu gehörigen Anleihegesetzes. Reichsschatzsecretr v. Malzahn: Die Vorlegung eines Nachtrags hat sich diesmal nicht vermeiden lassen, aber die Nothwendigkeit ergibt sich aus dem Inhalt des Nachtrags. Die Hauptforderungen, welche die verbndelten Regierungen stellen, liegen auf militärischem Gebiete. Darauf will ich nicht näher eingehen, ebensowenig auf die Ausgaben für die Marineverwaltung. Die übrigen Forderungen beruhen zum Theil auf bereits beschlossenen Gesetzen: 100 000 Mark für die Preisbewerungen um das Kaiser Wilhelm-Denkmal und die Ausgaben für die Expedition nach Ostafrika. Ich darf hoffen, daß die Forderungen im Reichstage Zustimmung finden werden. Auf Anleihenmittel sind 12 Millionen Mark verwiesen, während sich die Matricularbeitrge um etwas mehr als neun Millionen Mark erhben. Die Matricularbeitrge stellen sich aber nur um 7 Millionen Mark höher als der Voranschlag der Regierung, die einzelnen Staaten werden also in ihren Finanzabhngigkeiten nicht erheblich gestrgert werden.

Abg. v. Bennigsen bittet, den Nachtrag der Budgetcommission zur baldigsten Berichterstattung zu überweisen. Die Commission wird prüfen müssen, ob die Vertheilung auf Anleihe und Matricularbeitrge richtig bemessen ist. Es wird ja wohl nicht erwünscht sein, wenn eine erhebliche Erhöhung der Matricularbeitrge eintritt, aber da diese sich nur auf 7 Millionen Mark beläuft, wird man vielleicht etwas mehr auf die laufenden Mittel übernehmen können.

Staatssecretär v. Malzahn glaubt, daß in der Commission der Nachweis geführt würde, daß die Vertheilung auf Anleihe und Matricularumlage der bisherigen Geseflospenheit entspricht.

Abg. Richter: Die vom Abg. v. Bennigsen angeregte mehr formale Frage stelle ich in der Hauptsache zurück, da es doch zunächst darauf ankommt, wie viel neue Ausgaben bewilligt werden. Herr v. Bennigsen hat in Aussicht genommen, daß ein groher Theil der Ausgaben durch laufende Mittel gedeckt werde, als es die Vorlage will. Wenn dies geschieht, also mehr Ausgaben durch Matricularbeitrge gedeckt werden müssen, so verkren Sie dadurch die Mittel der Einzelstaaten, die jetzt bereits auf der Grundlage des erien Etatsentwurfs ihre Landesetats festgesetzt haben. Vielleicht ist der Hinweis darauf, daß in dem Maße, wie die Ausgaben hier bewilligt werden, sich die Mittel der Einzelstaaten verkren, geeignet, die Mehrheit etwas kritischer zu stimmen bezüglich der Prüfung dieser Forderungen.

Das Hauptstück des Nachtragsetats ist allerdings die Verstärkung der Artillerie um 52 Offiziere, 3000 Mann und 4000 Pferde. Die erhöhte Mannschaftsziffer wird ausgeglichen durch eine Verminderung der Dekonomiehandwerker und der Infanteristen, aber die Vermehrung der Stäbe und der Dienstpferde bringt eine Erhöhung der fortbauenden Ausgaben um 3 1/2 Millionen und bedingt einmalige Ausgaben im Betrage von 16 Mill. Mark. Dieser Betrag reicht jedoch nicht aus, da unter den einmaligen

Ausgaben erste Raten für Bauten sich befinden, deren Vollendung noch hinter den 16 Millionen einen weiteren Betrag von 6 Millionen erheischt. Die Vorlage löst keinen Zweifel darüber, daß in diesen Summen von 3 1/2 Millionen fortbauenden und 22 Millionen einmaligen Ausgaben die neuen Forderungen für die Artillerie noch nicht erschöpft sind. Sie deutet an, daß eigentlich eine Vermehrung der Feldbatterien stattfinden müsse und zunächst für jetzt davon Abstand genommen ist. Es werden unter den einmaligen Ausgaben neue Kasernenbauten für 18 vollständige Batterien verlangt, und es liegt der Gedanke nahe, daß man nach Vollendung dieser Bauten mit der Forderung neuer Batterien hervortritt. Je unbestimmter die Vorlage hierüber ist, um so schärfer muh man prüfen, was gegenwärtig gefordert wird.

Als wir 1887 eine neue Organisation des Heeres vornahmen, die zur Vermehrung der Infanteriebataillone um 31 und der Feldbatterien um 24 führte, abgesehen von den neuen Compagnien der Eisenbahntrooppe und des Trains, konnten wir nicht erwarten, daß man alsbald wieder mit neuen Organisations-Vorlägen von dieser finanziellen Bedeutung hervortreten würde. Bis jetzt schien das auch nicht der Fall zu sein; die Ironie und der Militretat enthielten nicht die geringste Andeutung. Es erschien dann aber ein Artikel in der Kreuzzeitung, welcher darlegte, daß eigentlich unsere Artillerie ohne weitere Verstärkung gegenüber den Nachbarstaaten unsere Schuuz Pulver werth sei. Offizis wurden dann Mehrforderungen in Aussicht gestellt. Am 4. December erlaubten wir uns eine Anfrage an den Kriegsminister, der darauf antwortete, daß Verhandlungen eingeleitet, aber noch nicht zum Abschluh gekommen seien. Bald darauf stellte wiederum die „Rln. Zig.“ Betrachtungen darüber an, daß der Ausfall der Wahl in Welle-Diepholz vorstrkiger machen müsse, daß die Cartelparteien nicht noch mit mehr Mehrbewilligungen bepackt in die Wahlen geschickt werden dürfen, und am Neujahrstage meldete dann die Kreuzzeitung die Abstandnahme von Mehrforderungen. Es zeigte sich, daß die Militar-Verwaltung durchaus nicht schonungslos gegen die Steuerzahler sei. Wenige Tage darauf war das Bild aber wieder ein vollständig anderes, indem die neue Vorlage angekündigt wurde. Das Angeführte beweist uns, daß bezüglich dieser Vorlage in höheren Regionen verschiedene Strömungen einander bekämpft haben, und daß die Nothwendigkeit dieser Vorlage nicht von vornherein festgestanden hat.

Diese Vorlage zeigt auch zu früheren eine gänzlich veränderte Anschauungsweise der militärischen Kreise in Bezug auf die Bespannungsverhltnisse der Artillerie. Die Thatfache, daß Deutschland weniger bespannte Geschütze als Frankreich und Rußland hat, ist keineswegs eine neue Entdeckung. Auch 1887 berfrag nach den Angaben der Regierung die Zahl der bespannten französischen Geschütze die der deutschen um 452, die der russischen die deutschen um 190. Man hat es damals so wenig für nöthig erachtet, dieselbe Ziffer, wie dort, zu erreichen, daß man sich in der Septennatsvorlage damit begnügte, 24 Batterien mit 96 Geschützen zu fordern. Die Zahl der bespannten Geschütze ist seit 1887 von 1404 auf 1538, also um 134 gestiegen. Dann ist in Frankreich eine weitere Steigerung der Geschtzzahl um 160, in Rußland um 236 erfolgt. Wenn man nach dem Gesek der ewigen Schraube folgern sollte, daß mit Rücksicht darauf eine weitere Steigerung erfolgen mhte, so würde daraus noch immer nicht eine solche Erweiterung der Bespannung folgen, wie in dieser Vorlage verlangt wird. Sie will nicht 160 oder 236, sondern 426 bespannte neue Geschütze. Deutschland würde demnach mehr bespannte Geschütze haben, als Rußland und als Frankreich. Ich unterscheide bei den Bespannungsverhltnissen zwischen den Batterien an der Grenze und denen im Innern. Wir haben nie beantragt eine erhöhte Bespannung der Batterien an der Grenze, weil diese von heute auf morgen in die Lage kommen können, an einer kriegerischen Action Theil zu nehmen. 41 Batterien sind auch jetzt schon so bespannt. Die Bespannung der 42 Munitionswagen ist nicht von besonderer Bedeutung. Die Vorlage aber geht viel weiter, sie will mehr als zwei Drittel unserer gesammten Batterien mit 6 Geschützen bespannt haben. Das zeigt uns eine weitentlicke andere Grundlage, als die bisher vorhandene. Dadurch, daß eine Batterie mit 4 oder 6 Geschützen bespannt ist, kommt sie doch nicht früher vom Innern des Landes auf den Kriegsschauplatz. Das ist eine Frage der Eisenbahnbefrdigung. Man hat auch bisher offenbar die erhöhte Bespannung nicht für erforderlich gehalten, weil man die Mobilmachungsverhltnisse in Deutschland für leichter als in Frankreich und namentlich in Rußland hielt. Man hat bisher noch nicht gehört, daß die Bespannung der Artillerie und die Verwendung der Geschütze im Ernstfalle Schwierigkeiten bereiten würde.

Wenn man überhaupt die 1887 festgelegte Organisation mit Rücksicht auf die Nachbarstaaten revidiren wollte, so mhte die Revision nicht bloh an einem Theile, nicht bloh bei der Artillerie und auch nicht bloh zu dem Zwecke einer Erhöhung erfolgen, sondern wir mhten nach derselben Logik auch eine Verminderung herbeifhren, insofern die Verhältnisse der Nachbarstaaten bei den anderen Waffengattungen sich anders gestalten. Eine Vergleichung der Verhältnisse, unter denen das Septennat bewilligt wurde, mit den heutigen ergibt Folgendes: Das Septennatgesetz empfahl eine Verstärkung um 41000 Mann, weil nach der Ausführung des Entwurfs von Boulanger die Prsenzstrke der französischen Armee um 44000 Mann erhöht würde. Die Erhbung in Frankreich ist aber nun nicht eingetreten. Boulanger ist abgegangen und der Entwurf nicht zu Stande gekommen, ebenso wenig wie die verlangte Vermehrung der französischen Armee. Bei der höchsten Berechnung wird man in Frankreich eine Erhöhung des Prsenzstandes um 18000 Mann annehmen dürfen. Man konnte deshalb mit Rücksicht darauf, daß die Verstärkung des Prsenzstandes der französischen Armee um 26000 Mann nicht eingetreten ist, auch eine Verminderung unierer Prsenzstrke beantragen. Wir haben 1887 aufer den 31 neuen Bataillonen noch 14 vierte Bataillone bewilligt mit dem Hinweis auf die französischen Infanterie-Regimenter. Nun hat Frankreich seit 1887 seine vierten Bataillone aufgeführt. Allerdings hat Frankreich die Mannschaften aus den aufgelösten Formationen verwandt, um die einzelnen Compagnien stärker zu machen, doch bleiben diese noch immer erheblich hinter der Stärke der deutschen Compagnien zurück. Wenn man also einmal unterzuchen will, was seit 1887 in den Nachbarstaaten geschehen ist, könnte man die gerechtfertigte Frage aufwerfen, ob nicht die 15 neuen Bataillone aufgelöst werden könnten.

Wenn auch die erhöhte Zahl der Artilleristen durch eine Verminderung der Deconomiehandwerker ausgeglichen werden soll, so ist doch finanziell nicht jeder Kopf gleichgiltig und die Erhöhung der fortbauenden Ausgaben um 3 1/2 Millionen Mark rhrt davon her, daß, abgesehen von den neuen Stben, an die Stelle von unberittenen Mannschaften nun Fahrer und Berittene treten sollen, daß die Zahl der Dienstpferde sich um 4000 erhöht. Diese Erhöhung der Pferdezahl bedingt eine solche Erhbung der fortbauenden Ausgaben, als wenn wir die Friedens-Prfenzstrke um 8000 Mann vermehren. Durch das Septennat ist nicht nur der Reichstag gebunden, sondern auch die Regierung selbst, an der Organisation während der sieben Jahre nicht zu ändern, und wenn wirklich sich technisch ein stärkeres Bedürfniß aufdrängt, so erwchft gerade aus dem Gedanken des Septennats umjomehr die Verpflichtung für die Regierung, nicht bloh die Mannschafsziffer, sondern auch die dauern den Mehrkosten anderweitig zu compensiren. Die dauern den Ausgaben des Militärs haben sich ohne diese Vorlage schon um 25 Millionen erhöht. Die Ausgaben für die Pensionen sind in diesem Jahre um 9 Millionen gestiegen, und während in den drei Jahren vor dieser Wahlperiode nur 162 Millionen für einmalige Militrzwecke ausgegeben wurden, beträgt diese Ausgabe in den drei Jahren dieser Wahlperiode schon 656 Millionen. Wenn die Militarverwaltung wirklich den ersten Willen hätte, so könnte sie die Mittel für die hier geforderten Zwecke bei dem Militretat leicht aufbringen. Wo soll es schliehlich hinaus, wenn fortgesetzt jedes wirkliche oder vermeintliche Bedürfniß, jede Aenderung in der militärischen Anschauung eine Steigerung der Ausgaben mit sich führt, ohne daß eine entsprechende Ersparniß erzielt wird. Im Uebrigen will ich nur noch einen, nicht finanziell, aber organisatorisch sehr wichtigen Punkt hervorheben, die Theilung der Admiralität in ein Obercommando und in eine Reichsmarineverwaltung. Diese Aenderung widerspricht allen praktischen Erfahrungen. Wir haben von 1861 bis 1870 diese Zweitheilung gehabt. Der Marine-Minister v. Stofh hat hier die Verhältnisse unter der damaligen Zweitheilung als geradezu unaussthlich bezeichnet. Marineverwaltung und Obercommando hätten sich zu einander verhalten wie zwei feindliche Brüder in demselben Geschäft. Jetzt heiht es in der Denkschrift, beim Ausbruch eines Krieges mhte ohnebies eine Zweitheilung erfolgen, deshalb möchte man sie schon im Frieden machen. Die Erfahrungen von 1870 sprechen für das gerade Gegentheil. Denn unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges wurde eine einheitliche Leitung der Marine hergestellt. Auch Prinz Adalbert, der frühere Obercommandeur, wderrief nach dem Kriege, die Zweitheilung wieder einzuführen. Man lieh es also dabei bewenden, denn der Prinz hatte als Generalinspector nur zu inspirciren, ob die Anordnungen des

Marmemisterium auch ausgeführt würden. Nach seinem Tode stellte ich den Antrag, den Posten des Generalinspecteurs als eine unnütze Sinecure zu beseitigen. Ich schlug nur offene Thüren ein, denn nicht einmal von Seiten des Marineministers wurde dagegen Widerspruch erhoben. Seitdem ist kein Mensch auf den Gedanken gekommen, die Admiralität zu trennen. Nur in der Krise zwischen Stosch und dem Reichszanzler stellte Herr von Ohlen und Adlerskron einen solchen Antrag. Dieser Antrag wurde unter der Heiterkeit des Hauses gegen die alleinige Stimme des Antragstellers abgelehnt. Noch in den letzten Tagen des Kaisers Friedrich ist von dem jetzigen Kaiser als damaligem Stellvertreter eine neue Organisation der Marine publicirt worden, die ganz auf der einheitlichen Leitung der Marine fußt. Um so überraschender war es, daß unmittelbar nach dem Thronwechsel, nach dem Rücktritt Capriosis, officios verlaute, daß nunmehr die Leitung in ein Obercommando und in eine Verwaltung durchgeföhrt werden solle. Die Analogie mit der Armee trifft nach verschiedenen Richtungen nicht zu. Der Obercommandeur der Armee ist der Kaiser selbst, der auch mit dem Kriegsminister und mit dem Reichszanzler in organischer Verbindung steht. Wenn sich unter dem Monarchen eine militärische Behörde, das Militärcabinet oder der Generalstab, mehr oder weniger selbstständig gerirt hat, so wissen wir namentlich in Bezug auf das Militärcabinet, daß aus dieser Theilung der Militärverwaltung Unzuträglichkeiten erwachsen sind. Man wollte deshalb das Militärcabinet und das Kriegsministerium organisirbar verbinden, um Conflict zu vermeiden. Die Unzuträglichkeiten der Zweitheilung hat Niemand treffender dargestellt, als der Viceadmiral Batsch in einem Aufsatze in den „Preussischen Jahrbüchern“. — Der Betrieb der Armee bewege sich Jahr aus, Jahr ein in allen Einzelheiten in demselben Geleise. Der Betrieb der Flotte dagegen vollziehe sich außerhalb des Landes und könne sich täglich ändern. Ein Schiff im Kriege sei genau dasselbe, wie im Frieden. Sehr drastisch schildert der Viceadmiral die praktischen Schwierigkeiten der Zweitheilung gerade bei der Indienststellung. Zwistigkeiten zwischen den beiden Ressorts hätten nur durch Cabinetsordres geschlichtet werden können. Ich glaube, daß diese Schwierigkeiten jetzt in noch viel gefährlicherer Maße hervortreten werden, nachdem die Marine durch unsere Colonialpolitik und unsere ganze überseeische Politik viel schwierigere Aufgaben gestellt sind als früher. Es können unsere Handelsverhältnisse mit den befreundeten Staaten durch ein einseitiges Verfahren des Obercommandos gestört werden, ja wir können selbst einer Kriegsfahrt entgegengehen, denn die militärischen Anschauungen sind oft sehr verschieden von den diplomatischen.

Der Reichszanzler sagt schon jetzt, daß es ihm sehr schwer falle, in den überseeischen Gebieten die Generalconsuln und Consuln richtig zu leiten. Gegenüber den Interessen der auswärtigen Politik ein selbstständiges Obercommando neben dem Reichszanzler, neben der verantwortlichen Reichsverwaltung zu gründen, würde die größten Unzuträglichkeiten herbeiföhren. Wir werden einen Staatssecretär für die Marineangelegenheiten haben, aber verantwortlich für Dinge, die gar nicht seiner Initiative entpfehlen sind, wir werden ihm darum nicht gemacht werden können. Es wird ihm schon durch diesen Nachtragset eine gewisse secundäre Stellung eingeräumt. An der Spitze steht der Obercommandeur. Wir werden dadurch notwendig dahin gedrängt werden, die Vollmachten im Marineetat enger zu fassen. Es werden Reibungen mit der Verwaltung entstehen, welche auch vom parlamentarischen Standpunkt aus eine Quelle von Conflicten gegenüber der Marine hervorrufen werden, die wir bis jetzt nicht gehabt haben. Man sagt, an die Stelle des Obercommandos würde demnach ein Prinz des königlichen Hauses treten. Ist dies der Fall, so wird diese Zweitheilung und eine solche Befetzung der Stelle die Schäden dieser Organisation nicht vermindern, sondern nur noch verschärfen. Die Zerlegung der Admiralität in ein Obercommando und in ein Marineamt würde so verhängnisvoll sein, daß ich Sie nur bitten kann, diese nach jeder Richtung hin verderbliche Maßregel abzulehnen, (Beifall.)

Abg. Graf Behr-Behrenhoff (recons.) verzichtet darauf, Einzelheiten zu besprechen, dafür sei Zeit in der Commission. Der Vermehrung der Artillerie ständen seine Freunde freundlich gegenüber. Sehr angenehm ist ein solcher Nachtragset nicht, ich nehme an, daß die Sache eben nicht früher gemacht werden konnte.

Abg. Bebel: Ueber die Vermehrung der Militärausgaben entsteht auch in den Reihen der Cartelparteien allmählig ein geheimes Grauen. Früher war eine solche militärische Vorlage eine Ueberraschung, jetzt ist es eine Ueberaschung, wenn einmal vier Wochen ohne solche Vergehen. Wohin soll das führen? Soll Deutschland gegen zwei Gegner, wie Frankreich und Rußland, gerüstet sein? Sollen wir unsere Bundesgenossen nicht in Rechnung ziehen? Es wird uns in der Vorlage sogar noch eine weitere Vermehrung der Artillerie in Aussicht gestellt. Wie soll das Volk das ertragen? In Italien hat man leichtfertig Alles bewilligt, schreckt jetzt aber vor den finanziellen Folgen zurück. Ebenso geht es in Serbien. Ueberall sucht man die Mordwerkzeuge zu verbessern. Ich kann mich dabei nicht dem Gedanken verschließen, daß der nächste Krieg der letzte sein wird. Wenn Millionen Krieger ins Feld ziehen, wenn die kleinen Geschäftsleute ihre Geschäfte schließen müssen, wenn wir die Familien der Gefallenen ernähren müssen, dann möchte ich sehen, was daraus wird, wenn die Mütter und Frauen und Bräute ein allgemeines Wehgeschrei erheben, dann wird die Erkenntnis hereinbrechen, dann werden die Leute sich fragen, für wen schlagen wir uns denn, und dann werde dem herrschenden System ein Ende gemacht sein, dann werden sich unsere Ideale verwirklichen, und wenn wir diese auch mit Freuden begrüßen, so billigen wir doch nicht die Mittel, durch welche sie erreicht werden. Deshalb werden wir gegen die Vorlage stimmen.

Abg. v. Heldorff: Wir müssen doch die Sache etwas nüchtern betrachten. Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß wir hier im Plenum über die Zahlen sprechen, ich werde deshalb für die Verweisung an die Commission stimmen.

Abg. Windthorst: Ich muß erklären, daß alles, was ich aus Wählerkreisen gehört habe, auf eine große Ernüchterung schließen läßt. Wo ist denn das Septennat geblieben? Wir wollten Alles bewilligen und jeden Groschen (Heiterkeit rechts), aber nicht auf 7 Jahre. Denn nun sind wir gebunden und die Regierung kommt alle Augenblicke mit neuen Forderungen, die wir gar nicht erwarten konnten. Das will ich nur feststellen, über die Zahlen selbst will ich nicht hier sprechen. Zum Kriegsföhren gehören nicht bloß Mannschaften, sondern auch recht viel Geld. Wenn wir so mit dem Gelde wirtschaften, dann werden für einen Krieg keine Mittel übrig bleiben. Von der Nothwendigkeit der Trennung der Admiralität kann ich nicht durchaus nicht überzeugen. Wenn nicht in der Commission die Dringlichkeit dieser nachgewiesen wird, werden wir wohlthun, zu sparen, was hier verlangt wird.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Herr Richter hat sich auf eine officöse Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“ berufen, um es so darzustellen, als wenn man früher keine Forderung aufgestellt hätte. Daß recht erhebliche Forderungen für die Artillerie notwendig sind, ist von der Militärverwaltung immer festgehalten worden. Bei seiner Berechnung über die Zahl der bespannten Geschütze hat er die zu bespannenden Munitionswagen vollständig außer Rechnung gelassen; das ist aber sehr wichtig. Herr Richter verlangt eine Compensation. Herr Windthorst fragt, wo bleibt das Septennat? Das Septennat ist aufrecht erhalten (Heiterkeit), das ist doch kein Finanzgesetz; die Ausgaben können sich steigern, z. B. wenn wir statt des jetzigen Pulvers ein anderes, kostspieligeres, einföhren müßten. Wenn Herr Richter immer von der Schraube gesprochen wird, so werden Sie aus den Mittheilungen in der Commission sehen, daß unsere Schraube sehr viel leichter geht (große Heiterkeit), oder daß der Druck bei uns geringer ist. Aber wenn wir die Arbeit an der Schraube einstellen sollten, so ist damit noch nicht gesagt, daß die anderen Staaten auch einhalten werden. Je besser wir uns rüsten, desto besser sind wir geschützt. Es wird Niemand die Verantwortung dafür auf sich nehmen wollen, daß wir die Rüstung einstellen. Ein deutsches Wort heißt: „Wehrlos ist ehrlos.“ (Beifall rechts.)

Contreadmiral Heuser: Die Marine ist in ihrem Umfange so erheblich gewachsen, das Material der Verwaltung und das technische Material ist so bedeutend geworden, daß die Leitung in einer Hand nicht mehr bleiben kann. Wenn Herr Richter angeführt hat, daß bei dem Landheer der Kaiser der Oberbefehlshaber sei, so ist das bei der Marine ebenso. Der Chef der Admiralität steht als Oberbefehlshaber direct unter Sr. Majestät dem Kaiser. Mit der Politik hat der Oberbefehlshaber nichts zu thun. Wenn die Mitwirkung der Marine bei der Colonialpolitik oder sonst erforderlich ist, wird sie erbeten oder durch den Kaiser angeordnet.

Abg. Bebel: Was ich gesagt habe, bezieht sich nicht auf Deutschland allein, sondern auf alle Staaten Europas. Daß wir Deutschland nicht wehrlos machen wollen, ist bekannt; wir wollen die Politik in solche Bahnen lenken, daß kriegerische Gefahren ausgeschlossen werden. Durch die Annexion von Elsaß-Lothringen ist der jetzige Zustand herbeigeföhrt worden. Auch Fürst Bismarck hat das früher eingesehen, das beweisen seine Aeußerungen, welche der Graf Schadow kürzlich veröffentlicht hat.

Abg. Richter: Wenn der Kaiser auch der Commandeur der Marine ist, wozu wird dann noch ein besonderes Obercommando gebraucht? Man könnte sich jetzt fast zur Pauschquantumswirtschaft zurückziehen. Damals brachte die Regierung eine Vermehrung der Artillerie fertig ohne Mehrausgaben durch Beschränkung anderer Ausgaben. Bei solchen untergeordneten Fragen sollte man doch nicht gleich so hohe Worte wie „wehrlos ist ehrlos“ gebrauchen. Das sieht ja aus, als wenn wir hier die Grundlagen der Wehrhaftigkeit in Frage gestellt hätten, und wir haben doch nach dem Septennat noch manches andere bewilligt. Der Reichszanzler sagte: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst Niemand.“ Jetzt scheint Deutschlands Wehrhaftigkeit davon abzuhängen, ob wir 4000 Artilleriepferde mehr haben.

Abg. Kalle: Kann die Autorität des Herrn Viceadmirals Batsch nicht so hochgehigen wie Herr Richter dies gethan hat; Reibungen zwischen dem Obercommando und dem Marineamt würden entstehen, aber solche Reibungen entstehen auch innerhalb eines einzelnen Ressorts.

Nach einigen mehr persönlichen Bemerkungen der Abgg. Windthorst und Bebel wird die Vorlage der Budgetcommission überwiesen.

Schluß gegen 5 Uhr.  
Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. (Kleinere Vorlagen. Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Reinigungszwanges für Branntwein.)

## Landtag.

\* Berlin, 15. März. Im Abgeordnetenhaus kam heute der Etat der Eisenbahnverwaltung zur Berathung. Diese Berathung war eine glänzende Rechtfertigung für die Gegner der Verstaatlichung, denn einer der eifrigsten Anhänger derselben, der Abgeordnete Hammacher, stellte heute fest, daß eigentlich alle die Hoffnungen, die man auf die Verstaatlichung gesetzt habe, nicht erfüllt seien. Namentlich sei keinerlei Ermäßigung der Tarife eingetreten. Die Eisenbahnen erstrebten nach wie vor recht große Einnahmen, und sollten doch eigentlich keine Finanzquelle sein. Aus den Eisenbahnüberschüssen solle man in größerem Maßstabe Schulden tilgen und Neuanlagen herstellen, damit durch Verringerung der Schuldenlast die Tarife billiger würden, vor allem aber, damit man ein richtiges Bild der Finanzlage erhalte. Die günstigen Finanzen dieses Jahres seien nur eine Folge der guten Eisenbahneinnahmen, die man aber für die Dauer nicht in Rechnung stellen könne. Herr Hammacher ging sogar soweit, daß er behauptete, so schlechte Stats habe Camphausen nicht aufgestellt. Auch Graf Limburg-Sturum erkannte an, daß auf die günstigen Eisenbahneinnahmen nicht für die Dauer gerechnet werden könne. Der Minister Maybach meinte, Tarifreformen müßten durchgeführt werden, aber so vorsichtig, daß man keinen Schritt wieder zurück zu thun brauche. Dann wird es also mit durchgreifenden Tarifreformen noch gute Weile haben. Der Eisenbahnetat soll eventuell mit Zuhilfenahme einer Abend Sitzung morgen erledigt werden.

Abgeordnetenhause. 35. Sitzung vom 15. März.  
11 Uhr.

Am Ministertische: v. Maybach und Commissarien.  
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Berathung des Staatshaushaltsetats für 1889/90 und zwar des Specialsetats der Eisenbahnverwaltung.

Zunächst kommt das Einnahmepapier zur Verhandlung, in welchem die Einnahmen aus den für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen auf 774 710 948 M. veranschlagt sind. Dem Beispiele der Budgetcommission folgend, werden in der Debatte die verschiedenen Fragen besonders behandelt, so daß zunächst die allgemeinen Fragen, die Befaltung des Stats, die Organisirung und Betriebslängen, das Gesamtergebnis des Stats und die Angemessenheit der Veranschlagung besprochen werden.

Referent Abg. v. Tiedemann-Bombst: Es ist in dem Eisenbahnetat gegen das Vorjahr eine erhebliche Vereinfachung eingetreten, insofern als nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben in ein Capitel zusammengefaßt sind. Früher mußte bei irgend einer Organisationsveränderung auch immer in den betreffenden Statscapiteln eine Verchiebung stattfinden, so daß es niemals möglich war, die verschiedenen Jahre ohne weiteres mit einander zu vergleichen. Die Vereinfachung hat aber noch einen weiteren Vortheil; es werden nämlich die Unbequemlichkeiten der Abrechnungen unter den einzelnen Directionsbezirken beseitigt. In der Commission wurde auch wieder die allgemeine Ermäßigung der Tarife angeregt. Es wurde aber von anderer Seite darauf hingewiesen, daß unsere Finanzlage keine so günstige sei, daß eine allgemeine Ermäßigung gerechtfertigt wäre; namentlich weil auf die Wehrbedürfnisse des Reiches dabei Rücksicht zu nehmen sei.

Abg. Pleß (C.) hält eine stärkere Schuldenentlastung für notwendig, um durch Entlastung der Eisenbahnverwaltung von Zinszahlungen es ihr zu erleichtern, über unglücklichere Perioden leichter hinwegzukommen. Wenn die Staatseisenbahn-Capitalschulden ermäßigt sein würden, es wäre auch leichter möglich, eine allgemeine Tarifermäßigung herbeizuföhren. Die Einführung eines einheitlichen niedrigen Personentarifs ist sehr bestechend. Es wäre vielleicht zweckmäßig, in kleinen Kreisen einen Versuch damit zu machen.

Abg. Simon (Waldburg): Die 91 Millionen Mark, welche die Eisenbahnverwaltung zur Verwendung für allgemeine Staatszwecke bereitstellt, haben wohl den Minister bewogen, neue Ausgaben zu machen. Wir dürfen allerdings nicht regelmäßig auf solche Ueberschüsse rechnen, denn wir dürfen die Sparfamkeit nicht wieder so weit treiben, wie dies in den Jahren 1885 und 1886 geschehen ist. Wir müssen auf Mehreinnahmen aus den Eisenbahnen jetzt um so mehr rechnen, als die Ueberweisungen aus dem Reiche sich ermäßigen werden mit dem Wachsen der Ausgaben des Reiches. So lange unsere Nachbarn rechts und links nicht mit ihren Rüstungen aufhören, müssen wir noch mehr Geld für Heer und Flotte ausgeben. Wir müssen dem Minister dankbar sein, daß er bei der Ermäßigung von Tarifen vorsichtig vorgeht. Die Vereinfachung des Stats ist dankenswerth, obgleich dadurch die Rechnungscontrole erschwert wird. Aber die Erläuterungen müssen etwas klarer gemacht werden. Redner bemängelt dann, daß kein Prinzip zu erkennen sei in der Verteilung der einmaligen Ausgaben auf das Extraordinarium und auf das Anleihegesetz. Die Privatbahnen haben früher in guten Jahren Ausgaben aus laufenden Mitteln gemacht, welche man sonst aus Anleihen deckte. So müßte es auch bei uns gemacht werden.

Minister von Maybach: Die günstige Finanzlage darf uns allerdings nicht zur wirtschaftlichen Leichtfertigkeit veranlassen, wir müssen vorsichtig sein, Einnahmen aufzugeben und dauernde Ausgaben zu übernehmen. Für unsere Ueberschüsse sind eine Menge von Liebhabern aufgestanden, deren man sich kaum erwehren kann; neue Bahnen, Steuernachlässe, Vermehrung der Betriebsmittel, Verbesserung der Beamtenbesoldungen und andere solche Dinge hat man verlangt. Die Eisenbahnen haben, abgesehen von den Tilgungsquoten, aufgebracht 119 900 000 Mk. über die Verzinsung der Eisenbahncapitalschuld und 114 Millionen über die Verzinsung der gesamten Staatschuld. Es werden mehrfache Erleichterungen des Personen- und Güterverkehrs beabsichtigt, aber die Regierung wird Alles prüfen und nicht eher vorgehen, bis man sich genügend über die Tragweite derselben orientirt hat. Ueberstürzen werden wir die Tarifermäßigung nicht, denn der Trost, das Billige regt eine Verkehrsvermehrung an, hat auch Mehrausgaben zur Folge. Die Regierung will Fortschritte machen, aber immer nur solche, die keine Rückschritte notwendig werden. Die Kohlenpreise sind gestiegen, trotzdem verlangen die Kohlenproduzenten von uns eine Ermäßigung der Tarife. (Heiterkeit.) Unter den Ausgaben sind Gehaltsverbesserungen im Betrage von 1 080 000 M. enthalten; das ist eine Abschlagszahlung für einzelne Kategorien. (Hört!) Für Wohlthaten sind über 2 Mill. Mark eingeleitet. Für Communalsteuern werden 5 1/2 Millionen, für Ergänzungen 7 1/2 Millionen aufgewendet. Für die Erhöhung der Gehälter der früheren Privatbahnbeamten sind 13 Millionen Mark ausgegeben worden. Es soll dahin gestrebt werden, die Züge zu vermehren und zu beschleunigen. Dazu gehört die Vermehrung des Fuhrparks. Auch für den Güterverkehr müssen wir noch reichlicher ausgestattet werden; wir müssen uns hüten, durch billigere Tarife den Verkehr hervorzulocken, ehe wir ihn bezahlen können. Ich bitte Sie, die Ueberzeugung zu hegen, daß die Staatsbahnverwaltung sich ihrer Verantwortlichkeit voll bewußt ist, daß sie sich hüten wird, die Ausgaben so zu steigern, daß die Einnahmen nicht ausreichen, so daß man zu Steuererhöhungen schreiten muß. Ich bitte Sie, die Regierung in dieser Aufgabe zu unterstützen. (Beifall rechts.)

Abg. Hammacher (nat.): In diesem Hause hat Niemand eine ungemessene Herabsetzung der Tarife verlangt; was gefordert wurde, wurde vom Minister zum Theil als berechtigt anerkannt. Wenn so große Ueberschüsse vorhanden sind, liegt die Frage nahe, ob nicht die Tarife er-

mäßigt werden können. Gerade die Regierung hat bei der Verstaatlichung darauf hingewiesen, daß die Ueberschüsse der Bahnen zu Tarifermäßigungen verwendet werden sollten. Denn es ist nicht der Zweck der Staatsbahnen, für allgemeine Staatszwecke Gelder aufzubringen; deshalb wäre es richtig, wenn die Einnahmen wirklich zu Schuldenentlastungen verwendet würden. Bei der Verstaatlichung war das selbstverständlich; jetzt ist davon keine Rede mehr. Das Garantiegesetz steht lediglich auf dem Papiere. Das Extraordinarium müßte mehr ausgestattet werden. Vor der Verstaatlichung betrug das Extraordinarium 3 bis 4 Prozent des Ordinariums, jetzt nur 2 bis 3 Prozent. Daher kommt es, daß auf die Anleihe jetzt 50 Millionen für die Schaffung von Wagenmaterial, und weitere 5 Millionen für Gebäude von Eisenbahnen angedreht werden. Hätte man die laufenden Eisenbahnausgaben um 30 Millionen erhöht, dann würde man gesehen haben, daß wir keine Mittel für gewisse Erleichterungen dauernd übrig haben. Durch diese unrichtige Behandlung gelangen wir zu ganz unrichtigen Anschauungen über die finanzielle Lage unseres Budgets. (Sehr richtig! links.)

Minister v. Maybach: Für die Eisenbahnverwaltung ist es ganz gleichgültig, ob die Ausgaben auf das Extraordinarium oder auf die Anleihe überwiesen werden. Wir haben lediglich nach Zweckmäßigkeits-Rücksichten das, was im Project fertig vorliegt, auf die einmaligen Ausgaben, das was erst später festgestellt wurde, auf ein besonderes Anleihegesetz überwiesen. Der Effect des Vorschlages des Herrn Hammacher würde der gewesen sein, daß für andere Zwecke nicht so viel hätte verfügt werden können als verfügt worden ist. (Sehr richtig! links und bei den National-liberalen.)

Abg. Graf Limburg-Sturum: Für den Eisenbahnetat ist es gleich, wo die einmaligen Ausgaben stehen; aber für uns ist es wichtig, ob sie in der Anleihe oder im Extraordinarium stehen, weil dadurch der Etat sich ganz anders gestaltet. Die Positionen, welche zur Erweiterung des Verkehrs dienen sollen, müssen auf die Anleihen übernommen werden, diejenigen, welche nur der Erhaltung des Verkehrs dienen, sollten dagegen im Extraordinarium untergebracht werden. Wenn man eine strenge Amortisation durchführen will, gleichmäßig in guten und schlechten Zeiten, dann müßte man einen beweglichen Factor bei den directen Steuern einföhren. Aber wer wird die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß in schlechten Zeiten die directen Steuern erhöht werden sollen, lediglich um eine strengere Amortisation durchzuführen. Da wird es besser sein, in schlechten Zeiten zu sparen an den Ausgaben. Aber unsere Bestrebungen nach Sparsamkeit haben bei den Freunden des Herrn Hammacher keine Unterstützung gefunden. Uebermäßige Einnahmen nimmt der Staat nicht aus den Staatsbahnen. Die Tarifermäßigungen sind sehr schwierig herbeizuföhren und kommen doch schließlich nur einem Theil der Staatsbürger zu gute. Wir werden nicht in den Minister bringen, die Tarife zu ermäßigen. (Beifall rechts.)

Geh. Oberfinanzrath Schmidt: Der Vorschlag des Herrn Hammacher würde lediglich eine Aenderung des Eisenbahngarantiegesetzes zur Folge haben und dahin führen, daß das Verhältnis der Ausgaben zur Einnahme verschoben wird; es würde dadurch aber ein Deficit entstehen, so daß wir für andere Zwecke nicht so viel wie bisher verfügbar machen könnten.

Abg. Richter: Nachdem der Abg. von Limburg erklärt hat, daß seine Freunde auf Tarifermäßigungen nicht drängen, werden wohl die scharfen Auseinandersetzungen, die über diese Frage erwartet worden sind, nicht erscheinen. Daß vom Ressort des Finanzministeriums die Beitreibungen auf Tarifermäßigung zurückgewiesen werden, finde ich erklärlich, aber ich bezweifle, ob das auf die Dauer möglich sein wird, und wundere mich, daß man seitens der Regierung dies nicht schon bei der Verstaatlichung ausgesprochen hat. Dem Abg. Hammacher ist mit Recht heute der Vorwurf gemacht, daß seine beiden Forderungen sich widersprechen. So widerspruchsvoll aber dachte auch die Majorität, als sie die Verstaatlichung beschloß. Wir sahen damals gleich voraus: entweder werden die Eisenbahnen eine Einnahmequelle für den Staat sein, oder die Erwartungen auf Tarifherabsetzungen und dergleichen Erleichterungen werden getäuscht werden. (Widerspruch des Ministers von Maybach.) Ich streue dem Minister alle Vorbeere, aber den Namen eines Tarif-Reformers hat er noch nicht verdient. Der Minister hat aber eine moralische Verpflichtung zu Tarifreduzierungen übernommen. Er hat sich heute sehr vorsichtig ausgedrückt, daß sie eintreten würden, wenn die Finanzen nicht darunter litten. Alle großen Reformer sind in Zweifel gewesen über den Effect ihrer Maßregeln; sie sind aber hineingegangen in dem guten Glauben an die Nichtigkeit ihres wirtschaftlichen Systems. Dieser Glaube fehlt dem Minister noch. Ich glaube, wenn man dem Verkehr bessere und billigere Mittel und Chancen gewährt, daß der große finanzielle Effect nicht ausbleibt. Es handelt sich dabei nicht bloß um billigere Tarife, sondern auch um Einstellung von Zügen u. s. w. In diesen Beziehungen haben die Eisenbahndirectoren, den Bedürfnissen sich ausreichend anpassend, noch nicht verstanden. Ob dem Eisenbahnminister die Mittel im Extraordinarium oder in der Anleihe bewilligt werden, kann ihm in der That gleichgültig sein, der eigentlich Interessirte dabei ist der Finanzminister. Die Forderung des Abg. Hammacher, die Vermehrung der Betriebsmittel, die eigentlich zu den laufenden Ausgaben gehören, aus den laufenden Mitteln zu bestreiten, ist vollkommen gerechtfertigt. Der Eisenbahnetat würde ganz anders aussehen, wenn wir eine nicht so große Anleihe, sondern ein größeres Extraordinarium hätten. Aber auf die Ueberschüsse der Eisenbahnen kann der Finanzminister nicht verzichten. Die Steuererleichterungen und vermehrte Ausgaben wären ja nicht möglich ohne die Beihilfe des Eisenbahnministers. Von den conservativen Veruchen, die Ausgaben zu beschränken, haben wir nicht viel gemerkt. Die Veruche sind so schüchtern gewesen, daß sie nicht der Rede werth sind. Sparfamkeit würde ich im Uebrigen auch empfehlen, namentlich gegenüber dem Nachtragset im Reiche; denn die Sparfamkeit hat Preußen und Deutschland auf die jetzige Höhe gebracht, auf der wir sie auch in Zukunft erhalten wollen.

Geh. Oberfinanzrath Schmidt bemerkt, daß nach den Vorschlägen des Abg. Hammacher ein erhebliches Deficit im Etat hervortreten würde; das Eisenbahngarantiegesetz würde dann ein Gesetz zur Hervorbringung künstlicher Deficits genannt zu werden verdienen.

Abg. Hammacher: Das Garantiegesetz schreibt vor, daß drei Viertel der Ueberschüsse nach Abschreibung der Zinsen für das Eisenbahncapital zur Amortisation verwendet werden sollen, während jetzt die Tilgung eine arbiträre ist. Ich habe also nur die Ausführung des Garantiegesetzes gewünscht. Daß die Ueberschüsse im Ganzen im Etat aufgerechnet würden, daran hat bei der Verstaatlichung der Bahnen Niemand gedacht. Nicht jede Herabsetzung der Tarife bedeutet, wie die Erfahrung zeigt, eine Verminderung der Einnahmen oder Ueberschüsse. Auf den Einwand, daß in schlechten Zeiten die einmal für die Amortisation Schwierigkeiten bezzeiten könnte, erwidere ich, daß in solchen Zeiten voraussichtlich die Eisenbahnen häufig keine Ueberschüsse bieten würden und deshalb auch von der Verpflichtung zu einer Amortisation nicht mehr die Rede sein werde. Wie der Wunsch nach Tarifherabsetzung im Interesse der wirtschaftlichen Förderung des Landes eine Begehrlichkeit nach dem Vermögen des Staates von dem Regierungsvorstandern genannt werden konnte, ist mir unverständlich.

Geh. Oberfinanzrath Schmidt erklärt, daß seine Aeußerung bezüglich der Begehrlichkeit der Tarifpetitionen mißverstanden sei.

Abg. v. Wedell-Malchow: Die gegenwärtige Aufstellung des Stats ist im Ganzen zu billigen, wiewohl einzelne Posten auch mit in das Extraordinarium zu gehören scheinen. Ueberschüsse sind wohl vorhanden, aber die Verzinsung ist keine so bedeutende, daß man schon zu Tarifermäßigungen übergehen könnte. Ich habe das Vertrauen zu dem Minister, daß er da, wo es notwendig ist, mit Ermäßigungen vorgehen wird. Es muß ja aber auch anerkannt werden, daß in dieser Beziehung schon mancherlei geschehen ist. Dem einzelnen Interessenten gegenüber muß aber stets das Interesse des Landes und der anderen Berufszweige beobachtet werden. Mit Tarifermäßigungen muß man aber auch deswegen vorsichtig sein, weil eine Wiedererhöhung bei der Staatsbahnverwaltung fast ausgeschlossen ist. Man fürchtet immer einen Wechsel der Einnahmen aus den Eisenbahnen. Aber sie werden umso mehr wechseln, je mehr man die Tarife ändert. (Beifall rechts.)

Nachdem Abg. Dr. Sattler die Forderungen des Abg. Hammacher besprochen, wird die Discussion geschlossen.

Es folgt die Berathung über Personenverkehr und Personentarife.  
Abg. Simon (Waldburg): Der Minister hat in Bezug auf die Personentarife bereits viele Erleichterungen gewährt, gleichwohl wird sich noch Manches auf diesem Gebiet ermöglichen lassen. Dem Vorschlag Perrotts für einen einheitlichen Personentarif ist f. Z. die Eisenbahn-Verwaltung glücklicherweise nicht gefolgt. Der Vorschlag ist aber von Engel neuerdings wieder aufgenommen worden, und sollte näher untersucht werden. Es ist nicht absolut ausgeschlossen, daß ein Einnahmeausfall dadurch entsteht. Die Ausgaben würden sich aber gewiß vermehren, obgleich Dr. Engel das nicht zugeben will. Eine bequemere Einrichtung der vierten Wagenklasse ist zu empfehlen, nur darf dies nicht durch Herab-

Schraubung des Tarifs erkaufte werden. Angesichts des Rückgangs der ersten Wagenklasse sollte man sie in den Local- und Personenzügen, wo sie sich wenig rentiren, abschaffen. Durch Vergrößerung der Fahrgehindigkeit und Verminderung von Haltestellen sollte die Einrichtung der Schnellzüge mehr gefördert werden. Der Minister würde dafür Dank in weiten Kreisen finden.

Abg. Berger verteidigt die früheren Privatbahnen gegen die Vorwürfe des Abg. v. Limburg-Sturum und empfiehlt eine abermalige Prüfung der Vorschläge Berrots und Engels. Eine Tarifermäßigung sei auch von großer sozialer Bedeutung. Der Arbeiter würde leichter seine Kraft da verwerthen können, wo es am besten und theuersten geschähe. Die erste Klasse in den Dummelzügen müsse beseitigt werden. Redner dankt dem Minister darauf im Namen der deutschen Frauen für die gegen das Rauchen in den Coupés erlassene Verordnung.

Minister v. Maybach: Eine bessere Ausnutzung der Personenzüge wäre der Verwaltung sehr angenehm, aber mit dem Gedanken, die Coupés vollzupropfen, würden wir bei dem Publikum schlecht ankommen. Mit der Vermehrung der Schnellzüge werden wir vorgehen, sobald wir unsere Wagen und Locomotiven haben. Es ist unser Wunsch, die Verbindung nach Danzig, Königsberg, Breslau, Halle und Frankfurt a. M. durch Einrichtung oder Verbesserung von Schnellzügen zu erleichtern. Unser Personentarifwesen ist mir gerade nicht sehr sympathisch; die Controle ist schwierig, und das Publikum ist nicht damit zufrieden; aber unser System ist ein internationales. Der Gedanke war vorhanden, die einzufließenden Vereinfachungen zunächst im Deutschen Reich zu versuchen und von hier ein gleichmäßiges System für Mitteleuropa zu schaffen. Zu diesem Zweck sind wir mit den übrigen deutschen Staaten in Verbindung getreten. Die finanzielle Tragweite der sog. Jönenysteme für unsere Einnahmen ist sehr zu berücksichtigen. Bis jetzt ist dieses System nirgends eingeführt. Der Inselstaat England, unabhängig von den continentalen Systemen, wäre doch das geeignete Versuchsfeld. Was die Schnelligkeit unserer Züge anbelangt, so sind sie die raschesten auf dem Continent, mit Ausnahme der englischen, soweit sie von London ausgehen.

Abg. Graf Limburg-Sturum will die Verdienste der Privatbahnen gern anerkennen, es stehe aber fest, daß die Interessen des Publikums ihnen in zweiter Linie gestanden hätten. Auf das Englische Project könne er sich nicht einlassen. Die sociale Ummwälzung wäre eine ungeheure. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man die Arbeiter in die Lage setze, fast ohne Reisekosten den Wohnsitz zu ändern, so würden die ärmeren Landestheile bald völligen Arbeitsmangel haben.

Die Abgg. v. Czarlinski, Bachem und v. Beelo-Saleske bringen Beschwerden über ungenügende oder übermäßige Heizung der Coupés vor. Die Discussion über diesen Abschnitt wird geschlossen.

Um 4 1/2 Uhr wird die Berathung auf Sonnabend 12 Uhr verlagt.

### (Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

\* Berlin, 15. März. Die „Börsenzeitung“ hört, das kürzlich nach Port Said beorderte deutsche Schulgeschwader sei bereits wieder von dort abberufen und werde nach verschiedenen Kreuzungen im Mittelmeer voraussichtlich Anfang April wieder in Kiel eintreffen. — Zu Beginn des Sommers werde ein russisches Geschwader nach Kiel abgehen, um den Besuch der deutschen Flotte zu erwidern. Das Geschwader werde dem Zaren das Geleite geben, welcher nach Dänemark reist. Entweder vor oder nach der Ankunft des Zaren auf Seeland werde die Begegnung zwischen dem Zaren und dem Kaiser Wilhelm stattfinden.

\* Berlin, 15. März. Pater Amrhein in Sanct Ottilien theilt mit, daß die verschollenen Missionare Braun und Freygang sich wieder einfanden und schon seit Januar in Zanjibar aufhalten. Die „Köln. Ztg.“ erfährt aus Zanjibar, die Engländer verhindern die Peters'sche Expedition in Lamu an der Landung. Peters selbst sei noch nicht eingetroffen, wohl aber der Vortrag unter Lieutenant Tiedemann.

Das Hamburger Barkschiff „Emilie Heffenmüller“, welches für Rechnung einer Hamburger Kaufmannsfirmen mit Kanonen und Pulver nach Zanjibar abgehandelt war, wurde in den ostafrikanischen Gewässern von den deutschen Kriegsschiffen „Sophie“, „Pfeil“ und „Leipzig“ angehalten und revidirt. Es erhielt fünf Marineoffiziere an Bord und wurde von ihnen nach Zanjibar escortirt, woselbst die Besichtigung der Ladung unter Aufsicht der Behörde stattfand. Eine Beschlagnahme oder sonstige Hinderungsmaßregeln sind nicht erfolgt.

Ueber die angeblichen Forderungen Amerikas aus der Samoa-Conferenz veröffentlicht die Londoner Ausgabe des „New-York Herald“ ein Telegramm aus Washington, worin es heißt: Wenn die Samoa-Conferenz in Berlin zusammentrete, werde gefunden werden, daß die Vereinigten Staaten den von Deutschland in Washington gemachten Vorschlag, die Controle in Samoa solle in den Händen einer einzigen Macht liegen, positiv ablehnen werden; Amerika begehrt die Herstellung einer ständigen Regierung in Samoa mit einem Herrscher, dessen Rathgeber Commissare der Vereinigten Staaten, Englands und Deutschlands sein sollen. Vorher müßte der status quo ante wiederhergestellt und der deutsche Anspruch auf alleinige Controle fallen gelassen werden. Verweigerer Bismarck dies, so würden die Vereinigten Staaten antworten: Wohl, so ergreifen wir unverzüglich Besitz von den Samoainseln, hissen die amerikanische Flagge und annectiren die Inseln. — Es wurde in Washington überliefert, daß, während der deutsche Consul Knappe abberufen wurde, eine Persönlichkeit zum Consul in Samoa ernannt wurde, deren früheres Verhalten in Samoa noch aggressiver als das Knappe's gewesen.

\* Berlin, 15. März. Das Herrenhaus tritt am 26. März zusammen.

Aus den Kreisen von Colonialinteressenten wird mitgeteilt, daß eine Vorlage, betreffend Errichtung subventionirter Dampferlinien nach Afrika in dieser Session keinesfalls zu erwarten sei.

Die Reichstagscommission für die Altersversicherung hat heute die zweite Lesung und damit ihre Arbeiten beendet. Am Schlusse der heutigen Sitzung wurde dem Vorsitzenden v. Franckenstein für die umsichtige Leitung der schwierigen Verhandlungen von den Mitgliedern der Commission der Dank durch Erheben von den Siben kundgegeben. Die Commission hat im Ganzen 38, meist fünfstündige, Sitzungen abgehalten, in denen 155 gedruckte und zahlreiche handschriftliche Anträge gestellt und erledigt wurden. — In etwa 48 Stunden will der Bericht erstatter einen erschöpfenden Bericht über das Resultat der Commissionsitzungen fertig stellen, sodas die zweite Lesung im Plenum in den ersten Tagen der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Antrages Berlin betreffend den Wildschaden, nahm gestern Abend 2 nach den Vorschlägen Franz-Schmidt in etwas modificirter Form wie folgt an: „Haben die betreffenden Jagdberechtigten der an sie ergangenen Aufforderung nicht in genügendem Maße entprochen, so hat die Aufsichtsbehörde den Beschädigten oder geeigneten Vertretern derselben für eine bestimmte Zeit die Ermächtigung zu erteilen, das auf ihre Grundstücke über tretende Roth- und Damwild auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehrs zu tödten. Diese Ermächtigung vertritt den Jagdschein; sie kann demjenigen verlag werden, dem der Jagdschein verlag werden kann.“ § 3 erhielt folgende Fassung: „Wird durch diese Maßregeln einer weiteren Beschädigung nicht vorgebeugt, so hat die Aufsichtsbehörde die Abminderung der schädigenden Wildarten durch geeignete Personen bewirken zu lassen. Die Kosten solcher Polizeijagden trägt die Staatskasse, welcher auch der Erlös aus dem dabei erlegten Wild zufließt, soweit er zur Deckung der Kosten nötig ist.“

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung der Posener Verwaltungsvorlage trat gestern Abend in die zweite Lesung ein. Nach Ablehnung der Anträge Schalcha-Szuman wurde eine Resolution angenommen, die Staatsregierung möge erwägen, ob nicht eine halbjährige Forderung in der Vertretung der Stadt- und Landgemeinden entsprechend der Einwohnerzahl eintreten solle.

Der Brief, in welchem Antoine dem Präsidenten des Reichstags seine Mandatsniederlegung anzeigt, hat nach dem Meber „Korrain“

folgenden Wortlaut: „Mein Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen meine Entlassung als Deputirter zum Reichstage anzuzeigen. Ich nehme die Genugthuung mit mir, dem Mandat, das mir meine Mitbürger anvertraut haben, getreu gewesen zu sein. Der Reichstag hat mir selbst das Zeugniß gegeben, daß ich niemals die Sache Elsaß-Lothringens verlassen. Genehmigen Sie.“ — Aus Antoine nahe stehenden Kreisen erfährt die „Straßb. Post“, daß es der französische Minister Spuller, ein Freund Antoine's, gewesen, der ihn zu dem angezeigten Schritt benog.

Die Kreuzzeitung wendet sich heute gegen die Regierung, weil neben andern kirchlichen Gesegen auch das Pfarzer-Wittwen- und Waisen-Gesetz zur Maculatur gelegt werde. Sie schreibt: So arbeiten Kirchenregiment und Generalsynode pro nihilo. Die Generalsynodal-Ordnung steht lediglich auf dem Papier. Man gewinnt den betrübenden Eindruck, daß an der Stelle, wo die Entscheidung über diese Angelegenheit innerhalb des Staatsministeriums getroffen wird, für die Wünsche und Bedürfnisse der evangelischen Landeskirche wenig wohlwollende Gesinnung herrscht.

\* Berlin, 15. März. Landgerichtsdirector Witte-Breslau ist zum Präsidenten des Landgerichts Reife ernannt.

\* Berlin, 15. März. Zum Chef des Uebungs geschwaders ist Contreadmiral Hollmann, an Bord des „Deutschland“, zum Chef der Manöverbatterie Contreadmiral Kall, zum Commandanten der Kreuzer-Corvette „Trene“ Prinz Heinrich, zum Chef der Torpedobootflotte Capitän Barandon ernannt.

Es ist eine Cabinetordre bezüglich des Tragens des neuen Infanteriedegens ergangen; derselbe hat einen vergoldeten Korb mit dem preussischen Adler, steckt in einer Stahlscheide und wird ohne zu schleppen in derselben getragen.

\* Berlin, 15. März. Dreihundert junge Bulgaren beschloßen, eine Leibgarde zum Schutze des Prinzen Ferdinand zu bilden.

\* Berlin, 15. März. Der Vorstand des deutschen Bühnenervereins macht bekannt, daß die im Januar 1888 eröffnete Preisbewerbung für moderne Schau- und Lustspiele resultatlos blieb. Es gingen 168 Stücke ein, von denen keines des Preises — der Verpflichtung sämtlicher Vereinsbühnen zur Aufführung des Werkes — würdig erachtet.

!! Wien, 15. März. Mailan trifft Dienstag in Budapest ein und reist nach der Audienz beim Kaiser nach Belgrad zurück und von dort nach Konstantinopel. Während der Anwesenheit Mailans wird auch Kalnoth in Budapest weilen. Zwischen dem König und den Regenten besteht ein schriftlicher Vertrag, wonach Königin Natalie nicht nach Serbien kommen darf.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Straßburg, 15. März. Bei dem zu Ehren des Präsidenten Schumberger gestern Abend von dem Landesauschuß gegebenen Festessen brachte nach der Rede des Vicepräsidenten Zorn-Bulach der Statthalter folgenden Toast aus: Die Begrüßung des ersten Vicepräsidenten verpflichtet mich zu aufrichtigem Dank, den ich ihm und Ihnen, die Sie seinen Worten zugestimmt haben, hiermit aussprechen will. Die Rede giebt mir die erfreuliche Gewißheit, daß die wenigen Worte, die ich in letzter Zeit an die Mitglieder des Landesauschusses gerichtet habe, auf guten Boden gefallen sind und einen freundlichen Widerhall gefunden haben. Sie sagt aber noch mehr, sie giebt mir die Versicherung, daß meine Bemühungen, die Hindernisse zu beseitigen, die noch der normalen Entwicklung des Landes entgegen stehen, auf loyale, vertrauensvolle Mitwirkung der Mehrheit des Landesauschusses rechnen können. Das ist viel und ist von großer Bedeutung, denn in dem einträchtigen Zusammengehen der Regierung mit der Volksvertretung liegt die Gewähr für das Gedeihen des Staates. Wenn auch hier und da Meinungsverschiedenheiten scheinbar störend dazwischentreten, sind wir doch in wesentlichen Dingen einig. So glaube ich denn, zuversichtlich in die Zukunft blicken zu dürfen, und wenn ich heute das Glas erhebe auf den Landesauschuß, darf ich wohl ohne Illusion sagen: Ich trinke auf das Wohl der treuen Freunde im Reichslande. Der Landesauschuß und seine Präsidenten leben hoch!

Budapest, 15. März. Die von der studentischen Jugend anlässlich der Märzereignisse des Jahres 1848 veranstaltete Matinee fand unter zahlreicher Theilnahme in bester Ordnung statt. Nach der Gedendrede Franz's über die Märzereignisse wurde das Nationallied „Szozat“ gesungen, worauf sich die Teilnehmer ruhig zerstreuten. Die Feier verlief ohne Zwischenfall.

Bern, 15. März. Der Bundesrath wird bei den Regierungen der europäischen Industriestaaten anfragen, ob sie geneigt seien, in einer Conferenz auf Grund eines Programmes verschiedene, die Fabrik-Arbeiterbeschäftigung betreffende Fragen zu berathen, und die Punkte festzusetzen, deren Ausführung durch internationale Uebereinkommen als wünschenswerth zu bezeichnen wäre.

Paris, 15. März. Im Laufe des Nachmittags fanden bei mehreren hervorragenden Mitgliedern der Patriotenliga Hausdurchsuchungen statt. — Nach einer Meldung aus Tanger trafen dort vier englische Kriegsschiffe ein, der Befehlshaber derselben machte den Spitzen der Behörden einen Besuch.

Paris, 15. März. Mehrere Abendblätter melden, die Hausdurchsuchungen hätten ein für die Boulangisten sehr belastendes Material geliefert. Die „Nation“ will wissen, unter andern sei ein Plan, betreffs Ueberrumpelung der Kammer, beschlagnahmt, was aber noch der Befätigung bedarf. Die „France“ und das „Journal de Paris“ melden, daß entgegen den Gerüchten von der Verhaftung der Deputirten, gegen welche die gerichtliche Verfolgung eingeleitet ist, dieselbe noch nicht erfolgt sei, die Deputirten würden aber bald vor den Untersuchungsrichter geladen werden. Gestern Abend hielten der Generalprocurator, der Polizeipräsident und der Untersuchungsrichter eine Conferenz ab.

Paris, 15. März. Zu dem boulangistischen Banquet, das Sonntag in Tours stattfindet, beabsichtigen die angeklagten Deputirten, falls sie inzwischen nicht verhaftet sind, Boulanger zu begleiten. Bis jetzt haben keine Verhaftungen anlässlich der Patriotenliga-Affaire stattgefunden.

### Wasserstand 8-Telegramme.

Breslau, 15. März, 11 1/2 Uhr Mitt. D.-B. + 6,28 m. U.-B. + 2,64 m.

## Locale Nachrichten.

Breslau, 15. März.

\* Spies-Concert. Das wegen eines Todesfalls heute ausgefallene Concert findet am Montag, 18. März cr., statt. Die bereits gelösten Billets behalten ihre Gültigkeit.

\* Vereinigung Breslauer evangelischer Lehrer. Die 45. Versammlung, welche am 13. März cr. im Café restaurant stattfand, wurde von Rector Reichert geleitet. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Auflösung der Vereinigung. Die beiden großen evangelischen Lehrervereine, der „Pädagogische Verein“ und der „Verein Breslauer evang. Lehrer“, welche beinahe 200 Mitglieder zählen, haben in ihren letzten Sitzungen beschlossen, sich zu einem „Hauptverein Breslauer evangelischer Lehrer“ zusammenzuschließen. Die Mitglieder der beiden Vereine erachteten das Weiterbestehen der Vereinigung nicht mehr für nothwendig. In der Sitzung vom 13. d. M. beschloß die „Vereinigung“ nach kurzer Debatte, sich aufzulösen und das noch vorhandene Vereinsvermögen von ca 52 M. der Sanderstiftung anzuwenden.

B. Trichinen. Der im 12. Bezirk bestellte Fleischbeschauer Simon fand ein Schwein mäßig mit verpackten Trichinen durchsetzt. Das Schwein wurde auf polizeiliche Anordnung einem Seifenfieder zur Verarbeitung übergeben; die Eigentümerin, die Breslauer Markthallen-Gesellschaft, erhielt den Schaden von der Gesellschaft, bei welcher sie Versicherung genommen hatte, ersetzt.

o Rettungshaus zu Wilschau. Die Prüfung der Zöglinge des evangelischen Rettungshauses zu Wilschau, Kreis Breslau, findet am Dienstag, den 19. d. M., Vormittags 10 Uhr, in der Anstalt statt. Dem Erscheinen der Mitglieder des Vorstandes, sowie sonstiger Freunde und Gönner des Rettungshauses wird seitens der Leitung des letzteren mit Freude entgegen gesehen.

o Unglücksfälle. Die in einem Hause auf der Gräbchenerstraße wohnende 21 Jahre alte Schneiderin Pauline Sch. glitt am 14. d. Mts. beim Tanzen aus und fiel so unglücklich zu Boden, daß sie einen Bruch des linken Armes davontrug. — Dem Arbeiter Julius G., Märkischestr. 21 wohnhaft, stürzte gestern auf einem Bau ein aus der Höhe eines Stockwerkes herabfallender Ziegelstein auf den Kopf und fügte dem Manne eine schlimme Verletzung zu. — Beiden Verunglückten wurde in der Kgl. chirurgischen Klinik ärztliche Hilfe zu theil.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden: einem Expediteur von der Wallstraße eine große Holzstift, enthaltend 20 Stück Cigarrenstücken mit „La Semirames“, signirt mit Nr. 1501, einem Dienstmädchen von der Subenstraße ein Gelbbetrag von 17 M., einem Kaufmann vom Ringe ein brauner Winterüberzieher, einem herrschaftlichen Diener von der Kaiser Wilhelmstraße eine silberne Goldkette mit silberner Kette, einem Fräulein von der Hundsfelder Chaussee ein Portemonnaie mit 8 Mark 50 Pf. Inhalt, einem Handelsmann von der Wallstraße ein goldener Siegelring, gravirt „E. R.“ — Gefunden wurden: ein 20-Markstück mit dem Portrait Kaiser Friedrich's, ein polirter Rohrstuhl, ein silbernes Pinces-nez. Vorstehende Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

## Handels-Zeitung.

o Berliner Handelsgesellschaft. Heute liegt der 1888er Jahresbericht vor, über den Abschluss haben wir bereits Mittheilung gemacht, wir dürfen uns deshalb auf folgende Angaben der „Voss. Ztg.“ beschränken. Das Commanditcapital und die bilanzmäßige Reserve betragen:

	Ende 1888	Ende 1887
Commandit-Capital....	M. 40 000 000	40 000 000
Allgemeine Reserve....	8 440 000	8 440 000
Special-Reserve.....	1 094 298	1 129 518
Dividenden-Reserve....	874 146	504 146
Das Conto eigener Effecten setzt sich wie folgt zusammen:	1888	1887

In- und ausländische Staatspapiere und Pfandbriefe.....	M. 1 625 396	1 359 077
Eisenbahnactien, Stammprioritäten und Prioritäts-Obligationen.....	60 694	1 666 122
Bank- und Industrierwerthe, einschl. des Buchwerths der Schiederhaller Kuxe, der Actien der Kösliner Papierfabrik, der Warschauer Gruben- und Hüttenwerke.....	3 670 701	2 118 926
Das Consortial-Conto ist mit 7 917 236 M. und nach Ueberweisung von 630 000 M. aus dem 1888er Gewinn mit 7 287 236 M. belastet. Das Grundstücks-Conto saldirt, nachdem die Herrschaft Panoschau mit circa 180 000 M. Gewinn verkauft worden ist. Im Conto-Corrent stehen:	1888	1887
Gedechte Debitoren.....	M. 28 076 125	29 630 620
Guthaben bei Banken und Bankfirmen.....	6 888 846	7 042 909
Ungedechte Debitoren.....	7 464 000	6 111 482

Creditoren.		
Guthaben und Depositen mit vereinbarter Verfallzeit.....	19 326 541	16 772 961
Guthaben ohne diese Vereinbarung.....	19 123 239	20 266 496
Auf die Conto-Corrent-Debitoren wurden für 1888 aus dem Gewinn 100 000 M. abgesetzt.		
Es betragen die Verpflichtungen:		
Creditoren.....	M. 38 449 781	37 039 458
Accepte.....	5 712 439	10 951 788
Zusammen.....	44 162 220	47 991 246
die disponiblen Fonds:		
Kasse.....	6 529 365	6 169 525
Reports.....	23 432 267	16 613 130
Wechsel.....	13 207 224	19 247 060
Guthaben bei Banken und Bankfirmen.....	6 888 846	7 042 909
Zusammen.....	50 057 702	49 072 624
Kasse und Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuchs.....	3 209 200 079	3 202 126 018

o Die Angriffe auf die Waaren-Liquidationskasse in Hamburg nehmen, wie man der „B. B.-Z.“ schreibt, ihren Fortgang, wenngleich sich neuerdings auch ein Vertheidiger des Instituts und seiner Bestrebungen in der Presse gefunden hat. In den Angriffen und Vertheidigungen ist begrifflicher Weise mancherlei persönliche Sympathie und Antipathie enthalten, so dass ein absolut zutreffendes Urtheil über die Kasse und ihre Einrichtungen aus den betreffenden Auslassungen sich nicht gewinnen lässt; auch kommen noch andere Momente bei der Urtheilung in Betracht, von denen hier eines hervorragender Art erwähnt werden soll. Zweck der Waaren-Liquidationskasse ist bekanntlich die Garantie aller Zahlungen, welche dem Käufer resp. dem Verkäufer aus Engagements im Terminmarkt zu leisten sind. Um diese Garantie übernehmen zu können, fordert die Kasse von den Contrahenten beim Steigen respective Sinken der Preise Nachschüsse, welche die Differenz zwischen Ankaufs- resp. Verkaufspreis und der Marktnotirung ausgleichen, und welche bei der Liquidation des betreffenden Termines dem Gewinnenden gutgeschrieben werden. Ist der Kaffeeterminmarkt ein ruhiger, so sind auch die Preisschwankungen ohne Bedeutung, und ebenso bleiben etwaige Nachschüsse innerhalb enger Grenzen; die Kasse hat demnach unter diesen Umständen nur über verhältnismässig bescheidene Beträge zu disponiren, so dass ihre Bonität angesichts eines Actien-Capitals von drei Millionen Mark nicht in Frage kommen kann. Anders liegt die Sache aber zu Zeiten einer Einzwängung des Marktes, wie wir sie im verflossenen Jahre zweimal erlebt haben. In der Septemberschwänze ist es vorgekommen, dass ein einziges Haus 1 1/2 Mill. Mark an Nachschüssen auf seine Engagements an die Kasse abzuschreiben hatte, ganz abgesehen von den Summen, welche andere Firmen als Nachschüsse zahlen mussten. Diese Nachschüsse haben in ihrer Gesamtheit das Capital der Kasse sicherlich weit übersteigt und die Bonität des Instituts hängt dann allein von dem Vertrauen ab, welches die engagierten Kreise zu der Leitung desselben haben. Selbstverständlich ist dieses Vertrauen im Hinblick auf diejenigen Männer, welche gegenwärtig an der Spitze der Kasse stehen, ein absolutes; wenn das Vertrauen aber, etwa in Folge stattgehabten Personenwechsels, in Zeiten der Schwänze einmal erschüttert wird, so dürfte sicherlich die Frage zur Erörterung kommen, ob man an die Conti der Kasse ohne Weiteres Nachschüsse abschreiben darf, wenn aus dem Laufe des Geschäftes mit Sicherheit die Schlussfolgerung zu ziehen ist, dass die Gesamtheit der Nachschüsse das Capital des Instituts übersteigt. Wenn eine Firma, welche in Zeiten der Schwänze zur Zahlung von anderthalb Millionen Mark Nachschuss aufgefordert wird, sich bereit erklärt, den Nachschuss zu leisten, aber nur zur Verfügung dieser oder jener grossen und vollkommen sicheren Bank, so wird die Kasse solchen Nachschuss natürlich nicht anerkennen, sondern zu Executionen schreiten. Welches Resultat aber derartige Executionen haben können, wenn die Preise so panikartig in die Höhe geschwollen sind, dass Millionen oder doch Hunderttausende als Nachschüsse eingefordert werden müssen, kann sich Jeder selbst ausmalen. Eine Weigerung, in Zeiten der Noth namhafte Nachschüsse an die Conti der Kasse zu leisten, macht daher die absolute Garantie dieser letzteren illusorisch und erschüttert das Vertrauen zu derselben in einer Weise, dass das ganze Institut im Hinblick auf seine Garantiefähigkeit als recht überflüssig bezeichnet werden muss. Die Verwaltung der Kasse hat denn auch die Gefahr, welche ihr aus der Einforderung enormer Nachschüsse zu erwachsen vermag, in der September-Schwänze des Vorjahres erkannt und an einem der betreffenden Tage auf die Nachschüsse verzichtet.

A-z. Submissions-Notizen. Bei der Direction der Provinzial-Irren-Anstalt Ueckermünde stand die Lieferung von 665 000 Klg. oberschlesische Stückkohlen zur Submission. Per 100 Klg

frei dort boten an: Gebr. Ollendorff, Kattowitz, von Florentine zu 1,67 M., Eugen Boronow, Breslau, von Wolfgang zu 2,02 M., J. F. Bräunlich, Stettin, von Königsgrube zu 1,67 M., Dahlmann & Co., Berlin, von Brandenburg zu 1,69 M., G. A. Karow, Stettin, von Königsgrube zu 1,72 M., James Stevenson, Stettin, von derselben Grube zu 1,71 M. und B. Cohn & Co., Berlin, von Florentine zu 1,72 M.

**Schlesischer Bank-Verein.** Die ordentliche General-Versammlung findet Montag, 15. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, im grossen Saale der Neuen Börse statt. Näheres siehe Inserat.

**Börsen- und Handelsdepeschen.**

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

**Berlin, 15. März. Neueste Handelsnachrichten.** Handel und Notirung der Spring Valley Waterworks 2 Mortgage-Bonds-Prioritäten und Kurfürstendamm-Gesellschaft-Actien wurden unter dem üblichen Vorbehalt genehmigt. — Vorgeschlagene Dividenden: Keyling und Thomas 7/4 bis 7/2, Wasserwerk Schalke 8, Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft 9/3, Lübeck-Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft 10 pCt. — Die Auszahlung der Dividende der Nationalbank für Deutschland erfolgt vom nächsten Montag ab, und werden dann die Actien exclusive Dividendschein gehandelt. — An der Convertirung der Nähmaschinen-Fabrik Frister und Rossmann beteiligten sich nahezu 94 pCt. des Actienkapitals. Von den Anmeldungen war der weitaus überwiegende Theil nach dem Modus der Zusammenlegung von 2 Actien zu 1 mit 150 M. Zuzahlung. Die Ausgabe der abgestempelten Stücke und neuen Dividendenbogen dürfte bis zum 20. März beendet sein. Den Anfang dieses Monats gestellten Antrag, Stücke per Erscheinen am 31. März zur Notiz zuzulassen, hat nach der „Voss. Ztg.“ das Börsencommissariat abgelehnt. — Der Norddeutsche Lloyd beruft eine Generalversammlung zum 13. April ein u. a. behufs Erhöhung des Grundcapitals. Der Betrag ist in der Einberufung nicht angegeben; doch wie erwähnt, nimmt man an, es handle sich um 10 Millionen.

**Frankfurt, 15. März.** Die „Frft. Ztg.“ meldet aus Paris: Man betrachtet jetzt das ganze Capital des Comptoir d'Escompte als verloren. Das Zögern bei Veröffentlichung des status erregt grosse Unzufriedenheit, sodass ein Einschreiten der Regierung wahrscheinlich und die Liquidation des Instituts unausbleiblich erscheint.

**F. Hannover, 15. März.** Die heutige Generalversammlung der Egestorff Maschinen-Gesellschaft war von 35 Actienären mit 1309 Stimmen besucht; 401 Stamm- und 908 Prioritäts-Actien genehmigten per Acclamation den Compromiss-Antrag auf Umwandlung der Stammactien in sechspromcentige Prioritäts-Actien gegen Zuzahlung von 50 pCt. und Schaffung von Genussscheinen für die rückständigen 40 pCt., welche nach der Prioritäts-Dividende aus dem Reingewinn bis zur Höhe von 3 pCt. des alten Prioritätscapitals von 2 600 000 M. getilgt werden. Die Statutenänderung auf Erhöhung des Aufsichtsraths auf 11 Mitglieder wurde auf Antrag Hermann Friedmann trotz des Widerspruchs des Aufsichtsraths mit 3/4 Majorität aller Anwesenden und 2/3 Majorität der Prioritätsactien angenommen. Die Wahlen selbst, wie der Antrag auf Erhöhung des Grundcapitals werden mit Rücksicht auf die beabsichtigte Reduction des nicht zur Umwandlung eingereichten Stammactienkapitals bis zur nächsten Generalversammlung ausgesetzt. Ueber die jetzige Geschäftslage machte die Direction eingehende, sehr günstige Mittheilungen, speciell über vorliegende Bestellungen, wie sie seit 1870 nicht vorgelegen haben.

**Berlin, 15. März. Fondsbörse.** Die Börse verharrete heute von Anfang bis Ende in durchaus lustloser Haltung, was erklärlich ist, da die Contremine sich in letzter Zeit ausreichend engagirt hat, um weitere Blanco-Abgaben zu unterlassen und die Hausiers keinerlei Anregung finden, ihrerseits mit grösserem Eifer ins Geschäft einzugreifen. Die Grundtendenz blieb bis zum Schluss eine leicht feste, nur verringerte sich der Verkehr auf ein Minimalmaass. Banken schwächer; Credit 162,30—162,10—162,40, Nachbörse 162,40 (— 0,20), Commandit 239,50—239,60—239,25—239,75—239,60, Nachbörse 239,75 (— 0,65), Bahnenmarkt stagnirend; Marienburger, Mecklenburger, Franzosen, Elbthal, Lombarden behauptet; Ostpreussen, Gotthardbahn billiger offerirt. Prioritäten wenig beliebt. Renten durchgängig schwach; 1880er Russen 90,60—90,50—90,70, Nachbörse 90,60 (— 0,30), Ungarn 84,80, Nachbörse 84,90, Russische Noten 217—216,50—216,75, Nachbörse 216,75 (— 0,75). Inländische Anlagewerthe still. Prämien-Verkehr allgemein beliebt. Montanmarkt still und lustlos; Bochumer 200,60 bis 200,30—200,20, Dortmund 101—101,25, Nachbörse 101,25, Laura 138,50—138,10—138,50, Nachbörse 138,50. Kassabergwerke unbeliebt. Von anderen Industriewerthen stellten sich höher: Berliner Elektrizitätswerke (+ 3), Sentker (+ 2,50), Askania (+ 3), Schöneberger Schlossbrauerei (+ 3), Schwartzkopf (+ 1,25), Berliner Waarenbörse (+ 2), Archimedes 149,25 bez. u. Gl.

**Berlin, 15. März. Productenbörse.** Das Wetter hat heute einen vollständig winterlichen Charakter, viel Schnee ist gefallen und es hat ziemlich scharf gefroren. Daraufhin erwartete man heute sehr festen Markt; indess nur vorübergehend entsprach die Tendenz dieser Annahme. — Loco Weizen gut behauptet. Im Terminhandel entwickelten zwar Commissionäre ferner rege Kauflust, aber die Platzspeculation liess mit Angebot keine nachhaltige Besserung aufkommen. Course schlossen kaum höher als gestern, aber die Haltung blieb unverkennbar fest. — Loco Roggen sehr still. Auf Termine übte die neuerdings winterliche Witterung nicht den erwarteten Einfluss, obwohl in der ersten Markthälfte die Frage überweg; allein das Geschäft blieb doch so wenig reg, dass die Preise nach und nach einen kleinen Fortschritt wieder einbüsstens und ganz wie gestern schlossen. — Loco Hafer recht fest. Termine 1/3—3/4 Mark niedriger. Importeure verkauften auf nordrussische Abschlüsse, die heute perfect wurden. — Roggenmehl 5—10 Pf. theurer. — Mais matt. — Kartoffelfabrikate still. — Rübel in Folge des erneuten Frostwetters fest, bei ziemlich lebhaftem Handel etwa 1/2 Mark theurer. — Petroleum matt. — Spiritus in effectiver Waare vernachlässigt, stellte sich in Folge grösserer Zufuhr 30—40 Pf. billiger. Termine bei schleppendem Handel 10 Pf. niedriger; nicht sonderlich reg.

**Posen, 15. März.** Spiritus loco ohne Fass (50er) 51,10 Mark, (70er) 31,50 Mark. Tendenz: Still. Wetter: Schneestreiben.

**Hamburg, 15. März. Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 86, per Mai 86 3/4, per September 88, per Decbr. 88 1/4. Tendenz: Ruhig.

**Amsterdam, 15. März.** Java-Kaffee good ordinary 52 1/4.

**Havre, 15. März.** Vorm. 10 Uhr 30 Min. Kaffee. Good average Santos per März 107,50, per Mai 108,50, per September 110,50. Tendenz: Kaum behauptet.

**Magdeburg, 15. März. Zuckerbörse.** Termine per März 15,20 Mark bez. u. Gd., 15,22 M. Br., per März-Mai 15,30—15,25 M. bez., per April 15,20—15,25 M. bez., per Mai 15,35—15,40 M. bez., per Juni-Juli 15,57 M. Br., 15,52 M. Gd., per Juli 15,55 M. bez., per August 15,80 bis 15,75 M. bez. u. Br., 15,70 M. Gd., per Septbr. 15,25 Mark Gd., 15,35 Mark Br., per October 13,85 M. Br., 13,70 M. Gd., per October-Decbr. 13,42 Mark bez. u. Gd., 13,45 M. Br., per Nov.-Decbr. 13,30 Mark Br., 13,22 M. Gd. Tendenz: Stramm.

**Paris, 15. März. Zuckerbörse.** Rohzucker 88<sup>st</sup> fest, loco 40,25, weisser Zucker fest, per März 43,30, per April 44,10, per Mai-Juni 44,60, per October-Januar 38,00.

**London, 15. März, 11 Uhr 55 Minuten. Zuckerbörse.** Sehr fest. Bas. 88<sup>st</sup>, per März 15, 1 1/2, per April 15, 1 1/2, per Mai 15, 3, per Juni 15, 4 1/2.

**London, 15. März. Zuckerbörse.** 96 percent. Javazucker 16 3/4. Fest. Rübenroh Zucker 15 1/8. Fest.

**Newyork, 14. März. Zuckerbörse.** Muskovaden 89 pCt. 5 1/8. Centrifugals 96 pCt. 5 1/16.

**Glasgow, 15. März. Roheisen.** | 14. März. | 15. März (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants | 44 Sh. 2 D. | 44 Sh. — D.

**Börsen- und Handels-Depeschen.**

**Berlin, 15. März. [Amtliche Schluss-Course.]** Abwartend. Eisenbahn-Stamm-Actien.

Cours vom 14. 15.		Inländische Fonds.	
Galiz. Carl-Ludw.-B.	85 90   85 70	D. Reichs-Anl. 4 1/2	109 —   108 70
Gotthardt-Bahn ult.	146 50   145 75	do. do. 3 1/2	103 70   103 80
Lübeck-Büchen	177 50   177 60	Posener Pfandbr. 4 1/2	102 50   102 50
Mainz-Ludwigshaf.	115 60   114 70	do. do. 3 1/2	101 60   101 60
Mitte Meerbahn ult.	120 50   120 10	Preuss. 4 1/2 cons. Anl.	108 75   108 75
Warschau-Wien	214 —   212 —	do. 3 1/2 do. dto.	104 20   104 20

**Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.**  
Breslau-Warschau. 63 70 | 62 50  
Ostpreuss. Südbahn. 118 50 | 118 —

**Bank-Actien.**  
Bresl. Discobank. 114 20 | 113 50  
do. Wechselbank. 107 30 | 107 60  
Deutsche Bank. 175 — | 174 70  
Disc. Command. ult. 240 20 | 240 —  
Oest. Cred.-Anst. ult. 162 90 | 162 40  
Schles. Bankverein. 131 60 | 131 —

**Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.**  
Oberschl. 3 1/2 pCt. Lit. E. — — — —  
do. 4 1/2 pCt. 1879 102 70 | 102 70  
R.-O.-U.-Bahn 4 pCt. II. 104 60 — —

**Ausländische Fonds.**  
Egypter 4 pCt. — — — — 87 30 | 87 10  
Italienische Rente — — — — 96 10 | 96 —  
Mexikaner — — — — 93 70 | 93 60

**Industrie-Gesellschaften.**  
Archimedes — — — — 149 25 | 149 25  
Bismarckhütte — — — — 197 50 | 197 70  
Bochum-Gussst. ult. 200 70 | 200 80  
Brsl. Bierbr. Wiesner 52 — | 51 60  
do. Eisenb. Wagenb. 184 — | 184 70  
do. Pferdeabahn. 145 50 | 146 20  
do. verein. Oelfabr. 94 50 | 94 20  
Cement Giesel. — — — — 166 90 | 166 —  
Donnersmarck. — — — — 76 80 | 76 —

**Banknoten.**  
Oest. Bankn. 100 Fl. 168 — | 168 10  
Russ. Bankn. 100 SR. 217 50 | 216 90

**Wechsel.**  
Amsterdam 8 T. — — — — 169 20 — —  
London 1 Lstr. 8 T. 20 48 1/2 — —  
do. 1 3 M. 20 35 — —  
Paris 100 Frs. 8 T. 80 85 — —  
Wien 100 Fl. 8 T. 168 — | 167 95  
do. 100 Fl. 2 M. 167 10 | 167 10  
Warschau 100 SR. 8 T. 217 15 | 216 55

**Privat-Discont 2 1/2 pCt.**  
Erholt. Still.

**Berlin, 15. März, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.]**

Cours vom 14. 15.		Cours vom 14. 15.	
Berl. Handelsges. ult.	177 25   176 —	Ostpr. Südb.-Act. ult.	102 75   101 75
Disc. Command. ult.	240 62   239 75	Drtm. Union St. Pr. ult.	101 62   101 25
Oesterr. Credit. ult.	162 62   162 37	Laurahütte Pr. ult.	138 75   138 50
Franzosen. .... ult.	102 12   102 62	Egypter. .... ult.	87 —   86 37
Galizier. .... ult.	86 —   85 75	Italiener. .... ult.	96 —   95 75
Lombarden. .... ult.	42 87   42 87	Russ. 1880er Anl. ult.	90 87   90 62
Lübeck-Büchen ult.	177 62   177 25	Russ. 1884er Anl. ult.	102 62   102 37
Mainz-Ludwigsh. ult.	115 62   114 62	Russ. II. Orient-A. ult.	67 50   67 12
Mariend.-Mlawka ult.	82 62   82 12	Russ. Banknoten. ult.	217 50   216 75
Mecklenburger. ult.	154 75   154 62	Ungar. Goldrente ult.	85 —   84 87

**Berlin, 15. März. [Schlussbericht.]**

Cours vom 14. 15.		Cours vom 14. 15.	
Weizen pr. 1000 Kgr. Ruhig.	190 25   190 25	Rübel pr. 100 Kgr. Fester.	57 70   58 20
Septbr.-Octrbr. ....	187 50   187 75	April-Mai. ....	57 70   58 20
Roggen pr. 1000 Kgr. Ruhig.	150 75   151 —	Septbr.-Octrbr. ....	51 70   52 —
April-Mai. ....	150 75   151 —	Spirit.	— — — —
Juni-Juli. ....	151 25   151 50	pr. 10000 L-pCt. Matter.	— — — —
Septbr.-Octrbr. ....	152 25   152 50	Loco mit 70 M. verst.	33 20   32 90
Hafer pr. 1000 Kgr.	141 75   141 25	Loco mit 50 M. verst.	52 80   52 40
April-Mai. ....	141 75   141 25	April-Mai 50er	51 40   51 30
Mai-Juni. ....	140 50   140 —	August-Septbr. 50er	53 10   53 40

**Stettin, 15. März. [Schlussbericht.]**

Cours vom 14. 15.		Cours vom 14. 15.	
Weizen pr. 1000 Kgr. Behauptet.	184 50   185 —	Rübel pr. 100 Kgr. Still.	57 50   57 50
April-Mai. ....	184 50   185 —	April-Mai. ....	57 50   57 50
Septbr.-Octrbr. ....	— — — —	Septbr.-Octrbr. ....	51 20   51 50
Roggen pr. 1000 Kgr. Behauptet.	148 —   148 —	Spirit.	— — — —
April-Mai. ....	148 —   148 —	pr. 10000 L-pCt.	— — — —
Septbr.-Octrbr. ....	150 80   150 —	Loco mit 70 M. verst.	52 50   52 50
Petroleum loco	12 —   12 —	Loco mit 50 M. verst.	32 70   32 80
Wien, 15. März. [Schluss-Course.]	— — — —	April-Mai. ....	31 80   31 70

**Wien, 15. März. [Schluss-Course.]** Schwach.

Cours vom 14. 15.		Cours vom 14. 15.	
Credit-Actien. ....	302 50   301 25	Marknoten. ....	59 45   59 52
St.-Eis.-A.-Cort. ....	243 —   242 75	4 1/2 pCt. ung. Goldrente.	101 55   101 30
Lomb. Eisenb. ....	101 50   101 —	Silberrente. ....	83 90   83 80
Galizier. ....	204 75   204 50	London. ....	121 80   121 95
Napoleonsd'or. ....	9 62 1/2   9 63	Ungar. Papierrente.	94 30   94 05

**Frankfurt a. M., 15. März. Mittag. Credit-Actien** 250, 62. Staatsbahn 203, 75. Lombarden —. Galizier —. Ungarische Goldrente 84, 90. Egypter 86, 80. Laura —. Schwach.

**Paris, 15. März.** 3 pCt. Rente 85, 40. Neueste Anleihe 1878 104, 60. Italiener 95, 50. Staatsbahn 506, 25. Lombarden —. Egypter 437, 81. Escompte 340. Metaux 92. —. Träge.

**Paris, 15. März. Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.]** Schwach.

Cours vom 14. 15.		Cours vom 14. 15.	
3proc. Rente. ....	85 55   85 30	Türken neue cons. ....	15 30   15 07
Neue Anl. v. 1886. ....	— — — —	Türkische Loose. ....	— — — —
5proc. Anl. v. 1872. ....	104 70   104 47	Goldrente, österr. ....	94 1/8   93 5/8
Italien. 5proc. Rente	95 85   95 57	do. ungar. 4pCt. ....	85 06   84 3/4
Oesterr. St.-E.-A. ....	510 —   508 75	1877er Russen. ....	— — — —
Lombard. Eisenb.-A. ....	230 —   225 —	Egypter. ....	440 31   436 87
Comptoir d'Escompte	315, —	Société des Metaux 90.	— — — —

**London, 15. März. Consols** 97, 62. 1873er Russen 101, 25. Egypter 86, —. Kalt.

**London, 15. März. Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.]** Platz-discont 2 7/8 pCt. Bankeinzahlung — Pfd. Sterl. Ruhig.

Cours vom 14. 15.		Cours vom 14. 15.	
Consols. 2 7/8 pCt. März	97 11   97 09	Silberrente. ....	69 —   69 —
Preussische Consols	107 —   107 —	Ungar. Goldr. 4proc.	83 5/8   83 1/2
Ital. 5proc. Rente. ....	94 5/8   — —	Oesterr. Goldrente	20 64   — —
Lombarden. ....	9 —   9 —	Berlin. ....	20 64   — —
5proc. Russen de 1871	— — — —	Hamburg 3 Monat.	20 64   — —
5proc. Russen de 1873	101 5/8   101 3/8	Frankfurt a. M. ....	— — — —
Silber. ....	— — — —	Wien. ....	12 35   — —
Türk. Anl., convert. ....	15 —   15 —	Paris. ....	25 52 1/2   — —
Unificirte Egypter. ....	86 1/2   86 1/4	Petersburg. ....	25 1/8   — —

**Köln, 15. März. [Getreidemarkt.]** (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 20, 20, per Mai 20, 40, per Juli 15, 30. — Roggen loco —, per März 14, 90, per Mai 15, 25, per Juli 15, 30. — Rübel loco —, per Mai 58, 70, per October 52, 60. — Hafer loco 14, 50.

**Hamburg, 15. März. [Getreidemarkt.]** (Schlussbericht.) Weizen loco fest, ruhig, holsteinisch 155—175, Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 160—170, russischer ruhig, loco 98—102. Rübel fest, loco 58 1/2. Spiritus ruhig, per März 93 1/4, per April-Mai 20 1/4, per Mai-Juni 20 1/2, per Juli-August 21 1/2. — Wetter: Schön, kalt.

**Amsterdam, 15. März. [Schlussbericht.]** Weizen loco höher, per März —, per Mai 204, per November 209. Roggen loco fest, per März 119, per Mai 120, per October 124. Rübel loco 32 1/2, per Mai 31 1/4, per Herbst 26 1/2.

**Paris, 15. März. [Getreidemarkt.]** (Schlussbericht.) Weizen träge, per März 25, 30, per April 25, 50, per Mai-Juni 26, 00, per Mai-August 25, 90. — Mehl matt, per März 56, 00, per April 56, 30, per Mai-Juni 56, 75, per Mai-Aug. 56, 60. — Rübel behauptet, per März 77, 00, per April 76, 00, per Mai-August 69, 75, per Septbr.-Octrbr. 60. — Spiritus behauptet, per März 41, 00, per April 41, 50, per Mai-August 42, 00, per September-October 41, 25. — Wetter: Kalt.

**London, 15. März. [Getreidemarkt.]** (Schlussbericht.) Sämmtliche Getreidearten allgemein ruhig, fast ohne Nachfrage, Hafer stetig, alter anziehend, russischer thätig zu vollen Preisen. Fremde Zufuhren: Weizen 53 410, Gerste 5080, Hafer 14 380. — Wetter: —.

**Liverpool, 15. März. [Baumwolle.]** (Schluss.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Ruhig.

**Wien, 15. März. Abends 5 Uhr 35 Min.** Oesterr. Credit-Actien 301, 50. Marknoten 59, 55. 4proc. Ung. Goldrente 101, 30. Galizier 204, 25. Ruhig.

**Frankfurt a. M., 15. März. Abends 7 Uhr 4 Min.** Credit-Actien 251, 50. Staatsbahn 204, 50. Lombarden 83 3/8, Egypter 86, 80. Behauptet, still.

**Hamburg, 15. März. 8 Uhr 46 Min. Abds.** Credit-Actien 251, Staatsbahn 511, Discont 235 3/8, Ostpreussen 97 3/4, Nationalbank 138 1/8, Russische Noten 216 3/4. Sehr still.

**Marktberichte.**

**F. E. Colonialwaarenmarkt. Breslau, 15. März.** (Wochenbericht.) Die jüngst gewichenen acht Tage zeigten im Allgemeinen geschäftlich weniger Lebhaftigkeit als die vorhergegangene Woche und eigentlich nur für Zucker zeigte sich anhaltend recht gute Meinung. Fabriken wie Grossinhaber waren zur Vorwochennotiz nicht ferner Abgeber und Reflectanten auf grössere Posten genöthigt, sich in die abernals erhöhten Forderungen der Eigner zu fügen. Gemahlene Zucker sind in allen Marken stärker als Brodzucker begehrt gewesen, aber auch diese fanden in ansehnlichen Posten loco gute Beachtung. Bruchzucker wurden mehr gesucht als solche augenblicklich beschafft werden konnten. In farbigen Farinen war ruhige Bedarfsfrage. Der Kaffeehandel war bei auswärts fortgesetzt steigenden Preisen loco wenig belebt, auch für Lieferung hatte sich am hiesigen Platze nicht besondere Kaufneigung entwickelt und können die in diesem Artikel gemachten Umsätze lediglich als Bedarfsdeckung zu bezeichnen sein. Gewürze, von denen Singaporepfeffer billiger als in der Vorwoche angeboten wurde, und Südrüchthe sind schwach beachtet worden. Heringe sind fast auf vorwöchentlichem Preisstande geblieben, und begebenen ziemlich Bedarfsfrage. Von Fett war vorzugsweise die Marke Stern gesucht, und ist dessen Notiz am Wochenschluss wesentlich gestiegen. Von Petroleum ist amerikanisches wie kaukasisches gleichmässig umgegangen, und beides behauptete die Vorwochennotiz.

**Hamburg, 14. März. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.]** Spiritus: per März-April 19 1/2 Br., 19 1/4 Gd., per April-Mai 20 1/4 Br., 20 Gd., per Mai-Juni 20 1/2 Br., 20 1/4 Gd., Juni-Juli 21 Br., 20 1/4 Gd., Juli-August 21 1/2 Br., 21 1/4 Gd. — Tendenz: Still.

**Vom Standesamte. 15. März.**

**Aufgebote.**  
Standesamt I. Langner, Robert, Fleischermeister, ev., Hundsfeld, Weidner, Emma, f., Oberfr. 17. — Taube, Oscar, Tischler, ev., Thiergartenstr. 50. Doffe, Emma, f., Palmstr. 8. — Seelig, Robert, Schuhmacher, ev., Bohrauerstr. 27. Frömer, Anna, f., Kupferstr. 24. — Brück, Josef, Klempner, f., Matthiasstr. 75. Seidel, Clara, geb. Ritsch, f., ebenda. — Theurich, Paul, Kaufm., ref., Matthiasplatz 15. Barzucha, Ottilie, ev., Rosenthalerstr. 8. — Hoffmann, Paul, Real-Gymnasiallehrer, Dr. philos., ev., Reichensbach i. Schl., Waide, Martha, ev., Neumarkt 4. — Krautwald, Carl, Haushälter, ev., Zwingerstr. 2. Teubner, Ernestine, ev., Junkersstr. 29.  
Standesamt II. Seiffert, Richard, Kaufm., ev., Reichenbach, Dreißig, Jenny, geb. Grünbel, ev., Berlinerstr. 8. — Zwiß, Hugo, Schloffer, ev., Köpferstr. 29. Fröhlich, Anna, ev., ebenda. — Weigel, Amand, Kammerdiener, f., D. S. Bahnh. 28. Pohl, Carol, f., Lauenburgerstr. 84b. — Tietzer, Hermann, Kärner, ev., Lohstr. 100. Knefel, Martha, f., ebenda. — Friebe, Ernst, Schloffer, ev., Ohlauer Chauffeur, Boberhaus, Pache, Ida, ev., Lohstr. 13.

Hermann Michaelis, Cäcilie Michaelis, geb. Sänger, Vermählte. [5445] Gransee, den 12. März 1889. Durch die Geburt eines munteren Töchterchens wurden hoch erfreut C. Ehrenhaus und Frau, geb. Schlesinger. Breslau, den 14. März 1889. Die gestern Abend erfolgte glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen hoch erfreut an [4396] Siegfried Jtmann und Frau Laura, geb. Fischer. Frankfurt a/M., 15. März 1889.

Statt jeder besonderen Meldung. Die glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen ergebenst an Mag. Kruse, Bildhauer, Anna Kruse, geb. Pabel. Berlin, den 14. März 1889.

Statt besonderer Meldung. Heute früh wurde uns unser geliebtes Töchterchen Kaethe nach kurzen, schweren Weiden durch den Tod entzissen. Breslau, 15. März 1889. Heinrich Fraenkel und Frau. [1390]

Stadt-Theater. Sonnabend Abend. „Der Freischütz.“ Romantische Oper in 4 Acten von C. M. v. Weber. Nachmittags. (Halbe Preise.) „Die Duitow's.“ Schauspiel in vier Acten von C. v. Wildenbruch. Sonntag Abend. „Tell.“ Heroisch-romantische Oper mit Tanz in 4 Acten von G. Rossini. Nachmittags. (Halbe Preise.) „Cornelius Vos.“ Lustspiel in 4 Acten v. Franz v. Schönthan. Montag. (Kleine Preise.) „Romeo und Julia.“ Trauerspiel in fünf Acten von W. Shakespeare.

Lobe-Theater. 3400 Sonnabend. Abschieds-Vorstellung der Frau Hedwig Niemann-Raabe. „Cyprienne.“ Lustspiel in drei Acten von Sardou. Sonntag. Nachmittags 4 Uhr. (Erwähligte Preise.) „Die Wildente.“ Schauspiel in 4 Acten von Henrich Ibsen. Abends 7 1/4 Uhr. Außer Bots-Abonnement. Zum 1. Male: „Das Spitzentuch der Königin.“ Große Operette von Joh. Strauß.

Thalia-Theater. Direction: Georg Brandes. Sonntag. „Rosenmüller und Zinke.“ Lustspiel in 5 Acten von Dr. C. Löffler. Der Vorverkauf der Billets findet heute Sonnabend von 10 bis 3 Uhr bei Herrn E. A. Schlesinger, Ring Nr. 10/11, Eingang Blücherplatz, statt.

Helm-Theater. 3401 Sonnabend. Zum 1. Male: „Am Altar.“ Zeitgemäße in 4 Acten und einem Nachspiel von Paul Blumenreich.

Verein für class. Musik. Haydn, Streichquartett, D-dur, op. 76, Nr. 5. Mozart, Trio f. Clav., Clarin. und Viola, Es-dur. [3402] Beethoven, Clavier-sonate, A-dur, op. 101. Clavier: Dr. Polko. Gastbillets (Mk. 1) bei Lichtenberg.

Montag, den 18. März, 7 1/4 Uhr Abends, im grossen Saale der neuen Börse: II. Lieder-Abend von Hermine Spies, unter Mitwirkung der Herren Charles Gregorowitsch und Pianisten José Vianna da Motta. Billets à 4, 3 und 2 Mark für nummerierte Sitze, 1 M. für Stehplätze sind in der Musikalienhandlung von Julius Osthaus, Königsstr. 5, zu haben. [3404]

Victoria-Theater. Simmenauer Garten. Direction: C. Pleininger. Große internationale Künstler-Vorstellung. Heute erstes Auftreten der japanischen Mikado-Duettsisten Mr. & Mlle. Chretienne, Alexandra Belinskoja, russische Chansonette, der vorzüglichsten Akrobaten Freres Detroit, O. Alberty, Schattenpuppentheater, Rosa Donnhoffer, Violon-Virtuosin, Vero, Jongleur, Spool, Tanz-Duettsist. Wiener Volksleben, große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf. Reiser. Platz 1 Mark. Logen 2 Mark. [3398]

Zeltgarten. 3388 Erstes Auftreten v. Mr. Alexandro Scuri, Erfinder des Monocicle, Miss Mariosa Graham, engl. Sängerin, Flora-Truppe (acht Damen), Darstellung lebender Bilder; Herr Klesch mit seinem Musée tintamaresque und Fräul. Anna König, Sängerin. Austr. der amerik. Pyramiden-Künstler Mrs. Ara und Zebra, Fräul. Nanoy Valerio, Sängerin und Herr Mariott und Fräul. Mariette, Duettsisten. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf.

Saal zu Festlichkeiten, Hochzeiten etc. gratis. Hôtel weisser Storch, Wallstraße 13. [4253]

M. Korn, Neuschstr. 53, I. Billigste Bezugsquelle für alle Art Waaren und Fabrikate.

Für die Gebildeten aller Stände! Verlag von B. Brigl in Berlin. Tägliche Rundschau, Zeitung für unparteiische Politik, mit täglicher Unterhaltungsbeilage unter Mitwirkung von mehr als hundert der ersten Schriftsteller und Gelehrten Deutschlands zum Preis von 5 M. viertel. bei allen Postanstalten. Der geradezu überraschende Erfolg dieser eigenartigen Zeitung lässt hoffen, dass dieselbe bald in keiner gebildeten deutschen Familie fehlen wird. — Probeblätter unentgeltlich und postfrei, auch an Inserenten, deren höchste Beachtung die Zeitung verdient wegen ihrer vornehmen Leser und ihrer sehr grossen Auflage. [1378]

Kaufmännischer Verein „Union“. Sonnabend, den 16. März 1889: [1376] Familien-Abend Hôtel de Silésie.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung. A. von Humboldts ges. Werke (Kosmos. Reise nach den Aequinoctialgegenden. Neu - Spanien. Ansichten der Natur. Cuba. Lebensbeschreibung) in neuer vorzüglicher Ausgabe. 30 Lief. à 50 Pf. [3389] Zu beziehen durch die Buchhandlung H. Scholtz in Breslau, Stadttheater.

Orthopädische Corsets zur kunstvollen Ausgleichung hoher Schultern und Hüften ohne Polster nach eigenem, seit Jahren als einzig bestbewährtem System, vielfach ärztlich begutachtet und empfohlen, fertigt in anerkannt vorzüglichster Ausführung [2057] A. Franz, Carlsstrasse 8, Ecke Dorotheenstrasse.

Zurnverein „Vorwärts“. Ordentliche Hauptversammlung. Sonnabend, den 16. März c., Abends 8 Uhr, im Vereinslocal (Gentchel's Brauerei, N. Antonienstr. 16). Tagesordnung: a. Die im § 8 des Grundgesetzes vorgesehenen Gegenstände. b. Wahl des Vertreters zum Kreisturntage. Der Vorstand. [4037]

Schlesischer Bank-Verein. In Gemäßheit des § 20 unseres Gesellschafts-Vertrages laden wir hierdurch unsere stillen Gesellschafter zu der zwiunddreißigsten ordentlichen Versammlung aller Beteiligten auf Montag, den 15. April d. J., präcise 3 Uhr Nachmittags, im grossen Saale der Neuen Börse ergebenst ein.

Zur Berathung kommen die im § 23 des Gesellschafts-Vertrages bezeichneten Gegenstände. Zur Ausübung des Stimmrechts (§ 19 des Gesellschafts-Vertrages) haben die Beteiligten ihre Antheilscheine spätestens drei Tage vor obigem Termine in den Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr in unserem Wechsel-Comptoir zu deponiren oder deren Bestz und glaubhaft nachzuweisen und dagegen die Einlaßkarten in Empfang zu nehmen. Breslau, den 3. März 1889. [3390]

Schlesischer Bank-Verein. Dr. Wachler. C. Fromberg.

Humboldtverein für Volksbildung. 1) Sonntag, den 17. März, Nachm. 5 Uhr, im Musiksaale der Universität. Vortrag des Herrn Dr. med. Wolffberg: „Ueber den Einfluss der Phantasie auf die Gesichtswahrnehmungen.“ [4402] 2) Donnerstag, den 21. März, Abends 8 Uhr, II. Vorstadt Vortrag im Saale des Friedrich'schen Locales, Mauritiusplatz, Herr Dr. med. Leppmann: „Ueber Krankheitsursachen.“ [4154]

Breslauer Mosaikplattenfabrik Max Breier Lehmdamm 48. Reiche Heirath! Durch vorzügliche Verbindungen in den besseren Kreisen vermittelt seit Jahren seine Parthien. Absolute Discretion. [1225] Rückporto erbeten. Julius Wohlmann, Breslau, Oderstr. 3, III.

Reiche Heirath! Durch vorzügliche Verbindungen in den besseren Kreisen vermittelt seit Jahren seine Parthien. Streng reelle, absolut discreete und höchst conlante Ausführung. [031]

Wie neu! werden Kronleuchter, Girandoles, Hänge-, Tisch- u. Wandlampen aufbronnirt. R. Amandl, Schneider- u. Carlsstrassen-Ecke.

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen. [1383] Dr. Graeffner, Specialarzt für Hals- u. Brustkrk. Gartenstraße 1, I.

Ich eröffne eine [1387] Poliklinik für kranke Kinder Kupferschmiedestr. 7, II. Vorm. 9-10, außer Sonntag. Dr. Barthel.

Dr. Mayerhausen, Breslau, Museumsplatz 8. Nervenkrankheiten, [1386] Electrotherapie etc. Sprechstunden 10-12 und 2-4. Während der Sommermonate (Mai bis Septbr.) in Curanstalt Schweigmühle (schw. Schweiz).

Mein Bureau und die Wohnung habe ich heute von Taschenstraße 19 nach dem Grundstück Feldstr. Nr. 16 (an der Klosterstr.) verlegt. [1377] Alb. Schiemann.

Meine Gravattenfabrik befindet sich nicht, wie häufig irrthümlich an mich adressirt Ring 11/12, sondern [4401] Ring, am Rathhaus 11/12. Max Alexander, Breslau.

Zähne und Plomben, Schmerzlose Zahnextraction Robert Peter, Wlischerplatz 13, am Riembergshof.

Bandwurm entfernt leicht, schnell und sicher Pschatz, Vorwerkstr. 16, part. Précis de l'histoire de la littérature française par V. Thys, [1348] institutrice française. Trewendt & Granier, Albrechtsstrasse 35/36.

Gediegensten Unterricht in Buchführung etc. erteilt die Privat-handelslehreanstalt von Hch. Barber, Carlstraße 36, gerichtlich vereid. Bücher-Revisor.

Wanckel'sche höhere Knabenschule, Ring 30. [1371] Anmeldungen für Ostern nehme ich täglich von 12-1 Uhr entgegen.

O. Schaefer. Eine von vorz. Künstlern ausgebild. u. best. empfohl. Clavierlehrerin erteilt gut. Unterr. u. bewährt. Methode. Stb. 60 Pf. Off. E.O. 9 Briefk. Bresl. 3. 2 Schüler oder Handlungslehrlinge finden in gebildeter jüd. Familie eine gewissenhafte Pension für soliden Preis. Nachhilfe im Hause. Gefl. Offerten zu richten hauptpostlagernd L. L. 1000. [4213]

Geldschranke, neue u. gebrauchte, äußerst billig. A. Gerth, Rosenthalerstr. 16

Statt besonderer Meldung. Unser innig geliebter Franz ist gestern Abend nach kurzem, schweren Leiden im noch nicht vollendeten 13. Jahre infolge Diphtheritis sanft entschlafen. [1384] Breslau, den 15. März 1889. Franz Weidemann und Frau, geb. Hoffmann. Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. März, Mittags 12 1/3 Uhr, von der Leichenhalle des Maria-Magdalenen-Kirchhofes in Lehmgruben aus statt.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluss entschlief gestern Abend 7 Uhr mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Musikdirector [1661] Paul Rachfall, im 37. Lebensjahre. Um stilles Beileid bittet Antonie Rachfall, geb. Ellebrecht. Berlin, 14. März 1889.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher und ehrenvoller Theilnahme, welche bei dem Hinscheiden und bei der Beerdigung unsres theuern Entschlafenen, des [4397] Rectors Theodor Pannenberg, von nah und fern uns entgegengebracht worden sind, sprechen wir hierdurch unsern wärmsten und ergebensten Dank aus. Breslau, den 15. März 1889. Die trauernden Hinterbliebenen.

Die vielen Beweise liebevoller Theilnahme bei dem Heimgegangener unserer Lieben Frau und Tochter Anna Pohl, geb. Fuchs, haben uns in unserem Schmerze über den unersetzlichen Verlust wohlgethan; aus innerstem Herzen sprechen wir unseren tiefgefühlten Dank aus. [4385] Realgymnasiallehrer Dr. Otto Pohl, verw. Oberlehrer Dr. Anna Fuchs, geb. Kärger.

Wie wir uns den Himmel zu denken haben. Offenbarung Joh. Cap. 4 u. 5. Predigt Sonntag Vormittag 10 Uhr Zwingerstraße 5a. Juden besonders eingeladen. [4380]

Nach ärztlicher Vorschrift angefertigte und empfohlene Umstands-Corsets bei größter Bequemlichkeit höchst zweckentsprechend, empfiehlt billigt Louis Freudenthal, Corset-fabrik, Ohlauerstraße 80, Breslau. Illustrierter Preis-Courant und Auswahlsendungen frei. Bei Bestellung bitte um Angabe der Weite. [2769]

Zum Purim-Feste empfiehlt Makronen, Brotkuchen, Tafel-Dessert etc. in bester Qualität [4199] Johann Gottlieb Berger, Sonigkuchen-Fabrik, Ohlauerstraße Nr. 54 und Neue Schweidnigerstraße vis-à-vis Galisch Hôtel.

Heute beginnt der Anstich des weltberühmten, allein echten [4391] Salvator-Bieres der Zacherl'schen Brauerei in München. Wozu ergebenst einladet H. George, Restaurant Strassburg, Altbißkerstraße 12.

Als ausgezeichnet empf. **Poudre Veloutine Atherente** von **Dorin** in Paris, in rosa, blanche, Rachel, ohne Wisnuth. General-Depot bei **Wilh. Ermler**, Königl. Hoflieferant, Schweidnitzerstraße Nr. 5.

Lanolin- u. Fettpoudre u. Lillenniloh — verjüngt — verschönt bei **E. Stoermers Nachf. F. Hoffschmidt**, Obblauerstr. 24/25, nahe Christophoripl.

Schuzmarke.



**Den besten Thee,** sowohl chinesisches als indisches, liefern **R. Seelig & Wille**, Thee-Importeure, Berlin-Dresden.

In Originalpacketen zu haben bei:

- F. Eckert, Freiburgerstr.
- Herm. Elsner, Carlspfad.
- Herm. Enke's Nachf., Tauenzienstr.
- Ed. Fache, Gräbnerstr. 38a u. Hofmeisterstr. 14a.
- Herm. Gude's Nachf., Klosterstr.
- Jul. Heider, Nicolaisstr. 22.
- E. Hielscher, Neufchestr. u. Neue Taschenstr.
- E. Huhndorf, Schmiedebriicke u. Neue Schweidnitzerstr.
- A. Kirtzel, Paulinenstr. 7.
- Herm. Kohn, Gneiffenaplag.
- M. Kurzynski, Neue Taschenstr.
- Jos. Lux, Matthiasplaz 1.
- Br. Nierling, Friedr.-Wilhelmstr.

Niederlagen werden in allen Städten errichtet. [1326]

Meine mit allem Comfort eingerichtete **Selcherei** in Trautenau, eventuell mit Fleischhauerei, Gastnahrung (Frühstuckstube) ist sofort an einen soliden Wächter, welcher etwas Kapital besitzt, zu verpachten.

Alles, gutrenommirtes Geschäft, Verkaufsfokal neu mit Marmor und großem Schanfenster eingerichtet, eigener Eiseller beim Hause. Bewerber wollen sich wenden an den Besitzer **Karl Wondratschek** in Trautenau. [4373]

**Bekanntmachung.** In unser Firmen-Register ist heut unter Nr. 335 die Firma: **S. Dorn** in Reusfals a. O. und als deren Inhaber: der Kaufmann **Julius Kopp** in Reusfals a. O. eingetragen worden. Ferner ist heut in unserem Firmen-Register bei der sub Nr. 316 eingetragenen Firma: **S. Dorn** in Reusfals a. O., Inhaberin: die verm. Frau Dampfmaschinenbesitzer **Dorn, Auguste**, geb. **Wende**, in Reusfals a. O. in Spalte 6 Folgendes eingetragen worden: Die Firma ist durch Vertrag auf den Kaufmann **Julius Kopp** zu Reusfals übergegangen. Freystadt, den 5. März 1889. Königlich-Unters-Gericht.

**Concursverfahren.** In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Ernst Schulz** aus Freystadt ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters **Termin** auf den 15. April 1889, Vormittags 10 Uhr, vor dem Königl. Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 3, bestimmt. Freystadt, den 11. März 1889. Königlich-Unters-Gericht.

**Realgymnasialdirector-Stelle.** Das Directorat des hiesigen städtischen, mit einer Vorschule verbundenen Realgymnasiums soll möglichst bald neu besetzt werden. Bewerber wollen bis spätestens zum 3. April d. J. ihre Papiere an uns einschicken. Die volle Facultas für neuere Sprachen nebst Deutsch oder Geschichte ist wünschenswert. Das Gehalt richtet sich nach den Sätzen des Normal-Stats. Wohnungsgeldzuschuß wird nicht gewährt. **Grünberg i. Schl.**, den 9. März 1889. **Der Magistrat.** Dr. Fluthgraf.

Anleitung zur sicheren **Capital-Anlage** in Werthpapieren aller Art von R. Paul ist jedem unentbehrlich, der nicht weiss, wie man Gelder gut und sicher anlegen muss und in Geldsachen unversahren ist. Enthält auch d. neue Actien-Gesetzgebung. Fco. gegen 1 M. 60 Pf. in M. (geb. M. 2.) von Gustav Weigels Buchhandlung, Leipzig.

**Hypotheken.** Wir suchen zu 4-3 1/2 pCt. unbefristete Hypotheken. [4136] **Herr Trautzsch** Kreisbuchhalter 6.

Die vollständige Einrichtung der in Concurs gerathenen Bromberger **Breihof- und Kornbranntweinfabrik**, in Miethsräumen befindlich, wofür jährlich 1250 Mark incl. Wohnung und Benutzung der Dampfmaschine gezahlt wird, bestehend aus 1 kompletten Brennapparat (Bistoforus), 1 Vor- und 1 Nachschicht (Patent Benoit), 8 großen und 4 kleinen **Boilligen**, 1 Filterpresse, 1 Sefenschneidemaschine, 1 Schrotmühle, 3 Wasserreservoirs, Maßschühler, Pumpen, Leitungen u. sowie Filtereinrichtung zur Reinigung des Spiritus, ist von sofort für den Preis von 10,000 M. zu verkaufen. Alle Maschinen und Geräte sind in bester Ordnung (3 Jahre im Gebrauch), und kann die Fabrik zu jeder Zeit in Betrieb gesetzt werden. **Carl Leistkow**, Bromberg, Concurs-Verwalter.

**40000 Mark** werden **1. Hypoth.** auf zur schönen Besitzung, massiven Gebäuden, guten Ländereien, Brandfasse 46000 Mark, rare Mark 73000, zum 1. April gesucht. Gest. Offerten unter U. 222 an **Rudolf Mosse**, Breslau, zu richten. [1349]

**160,000 Mark** für ein Fabrikationsgeschäft **gesucht**, welches nachweislich eine Verzinsung von 8% bringt. Off. u. H. 235 an **Rudolf Mosse**, Breslau. [1385]

**5-6000 M.** für Zinsen und Gewinntheil gegen 6fache zweifelhafte Sicherheit von einem Fabrik- und Hausbesitzer auf ein Jahr gesucht. [4377] Gest. Offerten sub M. T. 7 Exped. der Breslauer Zeitung.

**Agent gesucht** von einer **Badener Tuchfabrik** (Kammgarne und Chedots). Offert. sub C. H. 173 mit Referenzen an die Expedition der Bresl. Ztg. [3359]

Für **Wäsche-Etiquettes** [1379] mit eingewebter Firma (Band) werden **Verkäufer** gesucht. Offerten unter A. 9817 an **Rudolf Mosse**, Köln.

Infolge Ablebens meines Mannes ist das von ihm geführte, seit 50 Jahren bestehende **Stabeisen-Geschäft** mit oder ohne Grundstück zu verkaufen und bald zu übernehmen. **Goldberg i. Schl.**, den 13. März 1889. [3383] **Anna Bauch**, in Firma **Hielscher & Rauch**.

**Mein Zinshaus** (Bahnhofstraße), mit Einfahrt, **gr. Hofe**, **kl. Gärtchen u. 2 Seitenflügel**, letztere zu **Fabrikzwecken** (Strohhut u. c.) sehr geeignet, wegen zu vielem Grundbesitz zu verkaufen. Preis fest 126000 M., Verz. 169745 M., erste Hypoth. à 4 pCt. Anzahlung 15- bis 50000 M. Offerten unter H. H. 6 Briefkasten der Bresl. Ztg. [4379]

Mehrere zusammenhängende **Bauplätze** in guter Lage sind preiswerth zu verkaufen. Off. von Selbstreflektant. erb. sub P. P. 8 Exped. Bresl. Ztg.

**Reintiers**, welche die Annehmlichkeiten des Landens mit denen der Stadt verbinden wollen, bietet sich die Gelegenheit, eine 20 Minuten vom Mittelpunkt der Stadt **Plesch** entfernt liegende [3391]

**Besitzung**, bestehend aus einem massiven Wohnhaus nebst Stallungen, einem großen, gut gepflegten Obst- und Gemüsegarten, auf Wunsch mit anstoßenden 5 Morgen Feld, zu kaufen. Preis 7000 eventl. 9000 M. Die Stadt hat ein Königl. Gymnasium, höhere Töchterschule und Lehrerinnen-Seminar. Näheres beim Besitzer Kaufmann **Bruno Gierich** in Plesch O. S.

Ein junger Kaufmann, verheiratet, wünscht sich an einem nachweisl. guten **Fabrik-Geschäft mit 15000 Mark** zu beteiligen, eventuell ein altes, gut eingeführtes Geschäft mit kleinem Lager zu übernehmen. Offerten erbeten **L. M. 100** postlagernd **Tarnowitz**. [3376]

Ein **Kottés** [4386] **Destillationsgeschäft** wird zu kaufen oder pachten gesucht. Offerten unter S. 8. 2 Exped. der Breslauer Zeitung.

**Keine Hülfe für Brustkranke giebt es wenn sich der Leidende zu spät nach Rettung umsieht.** Wer an Schwindsucht, Auszehrung, Asthma (Athennot), Luftröhrenkatarrh, Spitzendrüsenentzündung, Bronchitis und Keuchkopfkatarth etc. leidet, wende den Absud der Pflanze **Homeopatia**, welche echt in Packeten à Mk. 1.— bei **Ernst Weidemann** in Liebenburg am Harz erhältlich ist. Wer sich vorher über die grossartigen und überraschenden Erfolge dieser Pflanze, über die ärztlichen Auszeichnungen und Empfehlungen, über die dem Importeur gewordenen Auszeichnungen informiren will, verlange abenselbst gratis und franco die über die Pflanze handelnde Broschüre.

**Löflund's System der Kinderernährung mittelst Alpenmilch** ist den Altersstufen der Kinder genau angepasst und wird von Autoritäten als rationellste Ernährungsweise empfohlen.

**Looslund's peptonisirte Kindermilch** für Neugeborene bis zum 5-6 Monat, aus Alpenmilch und Weizenextrakt zusammengesetzt, liefert, nur mit Wasser aufgelöst, eine äusserst gedeihliche, zuverlässige und leicht verdauliche Nahrung bei mangelnder oder unzureichender Muttermilch. Preis M. 1. 20. pro Büchse.

**Milch-Zwieback-Mehl** für Kinder von 4 Monaten an, enthält peptonisirte Milchsubstanz nebst 3% Kalkphosphat, bewirkt daher eine kräftige Muskel- u. Knochenbildung; sehr ausgiebig bei nur einmaligem Aufkochen mit Wasser. Preis M. 1. —. pro Büchse.

**Reine algäuer Rahm-Milch**, ist die einzige sterilisirte, ohne Zucker condensirte Milchconserven und das geeignetste u. werthvollste Nahrungsmittel für heranwachsende Kinder, Kranke und Reconvalescenten. Preis 65 S. pro Büchse. Originalkisten von 48 Büchsen billiger. Zu haben in allen Apotheken. Ein Gros von **Ed. Looslund** in Stuttgart.

**Zuchtbullen** rein holländer Race, schwarz und rothbunt, in sprunghafem Alter, sind verkauflich [1287] bei **Dom. Schmolz** Breslau.

Neue Stoffgardine b. zu verk. **R. Pfeiffer**, Decorateur u. Tapezireur, **Albrechtsstr. 3, 1. Etage.**

Ich bin Abnehmer für kleine und große Posten guter reiner **Petrolfässer** ab allen Stationen der Provinz **Schlesien** und zahle hohe Preise. Feste Offerten erbitte **Simon Friedländer**, [1886] **Schweidnitz.**

Leere Petroleumfässer u. Gasöfässer kauft **Emil Friedländer**, Leichstraße 3.

**Stellen-Anerbieten und Gesuche.** Inertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine Erzieherin, musk., auch im Turnen u. Handarb. geprüft, sucht Nachmittagsstellung, event. Tagesst. Off. u. M. H. 100 Briefk. d. Bresl. Ztg.

Wer bald oder 1. April cr. suche ich ein jüdisches, gewissenhaftes **Fräulein** aus guter Familie, die in der Küche firm und befähigt ist, einen kleinen Haushalt selbstständig zu leiten. Off. mit Gehaltsantrag sind zu richten unter **B. F. 60** postlagernd **Vissa** in Posen. [3354]

Zur **Stütze der Hausfrau** suche ich ein jüdisches Mädchen, das mit der Häuslichkeit und Handarbeit vertraut und mit Kindern umzugehen versteht. Antritt sofort oder 1. April. **J. Königfeld**, Kobier O. S.

Als **Stütze der Hausfrau** wird ein geeign. Fräulein mit guten Zeugn. gesucht. Meldungen unter **F. F. 3** Breslau, hauptpostlag.

Ein **befähigtes Mädchen** mit höherer Schulbildung, musikalisch, geschickt in Handarbeiten und gern in der Wirthschaft thätig, wird für 5 Kinder im Alter von 4-11 Jahren per 1. April gesucht. Offert. unter **B. C.** postlagernd **Reichenbach** in **Schlesien**. [1382]

Für ein **zweijähriges Kind** wird zum 1. April eine **zuverlässige Kinderfrau** mit vorzüglichen Zeugnissen gesucht. Meldungen unter **Einsendung der Zeugnisse** zu richten Frau **Polizei-Präsident Bienenk** in **Posen**. [3232]

**Ein anst. j. Mädch. f. Stell. d. Tag** über zu groß. Kindern, selbst kann bei Schularb., sowie bei allem Anderen behilflich sein. Gest. Offert. erb. u. W. M. 11 Briefk. Bresl. Ztg.

**Zücht. Köchin, Stubenmädch., alt. Kindersleuk. u. Mädch. f. Alles** mit sehr guten Attesten empfiehlt **Jr. Brier**, Ring 2.

**Intell., verb. Mann**, Besitzer u. Leiter größerer Unternehmungen gewesen, im feinsten Weinhaus servirt, sucht **Vertrauensstellung**. [4384] **Caution**. Referenz. Gest. Off. erb. unt. **J. M. 3** Briefk. der Bresl. Ztg.

Für eine **Eisengießerei** in einer groß. Provinzstadt **Oesterreichs** wird ein tüchtiger erfah. **technischer Leiter** gegen fixen Gehalt u. Lantime zu acceptiren gesucht. — Dabeilbi findet a. ein durch. verlässlicher **Gießereimeister** Anstellung. Off. m. Gehaltsansprüchen u. Zeugnissabschr. u. bisherige Thätigkeit bef. unt. „**Giesserei**“ **Haasenstein & Vogler**, A.-G. Berlin SW.

**Gesucht** auf **sofort ein tüchtiger, zuverlässiger Reisender** für **Sachsen, Schlesien und östliche Provinzen**, welcher mit Kundschaft und Artikel (Sätze für Schuhmacher und Sattler) vertraut ist. Offert. mit Zeugniss-Copie unter **J. S. 8250** an **Rudolf Mosse**, Berlin SW.

Für mein **Specerei u. Schnittwaaren-Geschäft** suche per sofort oder 1. April einen mit beiden Branchen vertrauten, durchaus tüchtigen **Commis**, welcher der polnischen Sprache mächtig sein muß. **S. Altmann**, **Kattowitz**.

**Suche für mein Manufacturen-, Tuch- und Confections-Geschäft** einen tüchtigen **Verkäufer**, der polnischen Sprache mächtig, jüd. Confection. Antritt per 1. April oder 1. Mai. Ferner einen **Lehrling** mit den nöthigen Schulkennnissen, der poln. Sprache mächtig. **Wilhelm Cohn**, **Ramslau**.

**Suche zum Antritt per 1. April** einen jüngeren, höchst soliden **Destillateur** mit guter Handschrift. [3360] Off. mit Gehalts-Ansprüchen ohne Marken erbitte **F. Rahmer**, **Glaz**.

**Ein tüchtiger, solider Reisender** für Del, Fettwaaren und technische Bedarfsartikel per bald oder später von einem Fabrikgeschäft zu engagiren gesucht. Gest. Offerten sub **A. M. 4** Briefkasten der Bresl. Ztg. [4383]

Als **ersten Verkäufer** suche sofort oder 1. April einen in der **Modewaaren- und Confectionsbranche** vertrauten tüchtigen jungen **Mann**. Offerten sind Zeugnissabschriften u. Bild beizulegen. **Reinhold Sommer**, **Striegau i. Schl.**

**Widow. u. Damen-Confection.** Ein j. Mann aus ob. Branche, sucht, gestützt auf Pa.-Zeugnisse und Referenzen per sofort **Stellung**. Offerten unter N. 5 an die Exped. der Breslauer Zeitung erbeten.

Für einen **jungen Mann**, mosl., welcher im Eisen-, Kalk- u. Kohlen-Geschäft schon mehrere Jahre thätig gewesen und der poln. Spr. mächtig ist, wird eine passende **Stellung** gesucht. Gest. Offerten werden erb. unter **A. B. 88** **Stein a. Oder**.

Für mein **Eisen- und Eisenwaaren-Geschäft** suche ich zum sofortigen Antritt, spätestens aber zum 1. April a. c. einen **jungen Mann**, der mit der Branche völlig betraut ist und auch polnisch sprechen kann. Meldungen erbitte **D. Schlesinger**, **Eisenhandlung, Gleiwitz, Bahuhof**. Marken verboten. [3394]

Zum sofortigen Antritt wird ein **cautionsfähiger**, der poln. Sprache kundiger und militärfreier **Wirtschafts-Inspector** mit guten Zeugnissen u. Referenzen, ebenso eine **Wirtschaftlerin** gesucht. — Näheres beim Eigenthümer **Sigismund v. Pruszyński** in **Krafau**, **Floriansgasse Nr. 32**.

Ein **Gräberbierbrauer**, d. mehrere Jahre ein **Flaschenbiergeschäft** mit bestem Erfolge geleitet hat, sucht **Stellung** in einem solchen als **Geschäftsführer, Kellermeister** oder **Buchhalter**. [4350] Offerten erbeten unter **G. R. 98** Exped. der Breslauer Zeitung.

**Albrechtsstr. 40** 2. Etage, 4 Zim. u. Beigelaß per Oftern zu verm. **Näh. Albrechtsstr. 42, part.**

**Höfchenstraße 17,** **erstes Haus an der Gartenstraße,** **Hochelegante Wohnungen,** parterre 5 Zimmer, Bad etc., 1. Etage 6 Zimmer und Salon, Bad etc., 3. Etage, 3 Zimmer, Cabinet, **zu vermieten.** [4208]

**Telegraphische Witterungsberichte vom 15. März.** Von der deutschen Seewarte zu Hamburg. Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. in 10 Gr. über Meeresniveau	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore...	775	8 WSW	4 Regen.	
Aberdeen...	774	3 S	3 bedeckt.	
Christiansund...	770	1 SSW	3 h. bedeckt.	
Kopenhagen...	774	-10 NNO	4 wolkenlos.	
Stockholm...	776	-13 N	2 wolkenlos.	
Haparanda...	770	-18 S	2 wolkig.	
Petersburg...	771	-10 NO	3 wolkenlos.	
Moskau...	758	-6 NNO	1 Schnee.	
Cork, Queenst.	775	8 N	1 wolkig.	
Cherbourg...	772	4 ONO	5 wolkig.	
Helder...	775	-1 NO	3 wolkig.	
Sylt...	775	-7 NO	4 heiter.	
Hamburg...	773	-7 NNO	3 wolkig.	Leichte Schneeböen.
Swinemünde...	769	-5 NNO	8 bedeckt.	Nachts Sturm.
Neufahrwasser	763	-8 NNO	7 Schnee.	Stürmisch, Schneeböen.
Memel...	764	-14 NO	8 heiter.	
Paris...	771	-4 N	3 heiter.	
Münster...	768	-3 NO	4 bedeckt.	
Karlsruhe...	769	-2 N	4 h. bedeckt.	
Wiesbaden...	763	-6 NW	5 bedeckt.	Schneegestöber.
München...	767	-8 NNO	5 Schnee.	
Chemnitz...	768	-6 NW	4 Schnee.	
Berlin...	758	-2 N	3 h. bedeckt.	
Wien...	760	-6 NNW	6 Schnee.	Anhalt. Schneefall.
Breslau...	760	-6 NNW	6 Schnee.	
Isle d'Aix...	-	-	-	
Nizza...	-	-	-	
Triest...	753	7 NO	3 wolkig.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan. Uebersicht der Witterung. Eine Zone hohen Luftdruckes über 775 mm erstreckt sich vom Canal nordostwärts nach Finland hin, während an der südlichen Adria ein Minimum von 745 mm lagert. Ueber Deutschland wehen starke, stellenweise stürmische nordöstliche Winde bei kalter, trüber Witterung mit Schneefällen. Ganz Deutschland hat Frostwetter, München und Breslau melden 6, Hamburg meldet 7, Königsberg 13 Grad unter Null. Schneehöhe Berlin 5, Breslau 6 cm. Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: **J. Seckles**; für das Feuilleton: **Karl Vollrath**; für den Inseratentheil: **Oscar Meltzer**; sämmtlich in Breslau. Druck von **Graess, Barth & Co.** (W. Friedrich) in Breslau.